

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

PORTUGAL

Rausch und Katzenjammer einer Schein- revolution

MIT DER FRAGE DER UNTERSTÜTZUNG
DER ANTIIMPERIALISTISCHEN BEWEGUNGEN
DER KOLONIALLÄNDER
AM BEISPIEL ANGOLA

FEBRUAR 1976

DM 3,--

PORTUGAL

RAUSCH UND KATZENJAMMER EINER SCHEINREVOLUTION

Februar 1976

Inhalt:

- 2 Einleitung
- 7 Die deutsche "Linke" zu Portugal
- 21 Der deutsche Imperialismus und Portugal
- 28 Chronik der laufenden Ereignisse (25.4. bis Ende Oktober 1974)
- 30 Hohe Offiziere bei der Arbeit
- 31 Portugiesische Farce und afrikanisches Drama
- 36 Vom Opportunismus kann das Proletariat nur Niederlagen und Verrat erwarten
- 40 Die Schwierigkeiten der portugiesischen "Entkolonisierung"
- 43 Nach dem Rausch der "Zweiten portugiesischen Revolution"
- 50 Chronologie der laufenden Ereignisse (Dezember 74 - April 75)
- 52 Über die Einheitsgewerkschaft
- 55 Demokratie ist Gewalt
- 59 Der 11. März in Portugal
- 61 Von der "Revolution der Nelken" zum harten Kurs
- 76 Aus den Wahlurnen erhebt sich eine Stimme: Das Volksfest ist zu Ende!
- 82 Chronologie (Mai 75 - Februar 76)
- 86 Lissabon nach dem Taktschlag von Luanda
- 92 Blei und Zirkus
- 93 Die Illusion der "Volksmacht"
- 107 Der Mythos der "Doppelherrschaft" in Portugal
- 116 Demokratie: Wer dich akzeptiert, verzichtet auf jeglichen revolutionären Prozeß - Wer dich unterstützt, ist gegen die Revolution
- 122 Das Ende der Revolution der Phrase
- 130 Angola: Über die Unterstützung der antiimperialistischen Kämpfe

- 139 Erläuterungen zu den portugiesischen Organisationen
- 141 Veröffentlichungen der IKP
(weitere Hinweise auf Publikationen unserer Partei
siehe Seite 29, 54, 58, 60, 75, 85, 106 und 115)

Verantwortlich und Kontaktadresse für Deutschland:

Ch. Erkadoo
1 Berlin 61
Obentrautstr. 32

EINLEITUNG

Vor der Gefahr einer Niederlage im kolonialen Krieg und eines sich daraus ergebenden Zusammenbruches des salazaristischen Regimes sah sich die portugiesische Bourgeoisie gezwungen, ihre Gesellschaft und ihren Staat zu renovieren. Sie hat sich am 25. April 1974 ein neues Mäntelchen umgehängt - das alte entsprach nicht mehr den gesellschaftlichen Notwendigkeiten: es handelte sich um einen rachitischen Faschismus, der auf der Grundlage einer parasitären Ausbeutung der Kolonien entstanden war und mit der Auflösung des Kolonialreiches nicht überleben konnte. Daß bei der Umkleideaktion die Henker des kolonialen Krieges die Hauptrolle spielten, ist kein Wunder. Sie standen an der Kriegsfront und mußten als erste einsehen, daß die Fortführung des Krieges zur militärischen Niederlage, zur Demokratisierung und Auflösung der Streitkräfte (der Hauptsäule des Staates) und zum finanziellen Ruin führte. Es galt, vom Kolonialreich das zu retten, was noch zu retten war, ob nun im Rahmen eines neokolonialistischen Systems oder von privilegierten Beziehungen zu Mosambik, Guinea-Bissau und vor allem zu Angola. Es galt gleichzeitig - und dies war auch eine Bedingung für die bestmögliche Lösung der "kolonialen Frage" - einer proletarischen Klassenbewegung in Portugal selbst vorzubeugen, die Arbeiterklasse mit Hilfe des stalinistischen und sozialdemokratischen Opportunismus, der Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, zu kontrollieren und zu neutralisieren. Dies war um so wichtiger, als der Prozeß der bürgerlichen Wachablösung vor dem Hintergrund einer vollzogenen Umkehrung der wirtschaftlichen Beziehungen Portugals stattfand, die sich von einer Fixierung auf die Kolonien auf eine Integration mit Europa verlagert hatten. Sogar der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse war zurückzuhalten, um das niedrige Lohnniveau und somit einen Ausgang aus der kapitalistischen Krise und... die ausländischen Investitionen zu sichern.

"Revolution in Portugal!" wird dies von den regierenden Parteien, vom internationalen Opportunismus und wohl am lautesten von der "extremen Linken" in Portugal und in der ganzen Welt genannt. Wenn die kaum erwachenden proletarischen Energien schwinden, wenn die "Ordnung" wiederhergestellt und der Rausch zum Katzenjammer wird, entdeckt diese "Linke" dort die "Konterrevolution", wo objektiv die gleichen Ziele verfolgt werden, nämlich den sozialen Frieden und die erzwungene Klassenkollaboration des Proletariats. "Revolution"

und "Konterrevolution" werden zu Synonymen der zwei Formen der bürgerlichen Diktatur, der demokratischen und der faschistischen.

Daß die demokratische und die faschistische Methode dasselbe Klassenziel haben, wird aber gerade in Portugal wieder sehr deutlich: in Portugal wird zur Waffengewalt gegriffen, um die Kollaboration des Proletariats mit der bürgerlichen Wirtschaft und dem bürgerlichen Staat im Rahmen der Demokratie (und gar einer "sozialistisch" getauften) wiederherzustellen.

Portugal hat eine Lehre erneut bestätigt: Faschismus und Volksfront sind zwei Lösungen desselben Problems des Kapitalismus. Der Faschismus ist die politische Form, die der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der imperialistischen Phase am besten entspricht; er bedeutet Straffung und Konzentration des politischen Potentials der Bourgeoisie, um der Zersetzung des Gesellschaftssystems, dem Klassenkampf, entgegenzuwirken. Er versucht, durch eine Entfesselung von Gewalt die politischen Voraussetzungen für eine vollkommene Integration der Arbeiterorganisationen in den Staat zu schaffen und zementiert die erzwungene Klassenkollaboration mit einer reformistischen Politik. Die Volksfront, und alle Varianten der demokratischen Klassenkollaboration, gehen den umgekehrten Weg: sie versuchen, mit dem demokratischen Kreuz und den Knoblauch der reformistischen Küche den Klassenkampf vorzubeugen und zu vertreiben bzw. die Arbeiterorganisationen in den Staatsapparat zu verstricken. Erreichen sie dies aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Lage nicht, machen sie der faschistischen Lösung Platz. Deshalb kann man den Faschismus durch die Demokratie - deren Produkt er ist - nicht vertreiben. Allein die proletarische Revolution kann ihn ein für alle Mal vom Erdboden hinwegfegen, indem sie der Bourgeoisie den Pfahl der proletarischen Revolution durchs Herz treibt. Nur durch den Klassenkampf läßt sich der Faschismus - und im allgemeinen dies, was "Reaktion" genannt wird - besiegen.

Steht die Revolution nicht auf der Tagesordnung, gilt es, sie vorzubereiten und das heißt zunächst die Bedingungen für eine vom Opportunismus, von der Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie unabhängigen Arbeiterbewegung zu schaffen. Es hat überhaupt keinen Sinn, eine Situation willkürlich und demagogisch für "revolutionär" zu erklären, um in der Praxis schon dadurch bekennen zu müssen, daß sie es nicht ist; daß man versucht, sich auf den bürgerlichen Staat, auf den sozialdemokratischen

oder stalinistischen Opportunismus zu stützen, um diese Revolution zu "machen". In Wirklichkeit wird man somit nur Sklave der eigenen Ohnmacht bleiben und, was wichtiger und tragischer ist, das Proletariat verwirren und um die Möglichkeit einer Festigung seiner Klassenbewegung bringen.

Eine Revolution stand in Portugal nicht auf der Tagesordnung, weder die bürgerliche (die demokratische) - vor allem von denen beschworen, die in absoluter theoretischer Verwirrung den Faschismus und jede Form des bürgerlichen Totalitarismus für ein halbfeudales Phänomen halten -, noch die proletarische Revolution - die zwar historisch ansteht, für die aber sowohl die objektiven Voraussetzungen als auch der subjektive Faktor, die Klassenpartei, fehlten - und schon gar nicht eine der vielen Zwischenetappen, denen Maoisten, "Trotzkisten" und sonstige "Linke" die proletarische Bewegung opfern. Der Vergleich der "Portugiesischen Revolution" mit der Februarrevolution in Rußland (vom roten Oktober ganz zu schweigen) ist eine der größten historischen Entstellungen, die wir in den verschiedenen Texten dieser Broschüre zurechtweisen. Dieser Vergleich, der viele "Linke" dazu führte, in Portugal eine Situation der Doppelherrschaft ausfindig zu machen, beruht auf einer totalen Verkennung der sozialen Dynamik und läuft darauf hinaus, Massenorganisationen, die zum Teil vom bürgerlichen Staat zur besseren Kontrolle der Arbeiterklasse geschaffen wurden und sonst bestenfalls die Tendenz der Arbeiterklasse ausdrücken, sich für einen wirkungsvollen Tageskampf zu organisieren, mit Organisationen zu verwechseln, die, wie die Sowjets, aus einem bewaffneten Aufstand als Keime einer proletarischen Staatsmacht entstanden sind.

Die Rolle der Parteien und politischen Gruppierungen in der portugiesischen Situation hat auch nichts mit der Rolle und mit dem Charakter einer kommunistischen, revolutionären Partei zu tun. Das zeigen sogar die einfachsten Beispiele: Das portugiesische Proletariat, das den niedrigsten Lebensstandard Europas hat, wurde von den Sozialisten, "Kommunisten" und der MFA aufgefordert, "verantwortungsvolle Lohnforderungen zu stellen" und zur "Arbeit, Ordnung und Einheit" aufgerufen. Die Einheitsgewerkschaft wird als Mittel der Kontrolle über die Arbeiterklasse benutzt, und die PCP warnt als erste davor, sie zu einem Instrument des politischen Kampfes zu machen, d.h. die Gewerkschaft soll weiter ein politisches Instrument der bestehenden Ordnung bleiben.

Welche Politik verfolgte man gegenüber den Kolonien? Die Sozialisten, an der Spitze, gefolgt von PCP und MFA, versuchten die Befreiungsbewegungen zu entwaffnen, forderten den Waffenstillstand, und scheiterten nur an der Ohnmacht des portugiesischen Staates, die rebellierenden afrikanischen Massen zu kontrollieren. Die Politik all dieser Parteien diente nur dazu die günstigen Bedingungen für eine unmittelbare polizeiliche Intervention der großen imperialistischen Staaten zu schaffen, nachdem man nicht länger in der Lage war, selbst die eigenen kolonialistischen Interessen und die Interessen des Weltimperialismus zu sichern.

Wie verhielt man sich gegenüber den spontanen Kämpfen der Arbeiter, Bauern und Soldaten? Cunhal und Soares warnten vor dem "gefährlichen Extremismus". Die Fallschirmjäger von Tancos erwarteten vergeblich Hilfe von den "fortschrittlichen Offizieren", die sich der militärischen Hierarchie - der Säule des Staates - beugten. Und den Landesbesatzern im Süden wurde eindeutig genug klar gemacht, daß es so nicht geht.

Und die "extreme Linke"? Sie verbündete sich mit Teilen der Bourgeoisie, um ihre verschiedenen visionären Zwischen etappen zu erreichen (die heimtückische davon: die "Arbeiterregierung" mit dem Opportunismus - eine "Arbeiterregierung" VOR DER VERNICHTUNG DES BÜRGERLICHEN STAATES). Sie unterstützt den bestehenden Staat und die MFA oder unterwirft sich ihm, während nur der Kampf gegen diese und gegen die "Entkolonialisierung", nur der Kampf um die sofortige und bedingungslose Unabhängigkeit der Kolonien, für sofortige Rückkehr der Truppen, es ermöglicht hätte, der Befreiungsbewegung und dem portugiesischen Proletariat zu helfen.

Wie spielt also - ohne die Spielregeln zu kennen - wissend oder unwissend, objektiv dasselbe Spiel.

Wie eins der Artikel dieser Broschüre schreibt, "das Volksfest ist jetzt zu Ende". Nach dem Rausch der revolutionären Phrase, setzten sich Ruhe und Ordnung durch, ohne daß das portugiesische Proletariat auch nur die Schwierigkeiten der eigenen Bourgeoisie genutzt hätte, um sich bessere Lebens- und Kampfbedingungen zu sichern, um sich eine Grundlage für die tagtägliche Verteidigung und für den späteren Angriff zu schaffen. Es gilt jetzt, unter schlechteren Bedingungen dafür zu arbeiten, die Lehren der Ereignisse zu ziehen, um anhand dieser Lehren die Organisation - in Portugal und überall - zu schaffen und zu stählen, die als einzige in der Lage sein kann, die marxis-

tische Theorie und die darauf beruhende Praxis in die Arbeiterbewegung hincinzutragen.

Während sich aber in Portugal der Katzenjammer ausbreitet, scheint es fast schon wieder so, als ob sich unsere Revoluzzer, von der portugiesischen Entwicklung "frustriert", in ihrer ganzen Theorie - und Programmlosigkeit, getreu ihren aktuellen Erlebnishungen von einer Scheinrevolution in die "revolutionäre Ekstase" der nächsten stürzen: erst Chile, dann Portugal und jetzt nach dem 25/26. November, findet man zusehends den Stoff für seine "Sucht" in den Ereignissen in Spanien. Ähnlich wie in Falle Chiles bleibt auch diesmal keine Zeit, um über die Ereignisse und ihre Konsequenzen auch nur zaghaft nachzudenken - die scheinbar so radikale "Linke" zieht nicht einmal die Lehren daraus, daß sie von einer Enttäuschung in die andere, von einer Kapitulation in die andere, von einer Niederlage in die andere schreitet. Wie der von Marx beschriebene Kleinbürger, geht sie aus dem ganzen so "unschuldig" heraus, wie sie hincingegangen ist.

Denen, für die ^{die} pseudorevolutionäre Demagogie bereits zur Sucht wurde, wird diese Broschüre daher inaktuell erscheinen, sie befaßt sich mit Ereignissen, die - kaum einige Monate alt - "längst vorbei" sind. Sie zieht aus diesen Ereignissen die Bestätigung für Lehren des Klassenkampfes, die bereits Jahrhunderte alt sind. Sie bringt, von der ersten Stellungnahme zu dem 25. April des Henkers Spínola bis zu den längeren theoretischen Texten und umfassenden politischen Untersuchungen - einschließlich über die Interventionen des deutschen Imperialismus und einer Kritik der Positionen der "deutschen Linke" zu Portugal und Angola - keine demagogische Note, zaubert keine Revolutionen hervor, sondern ist Bestandteil einer harten Vorbereitungszeit für die Revolution. Sie versucht nicht, "kürzere" und "leichtere" Wege für die Bildung der politischen Klassenpartei des Proletariats und für die Eroberung der politischen Macht vorzugaukeln, sondern gibt eine politische Orientierung, die auf den Bruch der Arbeiterklasse mit dem stalinistischen und sozialdemokratischen Opportunismus hinwirkt. Sie ist Produkt der theoretischen und praktischen Arbeit einer revolutionären Organisation, die auf dem Boden einer vollkommenen Wiederherstellung der Theorie von Marx und Lenin steht und nicht auf der Grundlage von unmittelbaren und unüberprüften "Eindrücken" die Zukunft der Bewegung dem scheinbaren Augenblickserfolg opfert: und wenn sie nach 50 Jahren Konturrevolution aufgrund der herrschenden Kräfteverhältnisse noch lange nicht in der Lage ist, Arbeiterschichten

dem Opportunismus zu entreißen, erzieht sie ihre Militanten und die kämpferischen Arbeiter in diese Richtung, statt sie in seine Arme wieder zurückzuwerfen.

1. Februar 1976

DIE DEUTSCHE "LINKE" ZU PORTUGAL

Unabhängig von den jeweiligen organisatorischen Bindungen sind alle "linken" Gruppen in Deutschland Teil von internationalen linksopportunistischen Strömungen, deren portugiesische "Schwestergruppen" im folgenden ausführlich kritisiert werden. Es geht uns hier deshalb darum, auf die internationale Konstanz von Positionen hinzuweisen, die in Wirklichkeit eine Revision der marxistischen Prinzipien, Strategie und Taktik darstellen. Im folgenden wird deshalb keine gründliche, umfassende Untersuchung dieser "revolutionären" Gruppen geleistet - so nötig dies auch wäre - , sondern hier sollen nur aufgrund einer marxistischen Einschätzung einige lebenswichtige Fragen der Strategie und Taktik angeschnitten werden. Wir werden uns zudem bewußt in polemischer Kürze fassen, denn es lohnt nicht, in dem breiten Mäx "linker" Berichterstattung auf richtige bzw. falsche Punkte hinzuweisen. Das waren - so werden ihre Verantwortlichen wohl durchaus sagen - aus der "überstürzenden Hast der Ereignisse" an der Aktualität ausgerichtete Einschätzungen. Viel wichtiger, als diese ad-hoc-Erlebnisse durchzukauen, ist es deshalb, die prinzipiellen theoretischen und programmatischen Einschätzungen bzw. Leerstellen sich anzusehen, auf deren Basis man zu solch abenteuerlichen Einschätzungen der portugiesischen Entwicklung kommen mußte.

Dem Opportunismus der verschiedenen Schattierungen mag dieser Versuch, sich auf grundlegende Fragen des ABC's des Marxismus zu besinnen, als furchtbar theoretisch und eine Art Flucht aus der harten Wirklichkeit in die Welt der Abstraktion erscheinen. In Wirklichkeit gibt es aber vom proletarischen Klassenstandpunkt aus nichts passiveres als die Nachtrabpolitik des opportunistischen Konkretismus und Aktivismus

während es nichts gibt, was dringender auf die Aktion gerichtet wäre, als der marxistische Dogmatismus. Die Verteidigung der Theorie ist eine unerläßliche Bedingung für die richtige Praxis, und wenn sich die Achse der Parteibewegung in gewissen historischen Phasen mehr auf die theoretische als auf die praktische Arbeit zentriert, wird dies durch materielle Tatsachen bestimmt, und nicht durch eine "Wahl" oder das Dekret der Marxisten.

a) Trotzlisten (GIM, Spartacusbund, Trotzlistische Liga Deutschlands)

Zum Charakter der "portugiesischen Revolution"

Am Anfang aller Fragen steht die Einschätzung des Charakters der portugiesischen Lage. Hier sind sich alle trotzkistischen Tendenzen einig. Wie nach einer langen Entbehrungsphase stürzten sich die "Hungernden und Dürstenden" wie schon in Chile so auch in Portugal auf die "revolutionären" Ereignisse. Verhielt man sich anfänglich noch in einer mehr abwartenden Skepsis gegenüber den Entwicklungen nach dem Militärputsch vom 25. April 1974, so hat man spätestens seit Jahresanfang 1975 die "Revolution" wieder festgestellt. Nach einer kurzen "Entziehungskur" nach den chilonischen Desaster war man schon bald wieder in Hochform. Und ganz in der eurozentrischen Beschränktheit dieser "Internationalisten" kam man auf sicheres Terrain, wo man - wenn schon, denn schon - sich auf keine halben Sachen einlassen wollte. Natürlich wurde deshalb Portugal zum Funken für den endlich Europa und damit die ganze Welt entzündenden revolutionären Steppenbrand erklärt: "Die portugiesische Revolution - Beginn der europäischen sozialistischen Revolution..." so z.B. der Spartacusbund in seinem Zentralorgan (Spartacus Nr. 22)

In unseren verschiedenen Artikeln zu Portugal wird zwar zum Charakter der "portugiesischen Revolution" alles gesagt, aber hier soll es doch noch einmal hervorgehoben werden: Es ist nicht wahr, daß in Portugal jetzt oder kurzfristig überhaupt eine neue Revolution, d.h. der unmittelbare Kampf um die Macht auf der Tagesordnung steht und stand. Nein, auf der Tagesordnung steht allein der Kampf um die Bildung der revolutionären Partei, die die Arbeiterklasse zunächst zu ihrer eigenen Verteidigung um eine Klassenplatt-

form organisiert und sie von demokratischen Illusionen befreit, von der Vertrauensseligkeit den Sozialisten und Stalinisten, aber auch der scheinradikalen Demagogie gegenüber.

Für die "Trotzkisten" handelt es sich genau um das, was eben nicht auf der Tagesordnung steht, um die Frage der proletarischen Revolution heute und jetzt. Vor allem Assoziationen mit der revolutionären russischen Entwicklung von 1917 werden immer wieder beschworen, obwohl die portugiesische Lage in kaum einem Punkt damit übereinstimmt: In Portugal gab es keinen Massenaufstand, sondern eine bürgerliche Militärrevolte, die den unter den Kolonialkämpfen zusammenbrechenden "estado nuevo" Caetanos zu reformieren sucht, es gab keinerlei revolutionäre Entwicklung in den kapitalistischen Zentren, vor allem aber gab es keine zielstrebige revolutionäre Politik durch eine kommunistische Klassenpartei (und, sei schon hier darauf hingewiesen, eine solche Partei läßt sich nicht MITTEN IN DER REVOLUTIONÄREN KRISE durch Zusammenwürfelungen improvisieren).

So z.B. die Vertreter eines "reinen" Trotzkismus wie der TLD - "Noch ist allerdings die vorrevolutionäre Situation weder zur einen noch zur anderen Seite entschieden. Portugal steht am Scheideweg: Revolution oder Konterrevolution." (diese noch gebremste Euphorie vom Juni 1975 - Kommunistische Korrespondenz Nr.9), so z.B. auch die Einschätzung des Spartacusbundes in ihren ZK-Thesen vom 14.10.75, die eine formale Einigung von zwei "Tendenzen" darstellten, heißt es: "Vom Sturz der Diktatur an hat sich die Arbeiterklasse einen Kampf um Teil- und Übergangslösungen aufgenommen, der sie unweigerlich vor die Aufgabe stellt, die Staatsmacht zu erobern. (also der typische trotzkistische Automatismus einer "permanenten Revolution") ... Auf jeden Fall ist der Kampf in Portugal ein Fahnal (!) für Europa, das die Landesgrenzen überspringt und entscheidenden Einfluß auf die weiteren Klassenkämpfe hat, zum Beginn der europäischen Revolution geworden ist." (Spartacus Nr. 22). Auch die im Geiste dazugehörige SAG befindet sich in diesem Chor: "Die Kraft der Arbeiterbewegung wächst weiter. Sie stellt immer dringender die Frage der proletarischen Macht. Die Bewaffnung der Arbeiterklasse hat angefangen und die Zersetzung des bürgerlichen Staates ist offensichtlich.... Der entscheidende Kampf läßt nicht mehr lange auf sich warten." (Klassenkampf vom 15. Oktober 1975) Von dieser grundfalschen Einschätzung kam man dann

bekanntlich im Falle der SAG zur Politik der Unterstützung der abenteuerlichen PRB-BR, die zwischen Putschismus und Volksfront hin und her schwankt.

Am schwammigsten von allen trotzkistischen Gruppen verhält sich die größte, und da die GIM praktisch alle Einschätzungen über Portugal von zentraler Stelle übernommen hat, kann man sich hier kurz fassen, da ja die Position des Vereinigten Sekretariats, und hier der "internationalen Mehrheitstendenz" schon am französischen Beispiel seziert wurde. Aber durch ein Zitat soll die besonders opportunistische Linie der GIM/VS/IMT dargestellt werden. So heißt es in einem Flugblatt der "sympathisierenden Sektion der IV. Internationale in Portugal", ICI, vom Juli 1975: "Heute gibt es keine Regierung in Portugal. Jeder weiß, jeder Arbeiter fühlt, daß allein eine solche Regierung das Land aus der Krise führen kann, die die Interessen der Arbeiter, der Bauern und allerer, die Opfer der kapitalistischen 'Repression' sind, verteidigt... Hierfür ist eine Regierung nötig, die entschieden gewillt ist, den Kapitalismus zu zerschlagen, indem sie sich auf die ungeheure Kraft der in den Basiskomitees der Mieter- und den Volksversammlungen organisierten Arbeiter stützt. Eine solche Regierung muß einer nationalen Volksversammlung verantwortlich sein, die die Gesamtheit der Arbeiterklasse, der Bauern und Soldaten repräsentiert." (Was tun, Nr. 82/83 vom 7.8.75). Ist es schon ein Glück, eine irgendwie programmatische Stelle aus dem ganzen Mist von schön ausgemalter Situationsschilderung zu erwischen, so ist diese Stelle für diese trotzkistische "Tendenz" mehr als charakteristisch.

Zweierlei springt vor allem ins Auge: eine völlig unmarxistische Staats- bzw. Regierungsauffassung und gemäß der üblichen Nachtrabpolitik eine tunliche Vermeidung jeglicher Forderungen nach der revolutionären Partei. Beim letzteren verfällt man bei der GIM/VS vor allem, und sogar beinahe ausschließlich, auf die stereotype Formel von der "Zentralisierung der Organe der Volksmacht".

Aber könnte das noch eine zwar nicht zu tolerierende taktische Finte sein, um den sich gerade frisch radikalisierenden Arbeiter nicht in seiner stolzen Perspektive zu stören, so erinnert

die Forderung nach einer "Regierung, die gewillt ist, den Kapitalismus zu zerschlagen, indem sie sich auf die ungeheure (!) Kraft der in den Basiskomitees der Mieter und den Volksversammlungen organisierten Arbeiter stützt", doch vor allem an die opportunistische Illusion einer alten deutschen Sozialdemokratie über den Klassencharakter des Staates. Für diese Art Opportunisten war es seit Lassalle eine ausgemachte Sache, daß der bürgerliche Klassenstaat eine gleichsam neutrale, dem Allgemeinwohl verpflichtete Instanz darstellte, die man durch außerparlamentarische, aber vor allem und je länger umso ausschließlicher durch parlamentarische Aktionen im Sinne einer Wende zum Sozialismus beeinflussen könnte, um somit die für jeden Kleinbürger grauenhaften Vorstellungen eines gewaltsamen revolutionären Bruches aus der Welt zu schaffen. Und der Verzicht auf diese gewaltsame revolutionäre Machteroberung macht die eigentliche Essenz aller revisionistischen Entartungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung aus.

Bei einigermaßen vorhandenen Kenntnissen über revolutionäre Prozesse, zumal nach einer fast 50-jährigen konterrevolutionären Phase im Weltmaßstab konnte man für Portugal ganz klar sagen, daß hier der Prozeß bis zur Revolution unter einer relativ langen Perspektive zu sehen sein mußte: Die Stärke der opportunistischen Parteien, das gänzliche Fehlen einer klaren revolutionären Klassenpartei, völliger Mangel an irgendwie revolutionär zu nennenden Bewegungen in den kapitalistischen Ländern (in Zusammenhang damit die polizeiliche Rolle der Industrieländer und aller imperialistischen Parteien und nicht zuletzt der SPD), die völlige Kampfunerfahrenheit des portugiesischen Proletariats, die Situation der nach allen Seiten hin und mit allen Methoden kontrollierten Nachablösung der Bourgeoisie, all diese Umstände ließen eine langsame Entwicklung der Ereignisse ganz im Gegensatz zu unseren scheinrevolutionären Sprücheklopfern erwarten und erlauben so, auch in Portugal mit einer längeren Frist für die Vorbereitung einer zu schaffenden Sektion der internationalen revolutionären Partei und ihrer Einflußnahme auf die breiten Arbeitermassen zu rechnen.

Zur Strategie und Taktik

Entbehrt die Einschätzung der portugiesischen Lage während 1975 jeglicher marxistischen Grundlage, so führt sie notwendigerweise auch zu einer ebenso prinzipienlosen und falschen Strategie und Taktik, die ihrerseits auch ein konkreter Beweis dafür ist, welche Kräfteverhältnisse in Portugal effektiv vorhanden sind.

Aus der objektiven Unmöglichkeit, die Macht zu ergreifen und die Diktatur des Proletariats zu errichten, läßt man diese beiden Prinzipien ganz einfach fallen und baut eine Zwischenetappe einer Arbeiterregierung, die nicht als Synonym zur Diktatur des Proletariats verstanden wird (was schon problematisch wäre), sondern als Etappe der Neutralisierung und Umfunktionierung des bürgerlichen Staates mittels einer "beeinflußbaren" vom stalinistischen und sozialdemokratischen Opportunismus getragenen Regierung. Es stimmt zwar, daß hier scharfe Schattierungen zwischen den trotzkistischen Gruppen bestehen und daß z.B. die Trotzkistische Liga diese Arbeiterregierung als Regierung der Basisorganisationen der Arbeiter versteht. Allen Tendenzen ist aber gemeinsam, daß sie die Möglichkeit sehen, eine Regierung der Arbeiterklasse VOR DER ZERSCHLAGUNG DES BÜRGERLICHEN STAATES zu errichten.

Ein Zitat aus der Zeitung vom Spartacus, einer trotzkistischen Gruppe, die zwischen der trotzkistischen Liga und der extrem prinzipienlosen und opportunistischen GIM steht, ist nützlich, um gewisse Zusammenhänge zu erhellen: "Heute stellt sich die Forderung nach einer Arbeiterregierung, gebildet aus KP (!), Intersindikal (!), MES und anderen linken Gruppen, gestützt auf die Arbeiter-, Mieter- und Soldatenkomitees (d.h. gestützt auf und hervorgegangen aus einer Nationalen Versammlung der Arbeiter, Soldaten und Matrosen), wie wir sie schon in den Spalten dieser Zeitung dargelegt/haben, als unmittelbare Tagesaufgabe. Diese Forderung entwickelt heute in folgenden Richtungen ihre revolutionäre Dynamik: 1. Sie knüpft an den nach wie vor großen Illusionen des größten Teils des portugiesischen Proletariats in die KP an; fordert die KP auf, wirklich revolutionäre Maßnahmen zu ergreifen und zerstört so im Kampf die Illusionen in die KP. 2. Eng verbunden damit treibt sie den Bruch des portugiesischen Proletariats mit dem bonapartistischen MFA voran, indem sie auf die Bildung

einer Regierung aus Arbeiterorganisationen, gewählt von Arbeiter- und Soldatenräten, abzielt; die gesellschaftliche Schiedsrichterrolle des MFA zerstört und die Macht in die Hände der Arbeiterklasse legt."

Daraus wird auch klar, daß die politische Bindung zur stalinistischen KP, als ein Entlarvungs- und Neutralisierungsmoment des Opportunismus angesehen wird, während in Wirklichkeit bereits der geringste Menschenverstand klar erkennen müßte, daß ein politisches Bündnis mit Parteien, die aufgrund ihrer Positionen dazu gezwungen sind, konterrevolutionär aufzutreten, nur dazu führen kann, diese Parteien in den Augen der Massen neu zu bewerten und die Massenaktion selbst zu lähmen und in die Sackgasse zu führen.

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der "Einheitsfront" von allen trotzkistischen Tendenzen de facto entstellt. In der marxistischen Taktik ist die Einheitsfront ein auf den materiellen Kampfbedürfnissen der Arbeiterklasse beruhender Versuch, die von den Opportunisten in die Tageskämpfe hineingebrachte Spaltung (wenn nicht Kapitulation) zu überwinden, also eine Taktik, um die Arbeiterklasse in der Basis unabhängig vom jeweiligen Parteibuch des einzelnen Arbeiters zu organisieren, damit die Klasse der Offensive des Kapitals begegnen kann. Man geht aber in seiner materialistischen Einschätzung der Entwicklung des Kampfes davon aus, daß mit der Ausdehnung und Vertiefung dieses Kampfes die Opportunisten die Front brechen werden (und sich dadurch in den Augen der Massen entlarven), um entsprechend ihrer eigenen Klassennatur eine offen konterrevolutionäre Rolle zu übernehmen. Deshalb setzt die Einheitsfront die Existenz der kommunistischen Partei und ihre absolute politische Autonomie voraus. Sind diese Bedingungen nicht gegeben, muß jede Einheitsfront mit einer Desorientierung, mit einer Lähmung und sogar mit einer blutigen Niederlage der demoralisierten Arbeiter enden. Es ist daher schon schlimm genug - und bei deutschen "Revolutionären" in Anbetracht der katastrophalen Erfahrungen der KPD in den 20er Jahren eine Schande -, wenn man die Einheitsfront als politisches Bündnis mit den Opportunisten predigt und theoretisiert. Die Sache wird aber in den für Portugal von den Trotzkisten lancierten Perspektiven noch schlimmer, weil man hier - was übrigens wieder ein Nachweis dafür ist, wie weit man von einer revolutionären Lage entfernt ist - alle

Prinzipien hinsichtlich der Rolle der Partei in Wirklichkeit über Bord wirft und die "Einheitsfront" als AUFBAUMOMENT UND ERSATZ FÜR DIE REVOLUTIONÄRE PARTEI auffaßt. Die Sache wird nicht besser, wenn man diese Einheitsfront lediglich mit den Basisorganisationen und den "linken" Gruppen bilden will. Es hat auch keinen Sinn, post festum eine Organisation wie die FUR anzuklagen, sie habe nicht verstanden die Einheitsfront anzuwenden und deshalb wäre die konterrevolutionäre KP gestärkt aus dem Bündnis hervorgegangen, um die 6. revolutionäre Regierung zu unterstützen (wie es Spartacus in SB Nr. 20 macht). Noch weniger Sinn hat es, (und hierfür ist Spartacus auch ein "Spezialist" unter den Trotzlisten) die FUR einer Ultralinkshaltung (!) gegenüber der Sozialistischen Partei zu bezichtigen. Der Fehler liegt viel tiefer und wird von "Anklägern" und "Angeklagten" geteilt. Er liegt darin, die sozialistische Revolution ohne revolutionäre Situation, ohne revolutionäre Partei und ohne revolutionäre Diktatur machen zu wollen, also in einer beispiellosen Theorielosigkeit und in einer offensichtlichen Unfähigkeit zu jeglicher prinzipieller Politik, es sei denn der Politik prinzipieller Prinzipienlosigkeit.

b) Maoisten

Im Gegensatz zu den Trotzlisten, die, wenn auch bis zur Vernichtung aller Prinzipien "degeneriert", einen fernen Ursprung in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung haben, ist der Maoismus direktes Produkt der stalinistischen Konterrevolution, das in Europa auf der Welle der kleinbürgerlichen Studentenbewegung spezifische Konturen annahm. Die Verwandlung Chinas von einem Faktor der Gleichgewichtsstörung in der imperialistischen Konstellation zu einem Faktor der Erhaltung des status quo überhaupt und im Zusammenhang der Versuch der "Volksrepublik", für ein politisch und militärisch gestärktes Europa als Damm gegen Rußland zu werben, führten zu einer zunehmenden Spaltung des westeuropäischen Maoismus. Dieses Phänomen macht sich in Deutschland besonders bemerkbar: eine Strömung, der KB, nimmt kritische Distanz zur Außenpolitik Chinas und festigt sich als klassische stalinistische Gruppe, während die andere (KBW und KPD/ML, aber in ausgesprochener Form vor allem die KPD und einige noch kleinere Gruppen) krasse deutsch-nationalistische und faschistoide Züge annimmt.

Dies ist die Grundlage für die charakterisierenden Merkmale der maoistischen Positionen zu Portugal, die im übrigen genauso, wie die anderen "linken" Gruppen die Lage in Portugal als revolutionär einschätzen und genauso wie die anderen (in einer allerdings vergrößerten Form) eine Zwischenetappe konstruieren ("demokratischer", "antimonopolistischer", und "antiimperialistischer" Kampf bzw. Staat). Da die Einschätzungen der weiter unten kritisierten "Schwesterparteien" von den deutschen geteilt werden, dient die kurze Darlegung der Positionen im Falle unserer Vaterlandsverteidiger lediglich der Unterstreichung ihres westeuropäischen Chauvinismus.

Nach Meinung der KPD handelt es sich in Portugal heute - nachdem im April 74 die "Befreiung vom US-Imperialismus" stattgefunden habe - um die Frage "ob das portugiesische Volk seine Freiheit (!) und Unabhängigkeit behält und verteidigen kann, oder ob es der sozialfaschistischen Unterdrückung durch Cunhal unterliegt, der Portugal in eine Kolonie des Sozialfaschismus verwandeln will" (Rote Fahne, Nr. 43, 1975). Eine Zwischenetappe des "Aufbaus eines antiimperialistischen -demokratischen Staates" wird auf dieser Grundlage konstruiert, die von den "fortschrittlichen bürgerlichen Kräften" mitgetragen werden soll. "Hinwendung zur Dritten Welt, Zusammenschluß mit anderen Staaten der 2. Welt (gemeint sind die imperialistischen Nationen des Westens außer den USA, Verm. der IKP) im Kampf für die nationale Unabhängigkeit: dies ist die fortschrittliche Position der 6. Regierung, die von uns voll unterstützt werden muß." (RF, Nr. 43) Oder wie die von der KPD unterstützte AOC schreibt: "Für uns Kommunisten erfolgt der Kampf um nationale Unabhängigkeit als antiimperialistischer Kampf, als Kampf für das Bündnis und die Verstärkung der Beziehungen unseres Landes zu den Staaten Europas und anderen entwickelten Staaten, und als Kampf für die Einheit mit den Staaten der dritten Welt" (Liga aktuell, Nr. 5).

Die "Zwischenetappe" der nationalen "Unabhängigkeit" ist nichts anderes als die Verschleierung der Politik des europahörigen Flügels der portugiesischen Bourgeoisie. Übernommen von "Revolutionären" der imperialistischen Länder Europas wie der BRD, bedeutet sie nur eine demagogisch verschleierte objektive Unterstützung des eigenen imperialistischen Staates.

Auf eine Schilderung der nur verworren vorhandenen Stellungnahmen der KPD/ML kann man verzichten. Diese Organisation versucht, die "Bekämpfung" der beiden "Supermächte", vor allem aber des "Sozialfaschismus", mit einer Anprangerung des westeuro-

päischen Imperialismus zu verbinden, wird aber von der Logik der eigenen Positionen - trotz des zeitweiligen taktischen Schwankens gegen die eigene Bourgeoisie - die Partei des Imperialismus des eigenen Staates wieder zu ergreifen.

Der KBW wird in seiner Berichterstattung zu Portugal durch Ungenauigkeit, Zögern vor klaren Aussagen usw. charakterisiert. Dies hat einen tieferen Beweggrund. Der KBW versucht zu lavigieren zwischen den Auffassungen, die die chinesische Außenpolitik indoktrinieren (und die bei der KPD und KPD/ML zur Absurdität getrieben werden) und den Erfordernissen des bundesrepublikanischen Kleinbürgertums, welches der KBW von Politik und Programmatik her objektiv zu vertreten sucht.

Hier heißt die Zwischenetappe "Neue Demokratie". Bei dem Versuch sich gegenüber der KPD abzugrenzen, wird die Auffassung ausgedehnt: "Nur die Entwicklung des Kampfs der Arbeiter und Bauern und die Errichtung der neuen Demokratie kann die Unabhängigkeit Portugals sichern und der sozialistischen Revolution den Weg bereiten". Es folgt die Definition der "neuen Demokratie": "Herrschaft aller antiimperialistischen Klassen (!) unter Führung des Proletariats" (Kommunistische Volkszeitung, 13.11.75)

Abgesehen davon, daß diese "neue Demokratie" nichts anderes ist als eine Neuauflage des "Blocks der vier Klassen", der in China 1926/27 zur Vernichtung der proletarischen Avantgarde führte; abgesehen davon, daß diese "neue" Konzeption die Fortsetzung der so verhängnisvollen "Volksfrontpolitik" ist, die systematisch die Arbeiter entwaffnete und sie der Reaktion auslieferte; abgesehen von der falschen Prämisse, daß in Portugal die bürgerliche Revolution, (wofür die Maoisten jetzt "neudemokratische Revolution" sagen) auf der Tagesordnung steht; abgesehen, von diesen weiter unten behandelten Fragen, ist die KBW-Einschätzung im wesentlichen identisch mit den Positionen der KPD. Die Modifikation liegt allein darin, daß die einen sagen, WIE dieser "patriotische Block" auszusehen habe (also alle Kräfte, die sich um die Soares-Partei scharen und die Maoisten), während der KBW sich davor drückt diese logische Konsequenz seiner Grundposition auszusprechen.

Untersuchen wir nun die These von der antiimperialistischen Revolution in Portugal, die die Unabhängigkeit erreichen soll (was diese Unabhängigkeit ist haben wir schon vorher gezeigt).

Die erste Absonderlichkeit dieser These liegt darin, daß sie nie durch eine Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur bewiesen worden ist.

Die Kleinbürger "im roten Gewände" sehen nur die Rückständigkeit Portugals und seine Abhängigkeit vom Ausland und ...schwups reimt sich die "anti-imperialistische Revolution".

Daß nationaler Kapitalismus keineswegs national unabhängiger Kapitalismus ist, sondern Konstituierung der Kapitalherrschaft zwar im nationalen Rahmen doch innerhalb der wechselseitigen Abhängigkeit vom Weltmarkt; daß die portugiesische Bourgeoisie bereits Anfang dieses Jahrhunderts ihre Revolution "von oben" durchführte, daß 30% der Erwerbstätigen Industriearbeiter sind; daß sich der Kapitalismus in den 60er und 70er Jahren zunehmend modernisiert und konzentriert hat; daß die armen Bauern einer starken Proletarisierung ausgesetzt sind (die in hohem Maße zur Auswanderung nach Frankreich und Deutschland zwingt); daß der parasitäre Charakter breiter Wirtschaftssektoren durch die Auflösung des Kolonialreiches zu einer kapitalistischen Umstrukturierung gezwungen wird, zeigt daß Portugal ein kapitalistisches Land ist, daß zwar in starker Abhängigkeit vom Ausland steht, aber einen inneren Markt mit den entsprechenden Klassen Bourgeoisie und Proletariat und dem entsprechenden bürgerlichen Staat besitzt. Es ist geradezu peinlich daran erinnern zu müssen.

Somit kann nicht behauptet werden, daß die Bourgeoisie in Portugal (eine dazu noch kolonialistische Bourgeoisie) "fortschrittliche Interessen" hätte (diesen fortschrittlichen Charakter kann sie nur dann haben - allordings auch nur eingeschränkt - wennnoch bedeutende mittelalterliche Verhältnisse die innere kapitalistische Entwicklung lähmen), somit kann auch nicht behauptet werden, daß die Bauernschaft als Ganzes gegen eine autokratische Regierung auftraten würde, mit deren Sturz die Klassendifferenzierung in der Bauernschaft gefördert würde.

Selbst dann, wenn wir aus Zwecken der Argumentation für einen Moment zugeben, daß in Portugal die bürgerliche Umwälzung auf der Tagesordnung steht, ist die Theorie der "neuen Demokratie" reaktionär und antimarxistisch, denn ein politischer Block mit der bürgerlichen Demokratie (was die Maoisten ja verlangen, auch wenn sie demagogisch "unter Führung des Proletariats" sagen) führt unweigerlich zur Unterordnung des Proletariats unter die Kräfte der Konterrevolution, zum Verlust der Selbständigkeit der proletarischen Partei und letztenendes zu deren Zerschlagung, wie China so lehrbuchhaft bewies.

Immer hat Lenin diese menschevistische Konzeption zurückgewiesen und vorausgesagt, daß ALLE demokratischen Kräfte gegenüber dem proletarischen Kampf bereit sind, sich mit der vorkapitalistischen Reaktion zu verbünden, und im Falle der eigenen Machtergreifung diese sofort gegen das Proletariat benutzen werden, das eben darauf vorbereitet sein muß.

Das allerschlimmste ist es nun aber diese reaktionäre Theorie auf ein Land zu übertragen, wo die Bourgeoisie bereits seit langem fest an der Macht ist, wo das Proletariat sich unter der strengen Kontrolle der Stalinisten von der PCP und der Sozialdemokraten von der PSP befindet und den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft unterjocht wird. In einer solchen historischen Phase kann es nichts verwerflicheres geben als eine Theorie wie die der "neuen Demokratie", eine Theorie, die den Gegensatz von Kapital und Arbeit durch die nationale Einheitsfront versöhnen will, die die Interessen der Arbeiterklasse in den allgemeinen (d.h. bürgerlichen) "Volksinteressen" auflöst; eine Theorie, die die Arbeiterklasse NICHT SELBSTÄNDIG ORGANISIERT, sondern den "Volksinteressen" unterordnet, diese NICHT BEWAFFNET, sondern der bürgerlichen Armee unterwirft; die nicht entschlossen die SOZIALE FRAGE stellt, sondern die engen Grenzen der bürgerlichen Ordnung wahrt und innerhalb dieser Ordnung selbst die Verteidigung der unmittelbaren Lebens- und Kampferessen der Arbeiterklasse untergräbt.

Eine Sonderstellung unter den Maoisten hat der Kommunistische Bund (KB), der sich von den chinesischen Thesen des Sozialimperialismus distanziert, und die objektive Unterstützung der portugiesischen Bourgeoisie unter dem Motto des "revolutionär demokratischen Prozesses" leistet. Dieser Prozeß, der vor allem "gegen die drohende Gefahr eines von der Reaktion entfesselten Bürgerkrieges (!) und einer neuen faschistischen Diktatur " laufen muß, richtet sich gegen den Repräsentanten dieser "Reaktion", den der KB in der SP identifiziert, um "die sich die gesamte reaktionäre und faschistische Rechte" sammelt (Arbeiterkampf, Nr. 64). Das Ziel dieser Reaktion sei "eine allmähliche und schrittweise Mobilisierung bürgerlicher und kleinbürgerlicher Massen gegen den revolutionär-demokratischen Prozeß sowie die Spaltung des MFA (!) als Vorbereitung der gewaltsamen Konterrevolution und gegebenenfalls des Bürgerkriegs". Insofern handelt es sich um dieselben Positionen der "kommunistischen" Partei Portugals, die vom KB entsprechend auch als "unentbehrlicher Teil der Kampffront gegen Reaktion und Sozialdemokratie" (Arbeiterkampf, Nr.68, S.3) angesehen wird.

Bei einer solchen Annäherung einer maoistischen Gruppe an die klassischen Positionen der stalinistischen Formen von Klassenkollaboration (Volksfront, "Anti-faschismus"), ist es kein Wunder, das die DKP den KB immer mehr als Konkurrent ansieht und entsprechend angreift. Eine Modifizierung erfährt die Position des KB nur insofern, als er in Anlehnung an die MES ein "System direkter Demokratie" ausdrücklich begrüßt. Es geht uns nicht darum, hier die Kritik dieser Positionen, die alle unsere Stellungnahmen zu den Ereignissen in Portugal kennzeichnet, zu wiederholen. Da aber die letzten Entwicklungen in Portugal, mindestens seit der Wiederherstellung der Ordnung durch die Regierung Azovado Ende November, eigentlich vom KB als Sieg der "Reaktion" hätten bewertet werden müssen, ist es angebracht, die Einschätzungen dieser Gruppe dazu zu schildern, um den kapitalistischen Charakter der opportunistischen Positionen hervorzuheben.

Es wurde nach dem 25./26. Dezember durch die schreiendsten Tatsachen eindeutig klargestellt, daß es in Portugal keine "Revolution" gegeben hat, daß alle scheinbaren Errungenschaften der "Revolution" eben keine Errungenschaften waren, die von einer revolutionären Arbeiterklasse ERKÄMPFT wurden, um die Klasse weiter zusammenzuschließen, sondern daß diese "Reformen" ebensoviele Mittel waren, die spontanen Energien des Proletariats und der armen Bauern auf scheinradikale, reformistische, demokratische Mühlen zu lenken und eine selbstständige Klassenaktion des Proletariats zu vermeiden. Die sogenannten Linken hatten zwar nie entscheidenden Einfluß auf das Proletariat, aber sie leisteten ihren kleinen Beitrag für den Prozeß der Ordnung indem sie entweder auf die Karte der PCP oder der PSP setzten. Der "Arbeiterkampf" gibt diese Einschätzung indirekt zu, indem er feststellt, daß erstens die "Linken" (oder besser ein Teil davon) völlig von der PC abhängen und zweitens überhaupt nicht in der Lage waren, die wirklichen Kräfteverhältnisse auch nur annähernd zu erkennen.

"Anscheinend resignierte sie (die "revolutionäre Linke", Verm. der IKP) weitgehend nachdem die PCP, die über den größten Masseneinfluß verfügt, die Massen demobilisierte" (Arbeiterkampf, Nr. 70, S. 2).

Aus diesen Tatsachen die Schlußfolgerung zu ziehen, die einzig folgerichtig wäre und die unsere Partei von vornherein prognostizierte, daß nämlich die PCP Garant der bürgerlichen Ordnung, ein konterrevolutionärer Bremsfaktor ist, liegt aber dem "Arbeiterkampf" fern. Die Einschätzung Marx's über die Kleinbürger - "Jedenfalls geht der Demokrat ebenso makellos aus der schmachlichsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist" - paßt hundert-

prozentig zum KB, der aus dem Ganzen folgende Lehren zieht: "Es hat sich gezeigt, daß der Revisionismus und die PCP mit Abstand die entscheidende politische Kraft in der Arbeiterklasse ist, ohne die und gegen die wirksame Abwehrmaßnahmen nicht möglich waren bzw. nicht einmal versucht wurden" (AK, Nr. 70, S! 3). Wenn man dann noch das "strategische" Kunststück wagt, zu sagen, daß "alle Voraussetzungen da sind, um nach einer notwendigen Phase der Umstellung und des Wiederaufbaus noch zielstrebig und rascher den Weg des revolutionären Prozesses fortzusetzen" (AK, ebenda), wird klar, daß der "besonnene" Maoismus nichts anderes, als die permanente Kapitulation gegenüber dem staatstragenden Opportunismus und somit gegenüber allen Formen der Reaktion darstellt.

c) Die DKP

Die DKP als "linke" Gruppierung darzustellen ist nur möglich, weil man ohnehin von den Dänsefüßchen Gebrauch macht. Es handelt sich hier um einen integrierenden Bestandteil der bürgerlichen Front, auf die die kritische Entlarvung, die in den vorhergehenden Artikel hinsichtlich der PCP gemacht wurde, voll zutrifft, auch wenn die DKP aufgrund der bei uns herrschenden sozialen Stabilität noch nicht die Gelegenheit hatte, ihre Rolle zu entfalten. Von der DKP hat man nichts anderes zu erwarten, als von der PCP zu erwarten war. Die Politik der "antimonopolistischen Demokratie", die theoretisch eine reaktionäre Utopie ist, weil die gesetzmäßige Tendenz des Kapitals zum Monopol und zum Totalitarismus verläuft, die nur durch die Diktatur des Proletariats - die von diesen "Komunisten" heute offen als "stalinistisches Prinzip" verworfen wird - aufzuheben sind, und nicht durch eine Rückkehr zu der kapitalistischen Phase, die Monopol und Totalitarismus erzeugt hat und notwendigerweise erzeugen muß, diese Politik der "antimonopolistischen Demokratie" hat in Portugal in der Praxis abermals gezeigt, was sie bedeutet: vollkommene Unterjochung des Proletariats unter die Interessen des Kapitals.

DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS UND PORTUGAL

Kaum ein imperialistisches Land dieser Welt, das nicht auf das Prinzip der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" der anderen schwört. Kaum ein imperialistisches Land, das nicht ständig - am lautesten allerdings die BRD - beteuert, davor zurückzuschrecken, sich in Konflikte der "anderen" zu verwickeln. Würde die kapitalistische Welt nach den Prinzipien und Wünschen der Regierungen und "Oppositionen" regiert, wären die Erklärungen der Vertreter der herrschenden Klasse etwas anderes als bewußte oder unbewußte Demagogie und Verschleierung, so würde die Praxis der Außenpolitik - aber dann würde es eigentlich keine Außenpolitik geben - nach dem Motto laufen: jeder macht seinen Dreck allein.

Nun verhält sich die Sache in Wirklichkeit aber so, daß das Kapital anderen Gesetzen unterworfen ist, als den Moralprinzipien der Politiker. Fungieren 1000 DM als Kapital, müssen es bald 2000 DM sein, denn das Kapital muß größer werden, immer mehr Arbeit sich einverleiben... und in seiner Expansion kennt es keine Grenzen. Es muß Rohstoffe aus allen Ecken der Welt beziehen, seine Produkte im Ausland absetzen und Arbeitskräfte überall ausbeuten. Es muß also im Ausland investieren, zumal wenn man dadurch billigere Arbeitskräfte bekommt oder sich einen weniger "übersättigten" Markt erobern kann. So schafft sich jede Industrienation "Interessen" überall in der Welt. Diese Interessen müssen einerseits vor den Konkurrenten geschützt werden, andererseits muß man dafür sorgen, daß der Reproduktionsprozeß des Kapitals nicht durch soziale und politische Kräfte ins Stocken gerät: Wenn das Land, in dem man sich "Interessen" verschafft hat, von einer sozialen oder politischen Krise erschüttert wird, greifen die imperialistischen Nationen direkt oder indirekt ein, um die Sache ins Lot zu bringen, vor allem wenn die lokalen Herrscher die Lage schlecht kontrollieren oder mit den Konkurrenten kokettieren.

Betrachten wir die Beziehungen zwischen den großen und weniger großen Mächten und Portugal samt Kolonien, werden wir feststellen, daß Portugal selbst ein wirtschaftlich schwaches Land ist, daß bis vor kurzem mit großem eigenem Profit den Wachhund dieser Mächte im portugiesischen Kolonialreich spielte. In den letzten Jahrzehnten hat Portugal, vor allem durch die Investitionen des Auslands, eine beachtenswerte industrielle Entwicklung durchgemacht. Diese Entwicklung und die Befreiungsbewegung in den Kolonien haben Portugal zu einer immer stärkeren Bindung

an Europa zulasten der Wirtschaftsbindung zu den Kolonien gebracht. Der Kolonialkrieg wurde immer aussichtsloser und Portugal war immer weniger in der Lage, ein effizienter Wachhund zu sein. Hinzu kam, daß sein traditioneller Vormund, England, als sinkender imperialistischer Stern im letzten Jahrzehnt von den USA und anderen, europäischen Mächten (in den Kolonien auch von Südafrika) zurückgedrängt wurde.

Die Entwicklung der Interessenlage der verschiedenen Industrienationen in Portugal und seinen Kolonien kann man anhand des Investitionsstands 1969 verfolgen:

Investitionen in den Kolonien:

Belgien	775.000.000	Escudos
USA	158.000.000	"
Südafrika	105.910.000	"
England	53.010.000	"
BRD	19.400.000	"

Investitionen in Portugal selbst:

BRD	139.173.000	Escudos
USA	109.736.000	"
England	83.935.000	"
Spanien	67.033.000	"
Frankreich	47.596.000	"

(Zahlen von der deutsch-portugiesischen Industrie und Handelskammer)

1973 betrug die Direktinvestitionen der BRD in Portugal 300 Mill. DM (sie sind in jenem Jahr um 38% gestiegen) und machten somit 30% aller ausländischen Investitionen aus.

Hinzukommt, daß zuletzt 80% des Warenverkehrs von Portugal mit Europa und hauptsächlich der EC stattfand. Der Bundesrepublik gelang es im Laufe der letzten 20 Jahre, aber zunehmend in den letzten Jahren, "ihre Lieferungen nach Portugal mengen- und wertmäßig zu vervielfachen und seit mehreren Jahren unbestritten den ersten Platz als Lieferant Portugal zu halten, wobei das Schwergewicht der Lieferungen -Investitionsgüter, Maschinen, Kraftfahrzeuge, chemische Erzeugnisse - proportionell konstant blieb" (Handelsblatt, Nr. 178, 19.9.74).

Dieser Bindung mit dem Westen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet zunehmend auf den aufsteigenden BRD-Imperialismus verlagert, entspricht die Einbettung in die NATO (dabei muß man auch die strategisch wichtige Lage Portugals berücksichtigen), d.h. auch die militärische und politische Unterstützung des Salazar-Regimes. In diesem Rahmen war die militärische Zusammenarbeit der BRD mit Portugal beträchtlich. Die Waffenlieferungen der BRD umfaßten

Transportflugzeuge, Bomber, Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Korvetten und U-Boote usw. Es ist klar, daß Portugal diese Waffen auch im Kolonialkrieg einsetzte und daß auch die militärische Ausbildung in der NATO für kolonialistische Zwecke nutzbar wurde.

Die imperialistischen Länder haben den Salazarismus in Portugal und in den Kolonien unterstützt und von ihm profitiert, sie konnten aber die Augen nicht davor verschließen, daß das Regime und das Kolonialreich in Auflösung begriffen waren, daß es einem großen Teil der portugiesischen Bourgeoisie früher oder später darum gehen müßte, einen Regimewechsel herbeizuführen. War ja dieser Regimewechsel Bedingung für eine Lösung der Kolonialfrage, für den Versuch, mit "selbstständigeren" Kolonien moderne Abhängigkeitsverhältnisse herzustellen, gleichzeitig aber Voraussetzung dafür, das Kolonialreich bzw. die weiterdauernden privilegierten Beziehungen zu Angola, Mosambik usw. als Karte für bessere Konditionen bei einer Integration mit Europa ausspielen zu können.

Dieser Entwicklung haben alle westlichen Mächte Rechnung getragen (von den Russen werden wir gleich reden), um ihre Einflußmöglichkeiten in Portugal nach dem Sturz des Salazarregimes von vornherein abzusichern, nicht zuletzt aber auch um durch diesen Einfluß den Prozeß der Wachablösung der portugiesischen Bourgeoisie mit den geringsten Unkosten für die Interessen des Kapitals vor sich gehen zu lassen, d.h. mit möglichst geringen sozialen Unruhen und mit der besten Kontrolle der Arbeiterklasse und der armen Bauern. Bei der ausländischen Einflußnahme auf die portugiesische Opposition - die bereits vor dem 25. April auf Hochtouren lief - verstricken sich außenpolitische und sozialpolitische Komponenten. Letztere werden sehr klar anhand der Erklärungen des Geschäftsführers der Hoechst Portuguesa in der FAZ vom 20.9.75. Rückblickend auf den bisherigen Verlauf des "Revolutionsprozesses" ist dieser Herr trotz zeitweiliger Verluste optimistisch. Die Lage sei nicht so, wie man sie oft übertreibend schildere; zu Besetzungen von ausländischen Betrieben sei es nicht gekommen, auch die Mitbestimmung bereite wenig Sorgen, Störend sei nur, daß in den Betrieben viel diskutiert und getagt, kurz "WENIGER GEARBEITET ALS FRÜHER" werde. "Was den Managern dort jedoch Sorge bereitet, ist DER DRASTISCHE ANSTIEG DER LOHNKOSTEN" !

+ + + +

Das Schwergewicht der Intervention vor und nach dem 25. April ergibt sich aus der jeweiligen In-

teressenlage. Sie ist aus dem oben zitierten Wirtschaftsdaten fast ablesbar.

Rußland z.B. konnte in einem fest in der westlichen Welt und in der NATO verankerten Imperium erst in einer Krisensituation oder wie in den Kolonien, nur durch die Unterstützung von Befreiungsbewegungen, die wie die MPLA vom Westen nicht kontrolliert waren, eine gewisse Einflußmöglichkeit erhalten. Dabei muß sich aber der russische Imperialismus nach dem herrschenden Kräfteverhältnissen richten. Während er in Afrika voll aktiv ist, muß er sich im Natoland Portugal neutral verhalten, was die nachstehend skizzierte Perspektive Cunhals zum Scheitern verurteilt.

Andererseits ist mindestens im Falle der FLNA allgemein bekannt, daß die USA nicht erst heute, sondern seit Jahren zu den gemäßigten und "prowestlichen" Flügeln der Befreiungsbewegung in den Kolonien Kontakte pflegen und Unterstützung leisten. Die Rolle des französischen Imperialismus ist bereits in einem Artikel weiter unten erläutert. Was die BRD angeht, ist auch allgemein bekannt, daß sie im Rahmen der imperialistischen Arbeitsteilung zwischen Regierung und Parteien eine Fühlungsnahme mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen via SPD versuchte (Wischnewski, Friedrich-Ebert-Stiftung usw.). Die Erfolge der BRD mußten hier bescheiden sein, da man im Hinblick auf die Beziehungen zu Südafrika und im allgemeinen auf die relativ schwache Interessenlage und geringe Manövrierfähigkeit des westdeutschen Imperialismus, nicht in der Lage war, irgendeiner Befreiungsbewegung, auch den "prowestlichen" nicht, vieles zu bieten.

Anders sieht es aber in Portugal selbst aus. Hier konnten die Träger des deutschen Imperialismus durch eine breite politische Tätigkeit und durch direkte und indirekte über die EG gemachte wirtschaftliche Erpressung mit Erfolg versuchen, die Interessen des deutschen Kapitals zu wahren.

Wurde die innenpolitische Aufgabe von allen sich abzeichnenden Tendenzen der Bourgeoisie und des Opportunismus gleich verstanden - die vom Regimewechsel ausgelöst und von der Entkolonisierung und Wirtschaftskrise genährten sozialen Unruhen auf ein Mindestmaß zu halten und die Disziplin und Enthaltensamkeit der Arbeiterklasse und der armen Bauern möglichst zu sichern - ergaben sich dennoch ziemlich breite Auseinandersetzungen hinsichtlich der Methode, wie wir in den nachstehenden Artikeln eingehend untersuchen.

In diesen Artikeln haben wir auch gezeigt, wie sich außenpolitisch nach dem 25. April zwei divergierende Tendenzen offen abzeichnen. Beide entstanden auf der gemeinsamen Grundlage der neuen Situation der Auflösung

dés Kolonialreiches und einer sich vollziehenden engen Bindung zu Westeuropa, beide verstanden die Entkolonisierung als Prozeß der Schaffung von privilegierten Beziehungen zu den unabhängigen "Überseeeprovinzen", artikulierten aber eine unterschiedliche Position hinsichtlich der weiteren Rolle Portugals. Die KP gehörte zu den Kräften, die man wohl als chauvinistische bezeichnen kann, und die auf der Grundlage dieser privilegierten Beziehungen zu Afrika, sowie eines Lavierens zwischen Ost- und Westimperialismus einen gewissen Selbständigkeitsspielraum für das (dementsprechend stark unter den Staat zu zentralisierende) portugiesische Kapital suchten. Die Kräfteverhältnisse schränkten aber die Möglichkeiten dieser Tendenz von vornherein sehr ein.

Die andere Linie war die von Soares und den "gemäßigten Offizieren", die die totale Unterordnung unter die mächtigeren imperialistischen Nationen des Westens und unter die europäische Wirtschaft akzeptierten. Die sozialistische Partei wurde dazu nicht nur aus innenpolitischen Gründen verleitet - eine "nationalistische" Lösung würde eine Militärdiktatur "linker" Prägung mit Ausschließlichkeit der KP bei der Ausübung der opportunistischen Kontrolle über die Arbeiterklasse bedeuten und somit kaum Platz für die SP lassen - sondern weil ihre eigene Existenz von Westeuropa bestimmt wird. Die sozialistische Partei Portugals wurde nach einer langen Vorbereitungsphase 1973 von der SPD aus der Taufe gehoben und regelrecht gezüchtet um das zu sein, was sie heute ist. Kein Wunder, daß sie sich den außenpolitischen Zielen des europäischen und vor allem des westdeutschen Kapitals verpflichtet fühlt, kein Wunder, daß sie die pluralistische Demokratie als das versteht, was sie ist, nämlich als Interessenvertretung des Kapitals in der Unterdrückung der Arbeiterklasse, also in einem wirtschaftlich schwachen und abhängigen Land wie Portugal nicht zuletzt des ausländischen Kapitals. Die portugiesischen Sozialisten sehen sich aber in Anbetracht der inneren Lage gezwungen das SPD-Programm von Vor-Codesberg, die "sozialistische" Demagogie für verschärfte Krisenzeiten, in alle Eide hinauszuposaunen: "Nicht den Kapitalismus retten, sondern überwinden". Die Milde, die die SPD für einen solchen Radikalismus des Zöglings zu Tage legt, ist vorverständlich, wenn man bedenkt, wie man den Kapitalismus nach Soares überwinden soll: "Maßvolle Mitbestimmung, aber nicht unkontrollierte, vom Schwung revolutionärer Gesinnung getriebene Usurpierung (!!) des privaten Kapitals durch den Staat" (stelle man sich vor, es ginge um die "Usurpierung" durch die Arbeiterklasse), "Disziplin in den Fabriken", "Produktivität in der Landwirt-

schaft", "Investitionen aus den USA und Europa, ohne die Portugal ein Leben in sozialistischer Armut führen werde" (Hoechst, Bayer, Siemens, ITT usw. sind auch gerne bereit, für den Aufbau des portugiesischen "Sozialismus" zu sorgen). (FAZ, 17.9.75)

Der Vorbereitung einer so nützlichen "Schwesterpartei" haben sich die SPD und nicht zuletzt "Genosse" Willy Brandt mit der gebotenen Aufmerksamkeit gewidmet. Der westdeutsche Imperialismus ist bereits imstande für jede Entwicklung der innenpolitischen Lage der anderen Länder einen geeigneten "Gesprächspartner" parat zu halten, eine politische Formation, die aufgrund ihrer internationalen Bindungen und Vorarbeit als wertvoller Kanal für Einflußnahme und Intervention fungieren kann. Im Rahmen der fehlenden politischen und vor allem militärischen Macht bildet die Arbeitsteilung zwischen den Parteien der BRD ein wichtiges Element der Manövrierfähigkeit des deutschen Staates, sie hat sich sozusagen historisch aus der Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher Macht und militärischer Abhängigkeit ergeben und hat dem imperialistischen Opportunismus eine neue Qualität gegeben: er ist nunmehr berufen, nicht nur als Regierungsträger, sondern auch als von sich aus agierende Partei, die Machtinteressen des deutschen Kapitals als Spitzenreiter dort zu vertreten, wo der Staat in Anbetracht der herrschenden "Konstellation" Rücksicht nehmen muß.

War die Vorarbeit vor dem 25. April wichtig, so wurde die Intervention nach dem Sturz des Caetano-Regimes von der Regierungsseite direkt erpresserisch. Die direkte deutsche "Kapitalhilfe" wurde von präzisen innenpolitischen (die Sorge des Hoechst-Geschäftsführers wurde voll geteilt) und außenpolitischen Bedingungen abhängig gemacht. Dieselben Bedingungen hat der westdeutsche Staat in den EG-Gremien federführend mitgetragen. Jeder der häufigen Besuche von portugiesischen Politikern und Militärs wurde von den Vertretern aller Parteien ausgenutzt, um auf diese Bedingungen, oft drohend, hinzuweisen. Erst nach der Stabilisierung durch die 6. Regierung - die unter anderem auch mit den Auswüchsen der demagogischen Phrase in Portugal Schluß machte und die Offensive gegen die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse auf breiter Front in Angriff nahm - setzte man die Einräumung der "Kapitalhilfe" effektiv auf die Tagesordnung. Man verlangt eben von den ausländischen Bourgeoisien nicht nur die "richtige" außenpolitische Linie, sondern auch Effizienz: den Nachweis dafür, daß sie die Lage voll kontrollieren.. Die Tätig-

keit der SPD nahm ihrerseits nach dem 25. April immer mehr frenetische Züge an, um in ganz Europa Kräfte für die Unterstützung der Soares-Partei zu mobilisieren. Verschiedene sozialistische Konferenzen wurden abgehalten, ein Unterstützungskomitee gegründet usw. usf. Es handelt sich wohl um eine der in Friedenszeiten beispiellosesten Mobilisierungen des sozialdemokratischen Flügels des opportunistischen Imperialismus in Verteidigung der internationalen Interessen des Kapitals.

Diesen imperialistischen Umtrieben entsprach keineswegs eine adäquate Reaktion der Arbeiterklasse in der BRD oder woanders. Sie hat, unter der Kontrolle des Opportunismus und der sozialdemokratischen oder nationalkommunistischen Parteien und Gewerkschaftszentralen, auch in Deutschland untätig zugesehen, wie der eigene imperialistische Staat sich international stärkt und das heißt auch SICH GEGEN SIE SELBST STÄRKT.

Aber gerade das Schicksal der portugiesischen Arbeiterklasse, die sich unvorbereitet der Krise des Salazarregimes gegenüber sah und, der internationalen Einheitsfront von Opportunismus und Bourgeoisie sowie der Demagogie der "Linken" ausgeliefert, nicht einmal in der Lage war, diese Krise für die Schaffung von besseren Lebens-Kampf und Organisationsbedingungen auszunutzen, sollte ein Mahnruf für die kämpfwilligen Arbeiter und für die ernsthaften Revolutionäre auch in der BRD sein, die sich mit einem viel stärkeren und solideren Feind werden messen müssen, sich um die Positionen der marxistischen Partei zu organisieren, die aufgrund ihrer Geschichte, ihres Programms und ihrer taktischen Linie als einzige in der Lage ist, den Einfluß und schließlich die Macht des Opportunismus und der Bourgeoisie insgesamt konsequent zu bekämpfen..

CHRONIK DER LAUFENDEN EREIGNISSE

vom 25. April - Ende Oktober 1974

25. April Marcello Caetano wird durch einen Staatsstreich "junger Hauptleute" des Heeres gestürzt. Spínola übernimmt die Führung der Bewegung.
- Mai 74
1. Große Kundgebung. Vereinigung von Soldaten und Bevölkerung - mit roten Nelken in den Gewehrläufen.
15. General Spínola übernimmt die Funktion des Staatspräsidenten.
Erste provisorische Regierung aus PCP, PSP, PPD und parteilosen Technokraten.
23. Formeller Beginn der Verhandlungen mit der PAIGC (Befreiungsbewegung von Guinea Bissau und den Kapverdischen Inseln)
25. Die provisorische Regierung setzt 330 DM als unterste Lohnstufe fest, obwohl die Forderung der Arbeiter doppelt so hoch lag. Alle Regierungsparteien stimmten zu.
28. Erste Streikwelle: 200 000 Textilarbeiter und mehrere Tausend anderer Branchen.
Erster Kontakt von MPLA und Soares
Massendemonstrationen und Streiks in Angola.
- Juni 74
4. Verhandlung mit der Frelimo. Versuch die Befreiungsbewegung zu entwaffnen.
- Juli 74
17. Eintritt von 4 Mitgliedern der MFA in die Regierung.
28. Streik-Versammlungs- und Demonstrationsrecht werden anerkannt, aber strikt überwacht.
- August 74
20. Goncalves kündigt die "Periode der wirtschaftlichen Härte und der Opfer" an. Vorgesehen sind Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel usw., bei 25% Inflation.
26. Vertrag in Algier über die Machtübernahme der PAIGC. Die Bewohner der Kapverdischen Inseln sollen in einer Volksabstimmung über ihre politische Zukunft entscheiden.
30. Machtkampf zwischen der von Spínola geführten Junta und der MFA. Goncalves wird seiner militärischen Befugnisse entledigt, Costa Gomes (Vertrauter Spínolas) wird Oberbefehlshaber der portugiesischen Armee.

September 74

6. Unterzeichnung des Vertrages von LUSAKA über die Machtübergabe an die FRELIMO in Mosambik.
28. Straßensperren und Barrikaden; um die Beteiligten an einem "möglichem Putsch" aufzuspüren.
30. Rücktritt Spínolas, da "Krise und Chaos" unvermeidlich seien. General Gomes wird Nachfolger.

Oktober 74

28. Bildung des "Obersten Rats der Bewegung der Streitkräfte (Rat der Zwanzig)". Mitglieder sind die Spitzen der MFA und des Staatsrats; außerdem Staatspräsident Gomes, sowie die wichtigsten Vertreter der Militärs in der Regierung und die Chefs der einzelnen Waffengattungen.

Broschüren der IKP

DIE FRAGE DER REVOLUTIONÄREN PARTEI
Partei und Klasse - Partei und Klassenaktion-
Proletarische Diktatur und Klassenpartei -
Leitsätze der KI über die Rolle der kommunisti-
schen Partei in der proletarischen Revolution
DM 3,--

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUßLAND
Warum Rußland nicht sozialistisch ist - 40 Jah-
re organische Bewertung der Ereignisse Rußlands
in der sozial und historisch dramatischen inter-
nationalen Entwicklung - Acht kurze Thesen über
Rußland
DM 4,--

DER KAMPF GEGEN DEN ALTEN UND DEN HEUTIGEN
REVISIONISMUS
Richtlinien zur Wiederherstellung der marxisti-
schen Lehre - Der historische Zyklus der kapi-
talistischen Wirtschaft und der politischen Herr-
schaft der Bourgeoisie - Der historische Verlauf
der Klassenbewegung des Proletariats
DM 4,--

DIE GRUNDLAGEN DES REVOLUTIONÄREN KOMMUNISMUS
IN DER LEHRE UND IN DER GESCHICHTE DES INTER-
NATIONALEN PROLETARISCHEN KAMPFES
DM 4,--

HOHE OFFIZIERE BEI DER ARBEIT

Die Nachrichten aus Portugal sind viel zu verschwommen, als daß man die Ereignisse präzise bewerten könnte. Fest steht allerdings, daß der Szenenwechsel an südamerikanische Präzedenzfälle erinnert, wo ein Flügel der Streitkräfte - der bis dato eine Säule des alten Regimes war - meutert, um durch eine "Liberalisierung" der inneren Politik und - im Falle Portugals - der kolonialen Politik gegenüber einem Überseebereich, von dem die Metropole wie ein Blut-sauger lebt, das zu retten, was noch zu retten ist. Dazu gehört auch, daß die bis dahin gebannten politischen Kräfte einschließlich der "Kommunisten" sich knechtshaft beeilen, den überraschend bekehrten Generälen ihre Dienste anzubieten.

Man darf nicht vergessen, daß der so hochgelobte Spinola im Spanischen Bürgerkrieg als Freiwilliger unter Franco kämpfte, Ehrenbesucher der deutschen Truppen vor Stalingrad und zuletzt hoher Offizier der Henkerarmee in Angola war. Er hat in der Tat keineswegs vor, die reichen Kolonien in die "Unabhängigkeit zu entlassen" sondern, wie De Gaulle in seiner ersten Periode, das "lusitanische Reich" auf neo-kolonialistischen Grundlagen wiederaufzubauen, um die "Treue" der Kolonisierten wiederzugewinnen. Der friedliche Staatsstreich erfolgte unter dem Druck der wachsenden Befreiungsbewegung in den Kolonien. Die Lage kann sich dahingehend entwickeln, daß die "progressiven" politischen Kräfte der Metropole im Schatten der Offiziere die Früchte miternten, während sie die Unterdrückung oder zumindestens die Wiedereingliederung der Rebellen in den Kolonien begünstigen - dies aber vorausgesetzt, daß die Streitkräfte die Ordnung auch im Inneren nicht nach dem ersten Rausch "wiederherstellen". Im übrigen war die erste Sorge der Exilierten bei ihrer Rückkehr nach Lissabon, mit wortreichen Erklärungen vor der "Gefahr des Extremismus" zu warnen. Sehr kennzeichnend!

Wir können uns vielleicht irren, dieses Regime von hohen Offizieren, die von Gott (und der Madonna Demokratie) erleuchtet wurden, stinkt auf jeden Fall.

(Il Programma Comunista, Nr. 9, 4.5.1974)

PORTUGIESISCHE FARCE UND AFRIKANISCHES DRAMA

Ein sechstel der Fläche Frankreichs; ca. 8 Mio. Einwohner; eine aktive Bevölkerung von 3 Mio.; 2 Mio. Arbeiter, die auswandern mußten, um nicht zu verhungern; eine Landwirtschaft, die günstige natürliche Bedingungen hat, dennoch mangels Maschinen rückständig ist; eine zwerghafte Industrie, die im wesentlichen in Lissabon konzentriert ist; eine Wirtschaft, die in den Händen von acht großen Finanzgruppen liegt; ein durchschnittliches Jahres-Pro-Kopf-Einkommen um ca. DM 1665, das geringste in Europa (50% weniger als in Spanien, was schon alles sagt); eine Preissteigerung, die voriges Jahr 21% erreichte: so sieht - kurz gesagt - das Portugal aus, das 48 Jahre Diktatur hinter sich läßt. Eine bornierte, korporative und konservative Diktatur, und nicht so sehr faschistisch im engen Sinne des Wortes: ihr fehlte einerseits das "Management" der spanischen Technokraten, andererseits der zähe und unermüdliche Widerstand der Arbeiterklasse, der trotz des Blutbades des Bürgerkrieges niemals aufhörte, Franco's Ruhe zu stören. Hinter diesem Aschenbrödel des "zivilisierten" Europas (das - Ironie der Geschichte - das ultrademokratische und superindustrialisierte England immer als Schützling betrachtet hat) breitet sich aber ein riesiges Kolonialreich aus, das einzige, das die Ereignisse der Nachkriegszeit überlebt hat. Das enorme Angola mit 1,25 Mio. qkm. und 6 Mio. Einwohner, von denen höchstens 400.000 Portugiesen sind; Mozambik mit 780.000 qkm. und 7 Mio. Einwohner (davon kaum 100.000 Portugiesen), das kleine Guinea-Bissau mit 36.000 qkm. und 600.000 Einwohner, dazu einige Inseln und kleineren Kolonien. Ein reiches Imperium mit großen landwirtschaftlichen Ressourcen (Kaffee, Kakao, Baumwolle, Zuckerrohr, Erdnüsse) und Bodenschätzen (Phosphate, Kupfer, Zink, Uran, Bauxit, Nickel, Diamanten, Gold), wo sich die großen multinationalen Gesellschaften fett fressen und die Einheimischen, ausgepreßt wie Zitronen und behandelt wie Lasttiere, für einen Hungerlohn schufteten: mit anderen Worten das Paradies für die Dividendenreicher der ganzen Welt, und der "high society", die sich in der wohlverdienten Sonne dieses gesegneten Landes bräunt, dieser Hölle der elenden und ausgebeuteten Massen.

Was geschah am 25. April, um die stillen Lusitanier zu trüben und die internationale Demokratie mit Enthusiasmus zu erfüllen, eine internationale Demokratie, die sich in ihrer senilen Ohnmacht damit begnügen muß, die entzündenden Funken ihrer Wiedergeburt den Generälen und Obersten zu überlassen, vor-

zugswäise ehemaligen Francoanhängern, Hitleristen, ehemaligen Schlächtern der armen Afrikaner, die wahrscheinlich auf dem Weg nach Lissabon vom heiligen Geist erleuchtet wurden? Trotz der schreienden Beteuerungen der Oppositionsparteien war es nicht eine innere Erneuerungsbewegung (und wäre sie auch typisch demokratisch), die durch Erlaß der Militärjunta ans Tageslicht trat und den Salazarismus zum Sturz brachte, sondern es war die unbezähmbare Guerilla, die seit 1959/61, zunächst in Guinea-Bissau und dann in Angola und Mozambik, von all denjenigen geführt wird, die zwar nicht vorhaben, den Sozialismus aufzubauen, die aber kämpfen - und das nicht mit Worten -, um die nationale Unabhängigkeit zu erreichen. Eine Armee von 400.000 Mann (1/20 der Gesamtbevölkerung Portugals, Frauen, Kinder und Alte inbegriffen) von denen 150.000 in den Überseekolonien Kriegsdienst leisten, und die 50% des Staatshaushaltes verschlingt und den Schandfleck von über 200.000 Deserteure aufweist, konnte und kann diese Guerilla nicht schlagen, auch nicht mit Napalmbomben und mit Massakern im vollkommensten kolonialen Stil, im englisch-französisch-belgischen Stil der guten alten Zeit. Und diese Guerilla bedrohte Portugal nicht nur mit der inneren Zerrüttung, sondern auch mit dem Verlust des Kolonialreiches, sei es unter den Schlägen der Aufständischen, sei es durch die gierige Intervention Rhodesiens, Südafrikas oder - es lebe die lusitanische Brüderlichkeit! - der Brasilianer, die in ihrem eigenen Namen oder im Namen von dritten handeln würden.

Ehe es zu spät war mußte man versuchen, das zu retten, was noch zu retten war, und zwar ganz im Sinne gaullistischer Nostalgie, aber ohne "Entkolonisierung à la De Gaulle". Der alte Henker Spínola und seine Kollegen haben dann den Plan einer mehrrassigen und föderativen portugiesischen Union auf den Tisch gelegt: die Massakrierten sollen harmonisch mit ihren uralten Verfolgern zusammenleben; die Geldschränke Lissabons sollen sich wieder mit "sauberen" Escudos füllen; die "christliche und zivilisierende Mission" der Nachkommen Camoens soll weiterhin diese entfernten Gebiete unter ihre weißen Fittiche nehmen, deren Bevölkerung "leider" schwarzhäutig ist, dennoch das unvergleichbare Privileg genießt, portugiesisch zu sprechen. Der zu zahlende Preis, um die Uniform zu wechseln und von kolonialen auf den neo-kolonialen Stil übergehen zu können, war eben, daß das portugiesische Mutterland zu einem Regime liberaldemokratischer Verfassung zurückkehrte. Das ist der Sinn des 25. Aprils, dieses Tages, wo nach dem Schlag mit dem Zauberstab Spínolas ein Regime verschwindet, die Gefängnisse sich öffnen, die Ab-

zeichen aus dem Knopfloch verschwinden, die Leute sich auf der Straße umarmen und die Bürokratie auf ihrem Posten bleibt und nur das Offizielle Bild in den Büros wechselt, wo die Sprüche bleiben: "Der Krieg geht weiter". "Nieder mit den Extremisten, die das Spiel der Reaktion machen"; ein Tag, wo alle Parteien, von den Liberalen bis zu den Sozialisten, von den Konservativen bis zu den Kommunisten - und die Kirche segnet alle aus der Höhe ihrer Himmel oder besser aus der Tiefe ihrer ergiebigen Ländereien -, sich eilig im Namen der Zivilisation, der Menschenrechte, der Reformen, kurz und bündig, im Namen eines eventuellen portugiesischen Weges zum Sozialismus, zur Verfügung der reinen Helden einer Armee stellen, die zur Vernunft zurückgekehrt ist.

Ohne das geringste Zögern forderten die sogenannten "Vertreter des Proletariats" das Recht und die Ehre, mit Spínola, dem früheren Voluntär Franco's, zusammenzuarbeiten. Ihre Stimme wurde selbstverständlich gehört und verstanden: ihre Minister wurden in eine wahre Regierung der nationalen Einheit aufgenommen, die ihre Fähigkeiten offensichtlich zu nutzen weiß, denn das Arbeitsministerium wurde einem Kommunisten anvertraut - eine kluge Maßnahme, denn - wie man in "Le Monde" vom 18.5. lesen kann - bemüht sich die KP, die überall auftauchenden Forderungen der Arbeiter zu mäßigen. Diese eingeübten "Sozialisten" und "Kommunisten" stürzen sich in eine Regierung hinein, deren Programm das Programm der "Bewegung der Streikkräfte" ist, von dem die Zivilisten nur die Erklärungen Spínola's kennen. Und Spínola sagt, daß man hinsichtlich der Kolonien höchstens dann von Selbstbestimmung sprechen kann (im Rahmen einer vielmässigen und föderativen Union versteht sich), wenn die Bevölkerung der Kolonien "genügend" darauf vorbereitet ist (siehe "Le Figaro", 30.4.), was sie heute nicht ist und was das Mutterland gnädigerweise zu leisten hat. Spínola und sein Gehilfe Costa Gomes fordern die Kämpfer der Frelimo in Mozambik, der MPLA in Angola und der PAIGC in Guinea auf, "sich zu stellen und die Waffen bedingungslos abzulegen, sonst würde der Krieg verschärft" (siehe "Corriere della Sera" vom 12.5.). Das, was die humanitären Generäle Lissabons "politische Lösung des furchtbaren Kolonialproblems" nennen, bedeutet nichts anderes, als von den Rebellen zu verlangen, daß sie vor einer "legitimen" Autorität (die bis zu den Köpfen bewaffnet ist) die Waffen niederschlagen; dabei verurteilt die Junta die Unverantwortlichkeit der portugiesischen Radikalen, und alle in ihnen geben ihr Recht. Das ist die Regierung, an der "Sozialisten" und "Kommunisten" mit

Ehre und Freude teilnehmen. Und Soares bringt sein "volles Vertrauen in die Armee" zum Ausdruck ("Le Figaro", 3.5.): er bereitet sich offensichtlich darauf vor, Allende und seinen Sozialismus, getragen von den Gewehren einer zur Vernunft bekehrten Armee, wieder zu verkörpern. Cunhal und seine Partei grüßen "herzlich die Streitkräfte und wünschen, daß sich die stärkste Einheit der demokratischen Kräfte verwirklicht, das Bündnis der Volks- und Streitkräfte gegen das Linksabenteuertum", das sehr leicht den Weg für die Unterdrückung öffnen und "den Vereinigungsprozeß von Volk und Streitkräften bremsen" kann ("L'Humanité", 29.4.).

Das ist aber nicht alles: sie gingen soweit, in einem schmutzigen Apell die Deserteure aufzufordern, sich sofort in den Kasernen zu melden, denn: "der Zustrom von fast 200.000 jungen Leuten, die sich geweigert hatten, an den Kolonialkriegen teilzunehmen, würde die Möglichkeit einer demokratischen Erneuerung der Streitkräfte und somit ihre Wachsamkeit gegen alle faschistischen Vergeltungsversuche erhöhen" ("L'Unité", 3.5.); das Militär "stellt eine demokratische, revolutionäre Strömung dar" und in der Allianz mit ihm - wie Allende bei jeder Gelegenheit beteuerte - "liegt der Schlüssel für den Endsieg". Bieten diese Sozialisten und Kommunisten, sowie ihre "Kollegen der katholischen Linken" den Kolonialvölkern etwas anderes als Spínola? Keineswegs! Was sie vorschlagen, ist die Eröffnung von sofortigen Gesprächen, tatsächlich mit dem Ziel der "vollständigen Unabhängigkeit", aber auf der demokratischen Grundlage des Dialogs, der Diplomatie, der brüderlichen Umarmungen, kurz und gut, der Entwaffnung der Rebellen (siehe Interview von Cunhal an "L'Humanité", 29.4.). Es war kein Zufall, daß Soares erklärte, er betrachte die Kommunisten als eine Partei von Portugiesen (sprich: "von Patrioten wie wir"), die einen würdigen Platz in "einer breiten Volksfront zusammen mit den Liberalen und Katholiken" einnehmen könnte, um die "noch mächtigen Wirtschaftsmächte zu bekämpfen" ("L'Humanité", 3.5.); das alles mit dem Segen der Ehrwürdigen, die auch von Gottes Gnaden erfüllt wurden und sich in Fatima versammelten, um die Gläubigen "und alle anderen Bürger guten Willens" aufzufordern, ihre zivilen Tugenden durch die Unterstützung der Junta nachzuweisen. Was geht es die "Arbeitervertreter" an, daß Spínola, künftiger Präsident der Republik und der Führer der demokratisierten Armee, sich feierlich verpflichtet hat, die internationalen Verbindungen des alten Portugals beizubehalten, und vor allem die NATO nicht zu verlassen? Dem Spínola, diesem "vernünftigen Helden einer Armee, die der unnützen Opfer überdrüssig ist", geht es nur darum,

durch Friedensgespräche die Rebellen in die Kniee zu zwingen, die mit Kanonen und Napalm nicht zu besiegen waren.

Die bewaffneten Befreiungsbewegungen haben sofort geantwortet, und zwar in einer Form, die ihrer Vergangenheit von unerbittlichen Kämpfen, und nicht von friedlichen Verhandlungen würdig ist: sie wollten nichts von Friedensgesängen und Palmzweigen hören. Auch für sie - und wir begrüßen es mit Enthusiasmus - geht der Krieg weiter. Falls sie nachgeben, sei es, daß dem Beispiel der gemäßigten und zweideutigen Bewegungen wie GUMO in Mozambik (die sich bereit hat, Lissabon den "Dialog im Rahmen der von der Junta gebildeten gesetzlichen Institutionen" anzubieten, "Le Monde", 4.5.), sei es, daß sie dem Druck Rhodesiens oder Südafrikas ausgesetzt werden, sei es schließlich, daß ihnen in ihrer tragischen Isolierung die Kräfte schwinden, und sie sich dann an den Verhandlungstisch setzen - und diesen Weg scheint die PAGC einzuschlagen -, die Schuldigen sind auf jeden Fall jene falschen Sozialisten und Kommunisten, die nur die bürgerlichen Gottheiten "Vaterland" und "Demokratie" kennen, in deren Namen sie bereit sind, sich in die Dienste eines Spínola zu stellen, überzeugt davon, daß dieser der wiedergefundenen "Freiheit" genau so treu bleiben wird, wie er es früher Salazar gegenüber war.

Als Altamirano, als Überlebender der chilenischen Massaker, erklärte, daß die Theoretiker und "Praktiker" des friedlichen Weges nie wieder den Fehler begehen würden, einer Armee zu vertrauen - also den Waffen der anderen -, sondern im Gegenteil die eigenen Waffen schwingen würden, haben wir geantwortet: ihr werdet IMMER dieselben Fehler begehen, eben weil es hier nicht um persönliche Wahl geht, sondern die Wege, einmal eingeschlagen, als zwingende objektive und materielle Determinierungen wirken. Wenn Portugal den üblen Weg von heute weitergeht, mit der Junta oben und die Sozialisten, Kommunisten, Katholiken und Progressiven als Nachtrab, ist es nicht schwierig, eine Art Allendismus vorauszusehen, von einer Armee gesegnet, die notfalls eigenen Pinochet erzeugen kann und inzwischen die Afrikaner mit ultrademokratischen Bomben massakrieren und die einheimische Arbeiterklasse demokratisch unterdrücken wird: eine neue Wiederholung der nationalen, demokratischen und friedlichen Wege zum Sozialismus.

("Le Proletaire", Nr. 173,
20.5.1974)

VOM OPPORTUNISMUS KANN DAS PROLETARIAT NUR
NIEDERLAGEN UND VERRAT ERWARTEN

Ruhe herrscht in Lissabon. Die Drohung, die öffentliche Gewalt einzusetzen und "die Aufrufe der kommunistischen Partei, der sozialistischen Partei, der demokratischen Bewegung und der militärischen Wortführer haben zu einer fast vollständigen Wiederaufnahme der Arbeit geführt" (L'Humanite, 4.6.), d. u. haben die größte Streikbewegung in der Geschichte Portugals gebrochen.

Nach der ekelerregenden Deutung, die der stalinistische Opportunismus hüben und drüben von diesen Ereignissen gibt, sollte es sich um eine "konterrevolutionäre Verschwörung" handeln, angezettelt von denjenigen, die auf das "Elend des portugiesischen Volkes", des ärmsten Volkes in Europa, setzten, um eine Bewegung auszulösen, die "sich weniger gegen die Arbeitgeber und vielmehr gegen die provisorische Regierung und vor allem gegen die daran teilnehmenden linken Kräfte richtet" (L'Humanite, 4.6.).

Nach dieser Interpretation sieht die Sache so aus: das verzweifelte Großkapital hätte die schlimmste Ausbeutung durch Wochen der Gutmütigkeit ersetzt und gewissen Arbeitergruppen Vorteile eingeräumt, die gar nicht gefordert werden. Dadurch möchte das Großkapital allgemeine Verwirrung schaffen und in anderen Branchen zu ernsthaften Störungen führen. Dieses Manöver der reaktionären Kräfte, von der "linken Demagogie" entschieden unterstützt, hätte zum Zweck, "das Bündnis des Volkes mit den Streitkräften" zu sprengen und dem verpönten Faschismus zu erlauben, den Kopf wieder zu heben und auf die Führungsposten zurückzukehren. Zum Glück hätten die "prompte und energische Reaktion der Arbeiter" und die "Kampfbüchtigkeit der Kommunisten, Soldaten und Offiziere" Zwischenfälle vermeiden können: Volk und Armee hätten vereint der Konterrevolution den Weg versperret.

Diese Interpretation - die allen Demokraten einschließlich der KP gemein ist - entspricht der ideologischen Ohnmacht einer Auffassung der gesellschaftlichen Phänomene, die eher bei Polizeiberichten am Platze ist. Sie kann die oberflächlichste Untersuchung nicht standhalten. Ihr einziges Ziel ist es, den Verrat an den Interessen des portugiesischen Proletariats und der Massen in den Kolonien hinter einer Überschwemmung von Phrasen zu verbergen. Die absolute Übereinstimmung der Aufrufe Spinolas, der KP und der SP genügen, um dies zu beweisen.

Gegenüber dem Streik erklärte der faschistische Gründer der portugiesischen Demokratie, daß "die Periode des Enthusiasmus und der Euphorie zu Ende ist", daß man zur Disziplin und zum gegenseitigen

Respekt zurückkehren müsse (sic!). Die Streitkräfte "werden keineswegs zögern, mit Gewalt auf die Gewalt zu antworten". Das hier keinesfalls die vorsichtigen "Rechten" gemeint sind, sondern die "Linksradiكالen" die seitdem Staatsstreich "immer mehr Zwischenfälle provozieren, um eine offensichtliche Desorganisierung der Strukturen zu begünstigen", merkt sogar "Le Figaro" (v.30.5.)

Wenn die jetzige Macht in Portugal die Interessen des Proletariats vertreten würde, müßte diese ohne Zweifel zwischen dem Hauptsächlichen und dem Zweitrangigen unterscheiden und alles der Verteidigung der Revolution unterordnen. Es ist auch unanfechtbar, daß die REVOLUTION große Opfer vom Proletariat verlangt. In Portugal können aber lediglich elende Lakaien der Bourgeoisie von "Revolution" sprechen. Eine Revolution vernichtet den Staatsapparat, zerschlägt die Armee, die Polizei, die Verwaltung, gibt den "Überseeprovinzen" sofort und bedingungslos die Unabhängigkeit. Vor allem dieses "Problem der Kolonien" löst sie radikal, weil gerade das monströse "Kolonialreich" die Rückständigkeit von Portugal verursachte, das bis vor kurzem starr in steriler Unterwürfigkeit vor der eigenen Rolle von "Pächtermacht" und vor dem lieben Gott lebte. Dieses Kolonialreich ist aber auch und vor allem die Ursache der schrecklichen Unterdrückung des portugiesischen Proletariats - wegen der Aufblähung der Verwaltung und der Armee, wegen der Korruption und Sterilität der sozialen Bewegung. Weit davon entfernt, diese Aufgaben zu erfüllen, hat die "Revolution vom 25. April" das Ziel, den Staat zu erneuern und zu stärken, die "Moral der Streitkräfte", der Polizei und der Verwaltung zu verbessern, diese Werkzeuge der Klassengewalt unter dem Mantel der "Demokratie" zu verschleiern. Es genügt darauf hinzuweisen, mit welcher Freude große Finanzgruppen wie die CUF (Companhia Uniao Fabril) und Champalinaud den Sturz des "Estado Novo" "empfangen" - um nicht zu sagen begünstigt - haben. Es genügt, auf die Kontinuität sogar auf der Ebene des politischen Personals hinzuweisen, wo der Minister Magalhaes Moha, der bereits unter Caetano gedient hatte, wieder da ist. Wenn man einige "neue" Männer der demokratischen sozialistischen und kommunistischen Opposition - wie der "kommunistische" Arbeitsminister Avelmo Pacheco Concalves, altgedienter Führer einer offiziellen Gewerkschaft des "Estado Novo" (aber ein aufrichtiger Führer, versteht sich; oder mit den Worten Cunhals ein "Portugiese wie alle anderen") - hinzufügt, hat man das neue Kabinett vor sich!

Die "Revolution vom 25. April" verdient keine Opfer des Proletariats zu ihrer Verteidigung. Die Demokratie, die sie beschwört, ist weder jung noch naiv: sie braucht einen "Beschützer" und kennt ihr Lied auswendig. Es ist eine Demokratie wie die "Befreiung" von 1945 mit einem Flair des Staatsstreiches von 1958 (beides bezieht sich hier auf Frankreich): Ihr Inhalt

besteht in der nationalen Einheit, im Block aller Parteien. Sie alleine vermag es, die "Veränderung" einer rückständigen Gesellschaft zu erlauben. Sie allein vermag es, die Kosten der Entkolonisierung und der Modernisierung des portugiesischen Kapitalismus auf ein Minimum zu reduzieren und ihm die Gesundheit und die Kraft wiederzugeben.

Wer könnte in der Tat ernsthaft versuchen, das zu retten, was gerettet werden kann in einem Kolonialreich, das überall von der Guerrilla erschüttert ist, während die großen Finanzgruppen die Wende bereits vollzogen haben und ihr Kapital nunmehr zunehmend in die Metropole anstelle der Kolonien fließen lassen und ihren Handel immer mehr von den "Überseeprovinzen" nach Europa verlagern, während die Jugend aus der Armee desertiert, die weiter aufgebläht wurde, als "kein militärischer Sieg mehr möglich war"?

Sicher nicht das Regime Salazar-Caetano, das manövrierunfähig war. Es mußten neue Parteien an die Regierung kommen, Parteien, die fähig wären, die totale Zersetzung der Streitkräfte zu verhindern und den Soldaten, den Kindern der werktätigen Massen, die in den Kolonialkrieg verwickelt wurden, die Hoffnung einer Lösung, eines baldigen Endes geben zu können. Und solche demokratischen Parteien, "Sozialisten" à la Soares haben den doppelten Vorteil, wie Eilson, Mitterand und Schmidt, Meister des Imperialismus zu sein und gleichzeitig zu wissen, wie man die demokratische Lüge - die die Waffengewalt niemals ausschließt, sondern auf ihr beruht - einsetzt.

Die Manöver des Imperialismus, dem es darum geht, Portugal demokratisch zu erneuern, um das Fortleben eines "interkontinentalen und mehrrassigen" Portugals sicherzustellen, kann die PCP keineswegs bekämpfen. Diese Partei fordert in ihrem Programm nicht die bedingungslose Unabhängigkeit der Kolonien, sondern die "Unabhängigkeit Portugals" und die "Beendigung des Kolonialkrieges", nach dem Beispiel des französischen Stalinismus, der in Indochina die Beendigung des Krieges im Namen der nationalen Interessen und der "Unabhängigkeit" Frankreichs proklamierte. Die portugiesische KP übernimmt völlig die Position der Regierung: "Wenn man vom einstimmigen Standpunkt ausgeht, daß man den Krieg abbrechen und danach eine politische Lösung finden muß, ist es möglich weiterzukommen, sehr schnell weiterzukommen auf dem Weg der Verhandlung und des Friedens". (Avante, zitiert nach L'Humanité v. 18.5.) Kurzum: Regierung und Opportunismus fordern die Entwaffnung der Befreiungsbewegungen.

Auf dieser Grundlage und unter Ausnutzung der Korruption, der Manöver von Soares und des Druckes der verschiedenen imperialistischen Nationen, mit denen Portugal mehr oder weniger verflochten ist, versucht die neue Regierung das zu retten, was gerettet werden kann.

Dies setzt aber andererseits voraus, daß man in der Metropole die Hände frei hat, daß die Regierung durch Unruhen nicht gelähmt wird. Aber gerade die Schläge der afrikanischen Guerrillas können in der Metropole zu sozialen Unruhen, zu Risiken für den heiligen sozialen Frieden führen.

Es gibt die Kleinbürger und Kleinindustriellen, für die die "Neuorientierung des Handels" beschleunigte Konzentration des Kapitals, Expropriation und Ende der salazaristischen Ruhe des "geschützten Marktes" und des "kolonialen Paktes" bringt. Es gibt diese Schichten, denen die Entkolonisierung Verlust des Pöstchens in der Verwaltung und der kolonialen Armee bedeutet. Es gibt all diejenigen Schichten, die zwischen der Nostalgie der alten endgültig vergangenen Zeit und dem Haß auf den erschöpfenden und endlosen Krieg hin und her pendeln. Wer kann sie besser trösten und beruhigen als Demokraten und Sozialisten? Schließlich gibt es das Proletariat, das durch den Ersatz des kolonialen Monopols, durch die europäische Konkurrenz in eine Unsicherheit des Lebens stürzt, die durch die Verlängerung des Krieges verschlimmert wird; ein Proletariat, dessen Elend seit 1969-70 zu Streikwellen führt. Wer könnte den Weg der Kaserne wieder schmackhaft machen, das Proletariat geduldig machen, von ihm weitere Opfer "für ein erneuertes und demokratisches Portugal" verlangen, wenn nicht die Gewerkschaften und Parteien, die sich "Arbeiterorganisationen" nennen - an erster Stelle die "KP" - und vorgeben, es "zum Sozialismus" führen zu wollen? Diese Opfer sind im Übrigen so "brennend aktuell", daß sie bereits ein Motto gefunden haben: "Ein Arbeitstag für Portugal". Die Bourgeoisie erwartet, daß diese Idee "in der Arbeiterklasse eine große Dimension erreichen und einen großen Enthusiasmus auslösen wird" (O século, 5.6.).

So wurde der alte, sterbende Salazarismus durch eine "Regierung der nationalen Rettung" ersetzt, wo die rote Nelke sich ganz einfach neben das Kreuzifix stellt.

Diese portugiesische Posse wäre ohne die Kollaboration des Opportunismus der "Arbeiterparteien" nicht möglich gewesen. Dieser gelangt nicht aus Naivität an die

Regierung und in die Arme der Bourgeoisie, sondern weil seine Funktion darin besteht, dem bürgerlichen Staat zu Hilfe zu eilen, weil seine opportunistische Natur ihn unwiderruflich dazu führt, sich in einen Pfeiler des Staates zu verwandeln, in einen Pfeiler der herrschenden Ordnung, die er verbissen verteidigt und an die er die Arbeiterklasse und deren Organisationen festzuketten versucht.

Gegenüber den Arbeitern, die in verschiedenen Sektoren "alles sofort", d.h. 40-Stunden-Woche, 6.000 Escudos Lohn, Sozialversicherung wollten, gegenüber den Arbeitern, die sich mit dem Streik verteidigten, riefen die Parteien und Gewerkschaften: "Halt! Ihr bringt die Volkswirtschaft in Gefahr!", "Unser Land ist zu arm!". Was anderes als das, was anderes als die Verleumdung und aktive Verfolgung der Linken und der kämpferischen Arbeiter, kann man vom Opportunismus nicht erwarten.

(Nach "Le Proletaire", Nr.175,
17.6.1974)

DIE SCHWIERIGKEITEN DER PORTUGIESISCHEN "ENTKOLONISIERUNG"

Die "glorreiche Revolution" vom 25. April ist drei Monate alt, der portugiesische Imperialismus sieht sich aber keineswegs verhindert, in Afrika weiterhin seine Ausbeutung, seine Verwüstungen und seine Blutbäder fortzusetzen. Die FRELIMO täuscht sich nicht, wenn sie sagt:

"Die Vorstellung, daß die Abschaffung des Faschismus in Portugal einer Abschaffung des Kolonialismus entsprechen würde, erweist sich als falsch. Im Gegenteil, es gibt in Portugal sehr aktive Kräfte, für die der Sturz des Faschismus die Bedingung für eine größere Flexibilität, für eine größere Manövrierfähigkeit bedeutet, um die Isolierung des Landes zu brechen und das Kolonialsystem einfach zu verändern... Die Instanzen, die heute in Portugal regieren, sind kolonialistische Instanzen" (Le Monde, 14./15.7.)

So kommt es, daß in Angola ein Streik und eine Kundgebung gegen die Prognosen auf eine Reaktion der Polizei stießen, die 35 Tote und 123 Verwundete unter den Afrikanern verursachte (O Seculo, 18.7.). "Die gewaltsamsten Zusammenstöße sollen stattgefunden haben, als viele Neger sich mit den afrikanischen Militärs der portugiesischen Armee ver-

mischten, die unbewaffnet zur hohen Kommandatur der Streitkräfte liefen, um einen größeren Schutz für die afrikanische Bevölkerung zu verlangen". (Le Figaro, 16.7.). Diese Ereignisse sind nach dem demokratischen Märchen wie immer auf reaktionäre Provokationen von Leuten zurückzuführen, "die unter Anspornung der Kreise handeln, die die Entkolonisierung dieses Gebietes verhindern wollen" (L'Humanité, 17.7.), was die Polizeiaktion "rechtfertigt" und die Demokratie - unter deren Fittichen die Unterdrückung verewigt wird - reinwaschen würde.

Einige der jüngsten Ereignisse beunruhigen die Bourgeoisie. In Guinea-Bissau wiederholen die zivilen und militärischen Behörden seit Monatsanfang ihre Bemühungen um rasche Anerkennung des unabhängigen Gebietes, um eine Trennung zwischen Guinea-Bissau und den kapverdischen Inseln, wo ein Nato-Stützpunkt ist, zu erreichen. Die Zeit drängt, weil es darum geht, die fortschreitende Verbrüderung der portugiesischen Einheiten mit den Einheiten der PAIGC zu verhindern. In Mozambik breitet sich die FRELIMO militärisch in neuen Gebieten aus und gewinnt Einfluß in den Städten, während verschiedene Einheiten, die in drei Regionen Mozambiks stationiert sind, sich weigerten, die FRELIMO-Kräfte weiterhin zu bekämpfen. Die Delegierten dieser portugiesischen Soldaten erklärten, daß die Männer nach Hause wollen.

Kein Zweifel, daß die Haltung dieser Soldaten, die begrüßt werden muß, die portugiesische Bourgeoisie dazu führt, eine noch größere Flexibilität zu suchen. Wenn Spinoza und die Junta diesbezüglich zögern, so sieht es bei der bereits sehr "flexiblen" MFA anders aus. Le Figaro vom 16.7. zeigt ironisch ein Beispiel, das aber die Funktion der MFA erläutern: "Die Mitglieder der MFA wählten den Dialog mit den Truppen. Sie erreichen, daß die Disziplin respektiert wird, indem sie mit den Truppen ein Fado singen gehen.". Wer glaubt, daß diese braven Offiziere die Streitkräfte und die Kolonien verschleudern möchten, macht sich zum Trottel. In einem Interview an "France Nouvelle" vom 11.6. lobte der Oberst Antunes die Kolonialarmee wie folgt: "Die portugiesischen Streitkräfte haben den Krieg immer ohne Hass geführt. Eine merkwürdige Tatsache: eben nach Ausbruch der Kolonialkriege haben sich gerechtere Beziehungen zwischen Siedlern und Negern hergestellt, wobei die Armee in dieser Hinsicht oft die Rolle des Schiedsrichters spielte. Es handelt sich um ein komplexes Phänomen, um eine Frage, die zu untersuchen ist". Das einzig "Merkwürdige" daran ist, daß es Leute gibt, die nicht merken, daß alle Offiziere fast immer solche Gefühle gegenüber der Kolonialarmee gehegt haben.

Kein Wunder also, daß diese Offiziere neben ihrem Programm, das sich mit "Beendigung des Krieges" zusammenfassen läßt, ein unantastbares Prinzip haben: "Einheit der Streitkräfte". Sie haben bereits gezeigt, daß sie an diesem Prinzip festhalten, so daß man schließen kann, daß sie sich immer fürgig den hohen Offizieren unterwerfen werden, den Spínolas und Costa Gomes, die sie als Führung akzeptierten, "um die Militärhierarchie zu respektieren", sowie daß sie sich der Junta unterwerfen werden solange diese auf dem "Weg des Friedens" marschiert (Fristen wurden aber nicht gesetzt). Die Bourgeoisie kann also einen der Vertreter der Offiziere - Goncalves - mit der Regierung beauftragen. Dadurch wird die "Flexibilität des Hauptmannkorps" in den Dienst der "Einheit der Armees", also des Imperialismus und des portugiesischen Staates, gestellt.

Man muß aber immer wieder unterstreichen, daß die "breiteste Manövrierfähigkeit" des portugiesischen Staates den "sozialen Frieden" in Portugal selbst voraussetzt, wo die Situation keineswegs rosig ist. Die Inflation erreicht einen Jahressatz von 30%, das Defizit der Zahlungsbilanz 7 Milliarden Escudos für das erste Halbjahr 1974, während das Jahr 1973 mit einem Überschuß von 8 Milliarden abschloß. Verschiedene Betriebe sind in Schwierigkeiten und die Entlassungen vervielfachen sich, was zu gewissen sozialen Risiken führt, die durch mögliche Auswirkungen der Situation in den Kolonien verschärft werden können. Um aber den sozialen Frieden zu wahren, gibt es kein besseres Instrument als den Opportunismus. "Wir wollen dem Land beweisen, daß wir bereit sind, ihm ohne Hintergedanken zu dienen", erklärt Alvaro Cunhal (Le Monde, 13.7.). Und in der Tat scheut die PCP keine Mühe. Wenn sie einerseits dazu gekommen ist, "die Wirklichkeit in den Kolonien", d.h. den umkehrbaren Charakter des Prozesses, der zur Unabhängigkeit führt, anzuerkennen, so bleibt ihre Solidarität gegenüber dem portugiesischen Imperialismus im Kolonialkrieg total. In seiner Zeitung "Avante" wird man umsonst nach Hinweisen über die Situation in den Kolonien suchen. Andererseits wurden die Streikenden, an erster Stelle bei der Post, von der PCP als "Instrument des Faschismus" verleumdet, während die Regierung zwei Offiziere wegen des Verbrechens, "sich gewiegert zu haben, gegen die Streikenden einzugreifen", verurteilt.

Die PCP verwendet das Prinzip der Klassenkollaboration bis zur äußersten Konsequenz. Löst Palma eine "antikommunistische" Kampagne aus, die sich in Wirklichkeit gegen die Arbeiteragitationen richtet, sieht die PCP darin lediglich eine "Episode". Versucht Spínola die Regierung seinen "Vertrauensmann" Miguel zu über-

tragen, der von der PCP als "Bremse des Demokratisierungsprozesses" angesehen wird, ist die PCP bereit, an einer solchen Regierung teilzunehmen. Ändert die MFA die Situation zu ihren Gunsten, klatscht die PCP Beifall und behauptet, daß dies ein Sieg der Demokratie wäre, und daß man noch mehr Militärs in der Regierung braucht, "um die Durchführung des MFA-Programms sicherzustellen". Kaum tritt Cunhal der Regierung bei, lanciert die PCP einen Aufruf gegen die Ungeduldigen: "Die Aufgaben der neuen Regierung sind äußerst komplex. Man darf weder erwarten noch verlangen, daß sie kurzfristig erledigt werden". (L'Humanité, 19.7.). Eine unwürdigere Haltung hätten diese Lakaien nicht einnehmen können: Kaum hört die Bourgeoisie auf, sie zu verfolgen, begeben sie sich in die totalste Unterwürfigkeit, auch wenn der Meister sie ausschimpft. Na ja, was tut man nicht alles im Namen des heiligen Prinzips der "Einheit mit den Streitkräften"!

Die feste Haltung des Opportunismus in der Kollaboration um jeden Preis, die Rigidität des Prinzips der "Einheit der Streitkräfte" sind die Voraussetzungen für die "Flexibilität" der portugiesischen Bourgeoisie. Und Spínola, auch wenn er gezwungen ist, mit den "Hauptmännern zu reden" - es genügt aber sie zu Generälen zu machen, wie im Falle Carvalho - auch wenn er die opportunistischen Lakaien nur verachten kann - es genügt aber, sie Minister zu taufen-, kann vorläufig noch das letzte Wort sagen, die Parole aller Bourgeois aller Zeiten: "soziale Disziplin, patriotische Disziplin".

Und wenn sich das Proletariat eines schönen Tages daran machen würde, sich zu stärken und diese Disziplin nicht mehr zu respektieren?

(Le Proletaire, Nr. 178,
29.7.1974)

NACH DEM RAUSCH DER "ZWEITEN PORTUGIESISCHEN REVOLUTION"

"Proletarische Revolutionen (anders als die bürgerlichen Revolutionen des achtzehnten Jahrhunderts) kritisieren ständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf", - schrieb Marx, als er den historischen Zyklus in Erinnerung rief, der vom Februar 1848 zum Dezember 1851 geführt hatte -

"kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnend grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta!

Hier ist die Rose, hier tanze!"

(1)

Die Scheinrevolutionen sind noch unfähiger als die "bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts", sich selbst zu kritisieren. In ihrem "kurzlebigen Dasein" brauchen sie die armseligen "bengalischen Feuer" auf, die sie anfänglich zu erleuchten scheinen. Die "Ekstase", die ihr "Geist jedes Tages" ist, läßt keinen Platz für eine nüchterne Bilanz der "Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode", die weiter brennt und sich aufbraucht, um schließlich auf ihrem Weg nur Aschehaufen zurückzulassen. Ihre Gespenster - seien es nun Menschen oder Programme - nehmen nicht Gestalt an, schweben immer immaterieller im Himmel der "universellen Brüderlichkeit" umher. Ihr Lied ist nicht nur immer das gleiche, sondern wiederholt bis zum Überdruß den Anfangsrefrain. Ihr Gegner kann sich "riesenhafter ihnen gegenüber wiederaufrichten", ohne daß ihre Helden eine Lehre daraus ziehen. Sie merken nicht, daß jede Umkehr unmöglich ist, im Gegenteil, sie kehren selbst zurück UND RÜHMEN SICH DESSEN NOCH. Sie hören nicht die Stimme der Verhältnisse, die den "Sprung" verlangen; und wenn sie sie auch hörten, würden sie daraus schließen, daß es vollkommen fehl am Platze wäre, zu springen.

Die "Revolution vom 25. April" in Portugal gehört zu dieser Art von Scheinrevolutionen. Sie gehört nicht zu den "bürgerlichen Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts", die "rascher von Erfolg zu Erfolg stürmen", sondern zu denen des zwanzigsten Jahrhunderts, die überhaupt kein richtiger Sturm sind, sondern höchstens ein "Sturm im Wasserglas". Sie wurde von der Armee geführt - von einer Armee, die nicht von unten von Volk erobert wurde wie in den

(1) Marx, "Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte"

bürgerlichen Revolutionen, die eines solchen Namens würdig sind; und weniger denn je vom Proletariat wie in den nicht mehr (oder halb) bürgerlichen Revolutionen. Sie wurde von einer Armee geführt, die aber in ihren OBEREN UND MITTLEREN RÄNGEN so "großmütig" war, dem "niedrigen Volk" und den Proletariern den Olivenzweig der BRÜDERLICHKEIT zu reichen. Alle jubelten dieser "Revolution" zu, jeder von seiner Kanzel aus. Unternehmer und Pfaffen, fromme radikale Intellektuelle und verantwortungsbewußte Großgrundbesitzer. "Ordnung!" rief Spinola; "Einheit" echoteten die selbsterwählten Vertreter aller Gesellschaftsschichten; und die Orgeln aller Kirchen stimmten das Te Deum an. Auf sozialer Ebene bedeutete das: "verantwortungsbewußte Lohnforderungen", überhaupt nicht ausgerufen oder gleich wieder abgeseigte Streiks, Bekämpfung jeglichen Linksextremismus, der "der Reaktion in die Hände spielt". Auf politischer Ebene bedeutete das: Verbrüderung zwischen den Klassen sowie zwischen den Parteien, die die verschiedenen Klassen verkörpern.

Es ist erfahrungsgemäß ein historisches Gesetz, daß jedesmal wenn das Volk oder, noch mehr, das Proletariat befürchtet, "der Reaktion in die Hände zu spielen", auch wenn es nur ganz beschränkte Forderungen stellt, jedesmal denn gerade die "Reaktion" wieder das Haupt erhebt. Dem lusitanischen 25. April folgte nach nur fünf Monaten der 28. September: die Ordnung, die Einheit, die Brüderlichkeit, die jede "Umkehr" selbst auf dem bürgerlichen Terrain hätten ausschließen sollen, haben diese nur BESCHLEUNIGT. Vergeblich würde man jedoch von einer Scheinrevolution verlangen, sich selbst zu kritisieren: der Aufruf des neuen Präsidenten Costa Gomez an das portugiesische Volk ist, wie der seines Vorgängers im Frühjahr, ein Aufruf "zur Arbeit, zur Ordnung und zur Einheit". Das was die Bewegung der Streitkräfte in ihren obersten sowie in ihren mittleren Rängen die "zweite Revolution" nennt, ist kaum mehr als eine gut geführte Polizeiaktion, dirigiert von "Armeeführern" und Generälen, und großzügig gebilligt von Arbeitern und Bauern. Der Unternehmerverband bietet ihr seine tatkräftige Unterstützung an gegen jeden "Versuch einer Rückkehr zur Vergangenheit" sowie für die Errichtung einer "freien und pluralistischen Gesellschaft, welche die private Initiative und somit den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt garantiere". Es handelt sich um die gleiche "pluralistische Demokratie", die der neuernannte Präsident bei seiner Eröffnungsrede herbeiwünschte; die gleiche, die Goncalves als Ministerpräsident der dritten provisorischen Regierung der demokratisierten portugiesischen Republik herbeiführte (siehe das Interview, das er vierzehn Tage vor dem reaktionären 28. September an "Le Monde" gab und das

am 1. Oktober veröffentlicht wurde). In diesem Interview erklärte er, daß "das Programm der Bewegung der Streitkräfte KEINE TIEFGREIFENDEN REFORMEN BEINHÄLTET, NOCH WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN IM GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSYSTEM, IN DEM WIR LEBEN". Er wies auch auf das höchste Ziel der Regierungstätigkeit hin, nämlich "die Verteidigung (und wer will sie denn heute wohl nicht?) der Interessen der werktätigen Klassen, und die PROGRESSIVE ABER BESCHRÄNKTE Steigerung (ohne Beschleunigung des... Fortschritts kann sich nicht einmal eine Scheinrevolution auf den Beinen halten!) der LEBENSQUALITÄT ALLER Portugiesen". Es handelt sich um die gleiche "pluralistische Demokratie", die der Sekretär der PCP und Minister seit dem 25. April, Alvaro Cunhal, heute wie gestern vertritt. So verkündete Cunhal im Interview an die "Unità" vom 6.10. Die Fortsetzung "einer Politik der Einheit der demokratischen Kräfte zwischen Kommunisten, Sozialisten und Katholiken, und des BÜNDNISSES mit der Bewegung der Streitkräfte"; und zwar nicht als "momentane, situationsbedingte" Politik, sondern mit der Absicht, sie auf Dauer beizubehalten. "auch nach den Wahlen, um ein demokratisches, friedliches und wirklich unabhängiges Portugal aufzubauen", in dem "alle Portugiesen, die sich danach sehnen, in Freiheit leben (aber sehnen sich die "Reaktionäre" nicht auch gerade danach, eben in Freiheit zu leben?), die Möglichkeit haben müssen, IERE MEINUNG AUSZUDRÜCKEN UND SICH DIE GEWÜNSCHTE ORGANISATION ZU GEBEN" (und was anderes können die "Reaktionäre" denn je wünschen?). Schließlich und endlich handelt es sich um die gleiche "pluralistische Demokratie", in deren Namen die provisorische Regierung in allen vorangegangenen Monaten dafür gesorgt hatte, die wenn auch verschwommenen Rebellionsversuche von Proletariern und vom extremistischen "kleinen Volk" (die z.B. die sofortige für Angola und Mosambik verlangte) zu unterbinden (2), und sie den "Rechtsextremismus" von Großindustriellen und vorsintflutlichen Agrariern den Weg zu ebnen.

Die portugiesischen Ereignisse hatten unter dem Zeichen des Rausches begonnen, der zweite Akt beginnt unter dem Zeichen des Rausches der an Fieberwahn grenzt. Die "Repressionsmaßnahmen" (gegen die "extreme Linke" natürlich, d.h. gegen die Arbeiter, die sich irgendwie gegen das Joch des Kapitals auflehnen) sind die TÄGLICHE Reversoite dieses Rausches.

In Pariser Exil, einige Monate nach den Ereignissen des Juni 1848, erinnerte sich Engels wehmütig an den

(2) siehe nächste Seite

"kurzen Rausch der republikanischen Flitterwochen, im März und April, wo die Arbeiter, die hoffnungsvollen Toren, der Republik mit der sorglosesten Unbedenklichkeit 'drei Monate Elend zur Verfügung stellten', wo sie den Tag über trocken Brot und Kartoffeln assen und den Abend auf den Boulevards Freiheitsbäume pflanzten, Schwärmer abbrannten und die 'Marseillaise' jubelten, und wo die Bourgeois, den ganzen Tag in ihren Häusern versteckt, den Zorn des Volkes durch bunte Lampen zu besänftigen suchten". (3)

Portugal, Oktober 1974. Der Film der Scheinrevolution läuft. Die Proletarier und im allgemeinen die Volksschichten sind unzufrieden. Es ist äußerst zweifelhaft, ob sie etwas mehr zu essen haben als "trocken Brot und Kartoffeln". Andererseits fehlt die Klassenpartei. Sie wurde von der Konterrevolution weltweit vernichtet. An ihre Stelle ist überall ein schäbiger Abklatsch der bürgerlichen Fortschrittsparteien getreten. Es fehlen sogar jene "Ideen von Blanqui", die Marx in den Zornausbrüchen der Pariser Arbeiter geronnenes, wenn auch konfuses, Gedächtnis hervorbrechen sah. Unter diesen Umständen haben es die Bourgeois nicht nötig, sich in ihren Häusern zu verstecken. Sie sind nicht kurzsichtig, sie unterstützen zusammen mit ihrem Unternehmerverband begeistert die Militärregierung. Die "bunten Lampen" der Tage des großen Rausches werden nicht von ihnen angezündet. Dies tun heute die sogenannten Arbeitervertreter und erleuchten den Himmel von Lissabon Tag und Nacht. In den Straßen pflanzen die Arbeiter keine Friedensbäume, sie stecken Nelken in Gewehrmündungen der Soldaten des bürgerlichen Staates. DIE REVOLUTION DER "UNIVERSALEN SYMPATHIE" IST DER GESELLSCHAFTLICHE ZUSTAND, WO DIE KLASSEN-GEGENSÄTZE NUR DIE EXISTENZ DER PHRASEN ERREICHT HABEN. Sie ist nicht einmal eine bürgerliche Revolution.

Und so kommt es, daß sich die Geschichte in einer immerhin tragischen Farce wiederholt. Nicht nur werden der Republik etliche Monate Elend zur Verfügung gestellt. Man opfert ihr auch einen "Sonntag freiwilliger Arbeit". Dazu gibt die Kirche selbstverständlich ihren Segen (wie der "Corriere della

(2) "Die gegen gewisse Linksgruppen getroffenen REPRESSIONSmaßnahmen - hatte Goncalves im schon zitierten Interview zu "Le Monde" gesagt - hatten das Bestreben, den laufenden Entkolonisierungsprozeß zu verteidigen und die demokratischen Errungenschaften zu festigen, die nach dem 25. April Erbgut des portugiesischen Volkes geworden sind".

(3) F. Engels, "Von Paris nach Bern", in MEW Bd. 5, S. 463-480

Sera" vom 4. Oktober informiert, hat die Kirche sofort vorgesorgt, daß die Katholiken von der Pflicht des wöchentlichen Ruhetages enthoben werden). Der neue Anlauf des Regimes der "Brüderlichkeit" könnte nicht besser sein, denn dieser Sonntag, wie die "Unità" vom 7.10. mit Stolz schreibt, wird mit "Frölichkeit" geopfert, "mit einer Begeisterung ohne gleichen", die die Straßen von Lissabon vom alten Schmutz säubert und "der Volkswirtschaft ca. 100 Millionen DM einbringt" (nur schade, scheint der Reporter vom "Corriere" zu murmeln, daß so etwas nicht auch bei uns vorkommt). So wird der "Rausch der republikanischen Flitterwochen" von vor 126 Jahren nun auf den neuesten Stand gebracht. Man macht dem demokratischen Vaterland neuesten Modells das realistische Geschenk eines Gratis-Arbeitstages, anstelle von tausenden unproduktiven Friedensbäumen. Ohne Zweifel, ein "beschleunigter" Fortschritt

Wird der Rausch fort dauern? Nein. Hinter der illusorischen Fassade der Verbrüderung zwischen den Klassen schwelen die sozialen Gegensätze, die heute nur eingeschläfert werden. Deshalb NUR die "Revolution des 25. April" die Flamme der "universalen Sympathie" immer mehr anfachen. Die "aufgeklärten" Bourgeois Westeuropas blicken voller Zuversicht auf eine Armee, die die Kraft und zugleich das Prestige beim Volk hat, um wenigstens momentanen "Arbeit, Ordnung und Einheit" zu garantieren, und die gleichzeitig den seltenen Vorzug hat, "die wahre Funktion der Kommunisten in Westen und die ORDNUNGSKRAFT, die sie dem Extremismus gegenüber darstellen, zu schätzen weiß" (Le Monde, 3. Oktober) Die Bourgeoisie des Westens weiß, daß die portugiesischen "Kommunisten" die besten Nationalisten sind, während sich Sozialisten und Anhänger auf Westeuropa und die Rechten auf die USA richten. Auf dieser Grundlage treffen sie ihre Wahl. Auf dieser Grundlage bewegen sich auch die verschiedenen Flügel des Militärs. Nur eine "sozialistische" Linke, die in ihrem Rausch das Maß völlig verloren hat, kann in den Bewegungen und Organisationen um die MFA eine Neukörperung der russischen Soldaten-sowjets von 1917 erblicken.

Die "aufgeklärten" Bourgeois Westeuropas wissen, daß die portugiesischen Offiziere nichts anderes ausdrücken als die Unruhe der Kleinbourgeoisie, die wohl reformistisch aber vor allem ordnungsliebend ist.

Hinter dem Rausch vom Februar 1848 verbarg sich das proletarische Blutbad von Juni. Die Rauschtage der spanischen Republik von 1931-32 waren die Vorbereitung der Massaker von Arbeitern und Bauern im Namen und unter dem Zeichen der Demokratie und der Klassenzusammenarbeit. Die Sonntage "freiwilliger Arbeit" unter dem Banner von "Einheit und Ordnung" sind nur der Mantel und das Vorspiel der Repressionsmaßnahmen gegen die Arbeiter, die es wagen sollten zu revoltieren. Die proletarischen Kräfte, die unter der Oberfläche der portugiesischen Gesellschaft schwelen, haben unter den gegebenen internationalen und lokalen Bedingungen nicht die Kraft, die Klassenpartei ins Leben zu rufen. Sie können daher weder die Revolution machen, noch "sich selbst kritisieren". Unter diesen Umständen wird ihnen die Perspektive einer sovietsowjetischen Volksfront, oder eher einer nationalen Front, eröffnet. Der wichtigste Verfechter einer solchen Front ist eine angeblich kommunistische Partei, die nicht einmal das Bedürfnis der spanischen "Kommunisten" von 1931 verspürt, ihren Opportunismus zu verschleiern; sie vertritt nicht einmal das "Hineinwachsen der demokratischen in die sozialistische Revolution", Revolution und Diktatur sind Wörter, die sogar aus ihrem RIETORISCHEN Wortschatz verschwunden sind. Ihre Geschäftssprache kennt nur LEGALITÄT und DEMOKRATIE. Und sollten die Zauberformeln "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" nicht ausreichen, stehen im Hintergrund die hohen Offiziere der bewaffneten Streitkräfte bereit. Im Westen kann das demokratische Regime aus "Hypertrophie" nur zum Faschismus auswachsen.

Für Cunhal besteht die Geschichte nur in der friedlichen Entwicklung einer "erneuerten Demokratie". In Wirklichkeit wird aber die Geschichte selbst in Portugal und in der ganzen Welt den "roten Faden" der proletarischen Revolutionen in den Vordergrund rücken. Aus dem Rausch und der Katastrophe von 1848 in Frankreich stieg die "LEHRE DER REVOLUTION" empor, die Forderung nach der "KLASSENDIKTATUR DES PROLETARIATS ALS NOTWENDIGER DURCHGANGSPUNKT ZUR ABSCHAFFUNG DER KLASSENUNTERSCHIEDE ÜBERHAUPT, + ZUR ABSCHAFFUNG SÄMTLICHER GESELLSCHAFTLICHER BEZIEHUNGEN, DIE DIESEN PRODUKTIVVERHÄLTNISSEN ENTSPRECHEN, ZUR UNWÄLZUNG SÄMTLICHER IDEEN, DIE AUS DIESEN GESELLSCHAFTLICHEN BEZIEHUNGEN HERVORGEBEN" (4).

(4) K. Marx, "Die Klassenkämpfe in Frankreich", Kap. III, in MEW Ed. 7, S. 89 - 90

+ ZUR ABSCHAFFUNG SÄMTLICHER PRODUKTIVVERHÄLTNISSE,
WORAUF SIE BERUHEN.

Das setzt aber zunächst voraus, daß der Teufelskreis der republikanischen "Brüderlichkeit", die sich jedesmal im geeigneten Augenblick zum bonapartistischen oder faschistischen Kugelfeuer entfaltet, gesprengt wird. Das setzt voraus, daß die Illusion der "universalen Sympathie" dem Bewußtsein des UNIVERSALEN GEGENSATZES zwischen den Klassen weicht. Das setzt also das Wirken der marxistischen revolutionären Partei voraus, die dieses Bewußtsein und die ihm entsprechende Aktion trägt.

In diese Richtung, um diese Voraussetzung zu erfüllen, muß man arbeiten. Sonst wird sich die Nationalflagge der Republik weiterhin mit "einer einzigen Farbe, der Farbe der gemordeten Proletarier, der Farbe des Blutes" färben. Ein Blut, das großmütig, aber vergeblich, vergessen wäre.

(aus "Il Programma Comunista" Nr. 19, Oktober 1974)

CHRONOLOGIE DER LAUFENDEN EREIGNISSE

Dezember 74 - April 75

Dezember 74

15. 1. Parteitag der PSP nach dem Umsturz. Soares wird wiedergewählt.
21. Verkündung des Dreijahresplanes. Die "Privatinitiative" wird nicht infrage gestellt.

Januar 75

14. Demonstration der PCP für die Einheitsgewerkschaft (100 000 Teilnehmer).
22. Die Einheitsgewerkschaft wird von der provisorischen Regierung gebilligt.
27. PS ruft zur Demonstration gegen die Einheitsgewerkschaft auf.
31. "Rat der 20" verbietet Gegendemonstration. MES und MRPP demonstrieren trotzdem.

Februar 75

2. Demonstration von Landarbeitern in Alentejo (20 000). Forderungen:
sabotierende Agrarier in den Käfig!
die Erde denen, die sie bearbeiten!
Enteignung des Großgrundbesitzes!
Einheit von Volk und MFA

8. Die Arbeiterkommissionen von 38 Betrieben rufen zu einer Demonstration gegen die Arbeitslosigkeit auf (20 000). Unterstützung von LUAR, MES, UDP und Mißbilligung von der PCP.
- März 75
11. "Konterrevolutionärer Putschversuch"
12. MFA schafft "Revolutionsrat".
14. "Revolutionsrat" löst Staatsrat auf. Regierungsumbildung wird vorbereitet. Nationalisierung der Banken.
17. Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften. Rücktritt des Kabinetts. PCP unterstützt den Wiedereintritt der MDP/CDE in die Regierung.
23. Dekret des Revolutionsrates: Angehörige der Streitkräfte, die kein Treuebekenntnis zur MFA ablegen, werden in die Reserve zurückversetzt.
30. IV. Regierung Goncalves unter Beteiligung der MDP.
- April 75
2. Revolutionsrat übergibt "Plattform des Einverständnisses" den 12 Parteien. Die MFA soll für 3 höchstens 5 Jahre institutionalisiert werden.
7. 6 der 12 Parteien stimmen zu: CDS, PPD, PSP, PCP, MDP, FSP. Dagegen: MES, UDP, PUP, FEC, LIC, PPM.
16. Verstaatlichung wesentlicher Schlüsselindustrien. Bewässerter Grundbesitz soll auf 50 ha, unbewässerter auf 500 ha begrenzt werden.
- 19/20. Nationaler Kongreß der "Räte", einberufen von der PRP-BR, die Wahlboykott ausübt.
21. MFA bekennt sich zur pluralistischen Demokratie, die folgendes "garantieren" soll:
- Aufbau des Sozialismus
- wirksame Verteidigung des Revolutionsprozesses
- demokratische Freiheiten.
25. Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung:
PSP=37,87%, PPD=25,38%, PCP=12,53%, CDS=7,65%, MDP=4,12%, FSP=1,17%, MES=1,02%, UDP=, FEC, PUP, LIC, jeweils weniger als 1%.

ÜBER DIE EINHEITSGEWERKSCHAFT

Die scharfe Folemik über die Frage der Einheitsgewerkschaft, die vor kurzem die Parteien der portugiesischen Regierungskoalition "an den Rand des Bruches" geführt hat, ist bezeichnend für die Schwierigkeiten, mit denen die Vertreter des Staates im Laufe der Demokratisierung des Regimes rechnen. So erklärte Mario Soares in einem Interview an "Le Figaro" vom 1.-2. Februar: "Nach dreizehn Jahren Kolonialkrieg, Spannungen in der Gesellschaft und Wirtschaftskrisen werden die sozialen Gegensätze und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsen."

Die portugiesische kommunistische Partei ist einer der entschiedensten Verfechter der Einheitsgewerkschaft. Sie erblickt darin das sicherste Mittel, eine widerspenstige Arbeiterbasis zusammenzufassen und zu disziplinieren, wo ganze Sektoren von aktiven Gruppen der extremen Linke unterwandert und manchmal sogar kontrolliert sind und den offiziellen Führern das Leben schwer machen. Diese offiziellen Führer sitzen schon seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, mit "halben Wohlwollen" des Salazarregimes, auf den leitenden Posten der etwa 200 Berufsgewerkschaften, die den von gestürzten Regime geerbten Gewerkschaftsapparat darstellen.

Die "Intersyndikal" wurde im vergangenen Juni von der Bewegung der Streitkräfte EILIGST gegründet, um die Gewerkschaftsbewegung weiter fest in der Hand zu halten. In den letzten Monaten wurde ihre stark unter dem Einfluß der PCP stehende Führung jedoch in Frage gestellt, wie es das Ausscheiden von mehreren Gewerkschaften - unter anderem die Textilgewerkschaft - oder das Scheitern der Wahllisten, die von "angesehenen" kommunistischen Führern in den gewerkschaftlichen Teilwahlen (insbesondere in den Banken) aufgestellt wurden, bezeugt.

Dieser besorgniserregende Verlust der Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung durch eine mehr als kompromittierte Führung der "Intersyndikal" erklärt die Entschlossenheit und die Eile, mit der die PCP die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale fordert. Diese könne man dann leichter "unter Kontrolle halten" und die Säuberungen durchführen, die durch den wachsenden Einfluß von sehr kämpferischen und politisierten Elementen auf die portugiesische Arbeiterbewegung unvermeidlich geworden sind. In diesem Sinne ist die kürzliche Erklärung Cunhals zu verstehen ("Le Monde" vom 14. Januar

1975): "Es ist nicht wünschenswert, daß Kräfte, die der Arbeitswelt fremd sind, sich in den Gewerkschaften ausbreiten können, denn sie dürfen sich nicht in politische Parteien verwandeln. Die Fähigkeit der Arbeiterklasse zum Dialog mit den Unternehmern würde darunter leiden." Die Bewegung der Streitkräfte - der heutige wirkliche Machthaber - hat übrigens sehr gut den Appell der PCP verstanden; sie hat sich beeilt, einstimmig für das Prinzip der Einheitsgewerkschaft einzutreten, und wurde dabei vom Armeeoberhaupt unterstützt.

Die Opposition der sozialistischen Partei gegen die Einheitsgewerkschaft hat selbstverständlich keineswegs das Ziel, die direkte Unterwerfung der Gewerkschaftsbewegung unter den Staat zu verhindern, sondern sie drückt, einige Monate vor den Wahlen, die Besorgnis einer Partei aus, die keine wirkliche Volksbasis hat.

Das kürzliche Ausscheiden der sozialistischen Volksbewegung (einer mit der Gewerkschaftsbewegung verbundenen linken Fraktion) hat die Partei von Mario Soares von ihren wenigen Arbeitergruppen abgeschnitten, und sie befürchtet nun, die PCP könne ihren Einfluß und ihr "Gewicht" bei den Wählern vergrößern. Dies würde in der Tat die bisherige Aufgabe der PSP erschweren, nämlich die Westmächte zu beruhigen, ihnen die "Garantien" zu geben, die sie seit dem 25. April 1974 unaufhörlich fordern: Portugal ist eine wichtige Figur im strategischen Schachbrett des amerikanischen Imperialismus, der schwerlich - wie es Ford Breschnew gegenüber in Wladivostok wieder in Erinnerung brachte - ein Mitglied der NATO unter russischen Einfluß geraten lassen würde. "Wir werden es nicht akzeptieren, an hybriden Prozessen teilzunehmen, die auf eine versteckte Errichtung einer Volksdemokratie hinauslaufen", wiederholt Soares seinen westlichen Verbündeten, während die UdSSR vorsichtig das Terrain prüft und den polnischen Ministerpräsidenten Gierek zur Aufklärung schickt.

Angesichts einer unsicheren inneren Situation sieht sich die Bewegung der Streitkräfte gezwungen, "die politischen Kräfte, die nicht einsehen, daß diese Probleme nur durch die Einheit der fortschrittlichen Kräfte und des werktätigen Volkes gelöst werden können" hart zu kritisieren.

Die kürzlichen Demonstrationen vom 27. Januar in Porto, wo sich die Gruppen der extremen Linken mit der Armee gegen die Polizei verbrüderten, um die Abhaltung des Kongresses der an den Gauchismus geknüpften CDS zu verhindern, haben vorläufig der offenen Rivalität der

Mitglieder der Regierungskoalition ein Ende gesetzt. Die PS und die FC haben eiligst ihre Divergenzen zurückgestellt, um die "extremistische Gewalt" zu verurteilen, und haben ihren Wunsch bekräftigt, einen "Fortschrittspakt" abzuschließen. Die für den 29. Januar vorgesehenen getrennten Demonstrationen wurden abgesagt, um die Truppen der NATO ruhig ihre Einschüchterungsmanöver vor der portugiesischen Küste durchführen zu lassen. Allein die maoistische PCRP und die verschiedenen politischen Organisationen der extremen Linke haben die Herausforderung angenommen und es abgelehnt, die vorgesehene Demonstration abzusagen.

Diese Gruppen kanalisieren heute den Kampfwillen von Arbeiterminderheiten, die einen Bruch mit einer portugiesischen "Linke" suchen, die den Stützpfeiler des neuen demokratischen Regimes darstellt.

Wir begrüßen mit Enthusiasmus diese Arbeiterreaktionen, die der bürgerlichen Demokratie kühn entgegentreten. Sie können ein fruchtbares Terrain für die Aktion einer kommunistischen Avantgarde darstellen. Diese kommunistische Avantgarde wäre allein fähig, die ganze revolutionäre Potenz dieser Reaktionen zu entfalten - jenseits des zweiseitigen maoistischen Extremismus, der sich zwischen einem Gelegenheitsradikalismus und einer natürlichen Empfänglichkeit für alle Kapitulationen im Namen der "gefährdeten Demokratie" oder der "Verteidigung des Vaterlandes" bewegt.

(aus "Le Prolétaire" Nr. 190 vom Februar 1975)

BULLETIN Nr. 9

Inhalt: Spanien

Lenin und die Lösung der "Arbeiterkontrolle"

Die Frage der "demokratischen Forderungen"
am Beispiel § 218

Der Kapitalismus und die Ernährung der
Menschheit

Arbeitsgrundlage für die Erarbeitung einer
Plattform für die gewerkschaftliche Aktion
in der BRD

Argentinien: Eine erste Bilanz

Interventionen der Partei: Die Soldatenbewe-
gung in Frankreich

DEMOKRATIE IST GEWALT

Die Demokratische Volkspartei (PPD) gehörte bis jetzt der Regierungskoalition in Portugal an. Ihr wird heute von allen Seiten vorgeworfen, den gescheiterten Putschversuch der Spinola-Anhänger mindestens durch Nachgiebigkeit begünstigt zu haben. Als aber am 7. März die proletarischen Massen in der portugiesischen Arbeiterstadt Setubal trotz bewaffneten Polizeiangriffs eine Wahlkundgebung der PPD verhinderte, haben sich die Stimmen aller Regierungsparteien gehoben, um "die extremistische Gewalt, die der Reaktion in die Hände spielt", zu verurteilen. Die "kommunistische" Partei appellierte an die Wachsamkeit der Bürger zur Verteidigung der Demokratie; die Minister bedauerten "diese Handlungen, die die ruhige soziale Atmosphäre, die freie Ausübung der wiedererlangten Bürgerrechte und der demokratischen Freiheit stören, die man in Portugal endgültig verankern will". Solche Töne hört man nicht zum ersten Mal. Um sich auf die allerjüngste Zeit zu beschränken, am 5. März erklärte Cunhal, daß die Umtriebe der Rechten "in Kollaboration mit den Linksextremisten geführt werden, die sich revolutionär nennen, aber nicht umhin können, die Position der Reaktion gegen die Wahlen zu stärken" ("Le Monde", 5.3.; oben "Unità", 10.3.). Am 8. März kommentierte Octavio Pato, der zweite Mann der KP, "daß die linke Reaktion das Chaos und die Spaltung zwischen der Bewegung der Streitkräfte und den Massen will" (worin auch die "Pravda" - 23.2. - das größte Übel sieht), "um die Militärs zur Repression zu zwingen" (!!!).

Den Herrschenden sind aber die OBJEKTIVEN Ursachen der tiefen Unzufriedenheit unter den Arbeitern und Bauern bekannt. Der Regierungschef Vasco Goncalves selbst mußte am 20. Februar, als er die später erfolgte Institutionalisation der Bewegung der Streitkräfte als "Garantie der portugiesischen Revolution" praktisch ankündigte, diese Gründe zugeben: über 200 000 Arbeitslose, eine für Europa extreme Inflationsrate, Hungerlöhne, wachsende Unsicherheit, Verachtung für die despötische Macht der Fabrikherren und Großgrundbesitzer, "revolutionäre" Ungeduld (kein Wunder bei einer "Revolution", die nur eine "ruhige soziale Atmosphäre" und "Freiheit für alle" will, während das Land unter extremen Klassengegensätzen und unter dem leidet, was Marx das doppelte Übel der Entwicklung

und gleichzeitig Mangel an Entwicklung der kapitalistischen Produktion nennen würde. Wenn auch konfus, brachten die Massen, die am 7. März demonstrierten, diesen Zorn zum Ausdruck. Und dennoch: Losschießen auf die elenden Massen und Glückwünsche für die Leute, die "gezwungen sind", auf sie zu schießen.

Fünf Tage nach Setubal: der Futschversuch. Wer hatte recht, die Massen in ihrem instinktiven Bewußtsein, daß eine Kraftprobe in der trügerischen Atmosphäre der "sozialen Ruhe" immer näher bevorstand, oder die Leute, die diesen Massen vorwarfen, zumindest objektiv mit der Reaktion zusammenzuarbeiten? Waren die Schüsse der Polizei nicht Vorspiel einer bevorstehenden Offensive? Sozialisten, Kommunisten und all diejenigen, die - wie wir Tag für Tag dokumentierten - das erste Jahr der Scheinrevolution damit verbrachten, den Zorn der Proletarier und Bauern auf den friedlichen Weg der "Verantwortung" und der "Legalität" abzulenken; die die Arbeiterklasse wachsam und unaufhörlich daran hindern, den Klassenfeind anzugreifen, die sie demoralisieren und denunzieren, wenn sie es zu versuchen wagt: wem haben diese Leute alle - die Gewaltanwendung verurteilen und nur nach Ordnung schreien - den Weg geebnet, wenn nicht gerade der Armee, der bewaffneten Gewalt des Regimes? Was haben sie mit ihrem Verzicht auf die revolutionäre Vorbereitung der Massen - wir sagen nicht Verzicht auf die Revolution, weil es in Portugal heute nicht um Revolution geht - legitimiert, wenn nicht gerade den despotischen Eingriff der etablierten Gewalt?

Lassen wir die Tintenkleckser von "portugiesischem Sozialismus" oder von "sozialistischen Tendenzen" der MFA reden. Die Militärs haben zwar die Banken und Versicherungen verstaatlicht, aber abgesehen davon, daß Verstaatlichungen an und für sich noch kein Sozialismus sind (was sogar die Fiat-Zeitung "La Stampa" bemerkt); abgesehen davon, daß das Kommuniqué des Revolutionsrates vom 15. März den "Schutz der Personen und des Eigentums der ausländischen Einwohner" sichert; abgesehen davon, daß die Verstaatlichungen (mit Entschädigung!) sogar von der "Unità" als einziges Mittel angesehen werden, um die Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen; abgesehen von der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß "wir die Privatunternehmen nicht zerstören wollen: diese werden in Portugal immer (!) eine Rolle zu spielen haben; wenn sie dem Volke dienen (!), werden sie noch besser unterstützt werden als in der Vergangenheit"; abgesehen von alledem: das portugiesische Bankwesen war so veraltet, daß es im Interesse der

Volkswirtschaft und der kapitalistischen Modernisierung unerlässlich war, seinen verkalkten Kopf abzuschneiden. Das merkt sogar "Les Echos", die Zeitung der französischen Hochfinanz! Was ist also der pompöse "Revolutionsrat", wenn nicht der Träger der BESCHLEUNIGTEN KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNG Portugals, des Wachstums seiner Produktivkräfte gegen den Widerstand von zögernden bürgerlichen Schichten und rückständigen Grundbesitzern einerseits und gegen die "Maßlosigkeit" von Proletariern und armen Bauern andererseits?

Einzig organisierte Gewalt, profitiert die Militärhierarchie von Verzicht und noch mehr von der Verurteilung der Anwendung von Gegengewalt -einzigste Macht bei irgendeiner Revolution, die etwas von sich hält - seitens der "Arbeiterorganisationen". Sie stützt sich an den Aufrufen zur "öffentlichen Ordnung", die Cunhal am 17. März, also unmittelbar nach den ersten Eingriffen der MFA in die Wirtschaft, an die unzufriedenen Massen richtet ("Keine Todesstrafen! Wir sind für einen demokratischen, gewaltlosen Weg."). Sie eignet sich das Geheimnis des sozialistischen und "kommunistischen" Reformismus an, und führt, aber autoritär und mit harter Hand, die Reformen und Änderungen durch. Sie richtet sich als gesetzgebende und exekutive Gewalt über den verfassungsmäßigen Organen auf, wohl wissend, daß diese bloße Maske der Gewalt sind. Sie setzt somit die Forderung nach einem starken Staat; nach der gepanzerten Demokratie, durch. Man könnte sagen - und das ist keineswegs paradox -, daß das "revolutionäre" portugiesische Militär eine Verschmelzung von Faschismus (als Wirklichkeit der zentralisierenden und gleichzeitig reformierenden Herrschaft) und Demokratie (als nützliche Fassade und vordergründiges Instrumentarium) darstellt. Und was das Beiwort "sozialistisch" angeht, war es nicht ein unentbehrliches Gewürz des faschistischen Experiments und hat die Nachkriegsdemokratie im wesentlichen nicht das Erbe des Faschismus angetreten?

Aus der zweiten Runde der "Revolution der Nelken" werden die Proletarier wenn überhaupt ein paar Schweigegroschen erhalten. Dafür werden sie weiter eine Überdosis reformistischen und demokratischen Opiums bekommen. Wenn man aus diesen Entwicklungen eine fruchtbare Lehre für die Zukunft des Proletariats ziehen kann, ist es die, daß die Bourgeoisie, sogar um den zögernden Versuch durchzuführen, veraltete Wirtschaftsstrukturen im Rahmen des Kapitalismus zu erneuern, der ORGANISIERTEN

BEWAFFNETEN GEWALT bedarf - die materielle Vorbereitung der proletarischen Revolution (die bestimmt keine Blumenrevolution sein wird) fängt erst dann und erst dort an, wo und wann das Proletariat (wenn auch zunächst in der Verteidigung und erst später im Angriff) die Waffe wiederentdeckt und ergreift, die heute von seinem Gegner im Lampelz eingesetzt wird: die Waffe der KLASSENGEWALT. Und allein diese, in den Händen des Proletariats, kann radikal erneuern.

(aus "Il Programma Comunista" Nr. 6, 20.3.75)

KLASSENSOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN PROLETARIAT

Diese Broschüre enthält eine Reihe von Artikeln, die in unserer Zeitung "IL PROGRAMMA COMUNISTA" erschienen sind:

- Chile: Neue Heimat der friedlichen Wege zum Sozialismus?
- Chilenischer Weg zum Sozialismus oder einziger Weg der Konterrevolution?
- Chile oder die reaktionäre Utopie der "Volksunion"
- Allende soll mindestens als Bestätigung dienen für die Notwendigkeit von Gewalt und Terror
- Der "friedliche" Weg ist ein Weg des Selbstmordes
- Keine Klasse kann siegen ohne gewaltsame Revolution, keine kann die Macht bewahren ohne Diktatur und Terror
- Nach den Ereignissen in Chile, vorwärts mit dem "Kommunismus der feinen Leute"
- Die MIR: radikale Revolution in Worten - neue Volkseinheit in der Tat
- Die Fehler, die Ihr immer machen werdet
 - Chile und die demokratische Täuschung -
- Klassensolidarität mit dem chilenischen Proletariat
- Die MIR und der Verlauf der Klassenkämpfe in Chile

Preis DM 2,50

DER 11. MÄRZ IN PORTUGAL

Die Revolte der afrikanischen Massen hatte die Zersetzung des portugiesischen Kolonialreiches in Gang gebracht. Als Reaktion darauf bäumte sich der kranke Körper des portugiesischen Staates auf und produzierte den 25. April. Das Proletariat war bei dieser Bewegung nicht revolutionärer Angreifer sondern passiver Zuschauer. Das Regime von Salazar verschwand daher zunächst ohne soziale Unruhen. Der Mann der Stunde war Spínola, lebendige Verkörperung aller Plagen des dekadenten Portugals und nunmehr Gallionsfigur des Offiziercorps, das die Erneuerung der bürgerlichen Gesellschaft in seine Hände nahm. Sozialisten und Stalinisten beschränkten sich nicht darauf, Beifall zu klatschen. Sie nutzten ihren konterrevolutionären Einfluß auf die Massen, um die Arbeiter und Soldaten, die begannen, sich zu bewegen und ein zusätzliches, wenn auch bescheidenes Element des Ungleichgewichts zu werden, aufzufangen. Sie konnten dadurch zu einer Stütze des neuen Regimes werden. Dagegen versuchten die sehr kleinen aber aktiven extremistischen Gruppen, Einfluß auf die Massen zu gewinnen, ohne aber radikal mit dem "erneuerten" bürgerlichen Staat und dem Opportunismus zu brechen.

Der vor kurzem gescheiterte Staatsstreich, von einer Handvoll hoher Offiziere inszeniert, die mit den traditionellen Finanzgruppen Portugals liiert sind, ist samt seiner Auswirkungen eine ernste Warnung für die Proletarier und Soldaten, die sich über die militärische Hierarchie hinwegsetzen und bereits einige Beispiele für Klassenverbrüderung liefern.

Nicht weniger bedeutend war die Reaktion des siegreichen Flügels der MFA. Er setzte auf die Einheit und Disziplin der Armee und auf die bedingungslose Unterstützung der PCP, und konnte somit den unschlüssigen Teil des Offiziercorps hinter sich ziehen.

Die milde "Strafe" für die Putschisten und die PPD - die mit ihnen verbündete Regierungspartei -, die Politik des führenden Flügels der MFA, die ständig für Mäßigung und Kompromiß innerhalb des Militärs wirbt, die wiederholten Drohungen gegen die sozialen Bewegungen und die extremistischen Gruppen, das alles zeigt ganz klar, welche politische Strategie die portugiesische Demokratie verfolgt. Seit mehr als einem Jahr versucht sie, die ersten Schritte der spanischen Republik der 30er Jahre nachzuäffen. Die spanische

Republik konnte sich aber nur dank des ununterbrochenen Massakers des Proletariats am Leben halten. Gegenüber der Reaktion der Franco-Bewegung war sie ohnmächtig.

Wenn das Proletariat für die Verteidigung der Demokratie kämpft, anstatt sie anzugreifen, kann es seine eigene Klassenunabhängigkeit nicht behalten, kann es sich nicht organisieren und stärken. Und das alles hat das Proletariat bitter nötig, um wirksam gegen die kapitalistische Offensive Widerstand leisten zu können, ob die Offensive nun in Form eines ungeschminkten Angriffs der Rechten, oder in der anderen und heimtückischeren Form, die sich auf die Verteidigung des Liberalismus beruft, vorkommt.

+++++

Am Dienstag wurden zwei linksextreme Gruppen, die MRPF und die AOP, verboten. Dies ist eine schreiende Bestätigung für die Funktion der portugiesischen Demokratie und ihrer opportunistischen Lakaien. Diese Funktion besteht darin, die Ordnung gegen alle Auswirkungen des Zusammenbruchs des Kolonialreiches zu verteidigen. Dieses Verbot ist aber auch ein eindeutiger Aufruf an das Proletariat, diese Demokratie und die Parteien, die sie stützen, zu bekämpfen. Ohne diesen Bruch kann das Proletariat nicht einmal seine elementarsten Interessen verteidigen.

(aus "Le Prolétaire", Nr. 193, März 1975)

BULLETIN Nr. 718

Inhalt: Portugal
Parlamentarismusfrage
Kapitalistische Krise
Manifest zu den Wahlen in Italien
Interventionen der Partei

Preis DM 5,--

VON DER "REVOLUTION DER NELKEN" ZUM HARTEN KURS

DER NEUE VERWALTER DER RÜCKSTÄNDIGEN BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT PORTUGALS

Die politische Entwicklung Portugals seit dem 25.4. 1974 kann nicht getrennt von der Entwicklung der Streitkräfte untersucht werden. Es ist die Armee, die die "Revolution" gemacht hat, die ein Programm erarbeitete und eine Organisation ins Leben rief - die Bewegung der Streitkräfte (MFA) - und die von allen die Funktion des Vermittlers zwischen den Klassen - Bourgeoisie, Kleinbourgeoisie, Bauern und auch Proletariat - einnimmt, deren Parteien dem vorgeschlagenen Programm sofort ihre volle Unterstützung geben. Correia Jesuino konnte mit Stolz und polemisch den kollaboristischen Parteien entgegenhalten: "Wir sind der Vortrupp einer Revolution, die von den Militärs und nicht von den Zivilisten und Intellektuellen gemacht wurde". (1)

Die Dauer eines Militärregimes war gewiß nicht im voraus bestimmt; dieses sollte vielmehr nur den notwendigen Übergang zum "klassischen" bürgerlich-demokratischen Regime darstellen. Aber im Gegensatz zum Gewimmel von Untersuchungen, die nur die "Macht der Arbeiterbewegung" sehen, muß man betonen, daß wenn die gesellschaftliche Gärung gewiß eine bedeutende Rolle bei der Verspätung eines solchen Überganges gespielt hat, es andererseits augenscheinlich ist, daß die Restaurationsdrohungen (in Juli und September 1974 sowie im März 1975) äußerst schwach waren: selbst die Bourgeoisie setzte nicht darauf.

Für die herrschende Klasse stand fest, daß das alte Regime gründlich erneuert werden sollte. Es handelt sich um dasselbe Problem, das sich heute auch der spanischen Bourgeoisie stellt, nämlich die geeignetste

(1) Die Bewegung der Streitkräfte erteilte den Rat zur Rettung der Nation aufgrund der Feststellung die Macht, daß "es dem bestehenden politischen System nicht gelungen ist, konkret und objektiv eine ÜBERSEEPOLITIK festzulegen, die zum Frieden unter den Portugiesen aller Rassen(!) und Glaubensrichtungen führt". Sie nahm sich dabei vor, "die jetzige Innenpolitik und ihre Institutionen zu säubern, um auf den demokratischen Weg, diesen unbestrittenen Vorbild des portugiesischen Volkes, zurückzukommen", das alles selbstverständlich "ohne innere Erschütterungen, die dem Frieden, dem Fortschritt und dem Wohl der Nation schaden".

Dieses Programm, das auf Wirtschaftsebene nie über antimonopolistische und antinflationistische Er-

Form für eine gewiß schwierige Erneuerung zu finden. Die umsichtigen Versuche von Cactano-Spinola, die in der Luft lagen, mußten vor allem im Zusammenhang mit dem kolonialen Problem und mit der Krise in der Armee (die nach der Wehrdiensterhöhung von 2 auf 4 Jahre aufgebläht war) scheitern. Wirtschaftswaren die Probleme aber klargestellt: während der Handel mit den "Überseeprovinzen" stagniert, blüht der mit den EG-Ländern (45,2% der gesamten portugiesischen Einfuhren 1973). Die Investitionen von Ländern wie Deutschland und Großbritannien stiegen im selben Jahr beträchtlich an: die BRD ging z.B. von 589 Mio. Escudos (10 Escudos = DM 1) auf ca. 815 Mio., Großbritannien von 298 auf 552 Mio. (gem. "Problemes Politiques et sociaux". La documentation française, 5-12 Juli 1974).

Portugal zahlt die Rechnung der Isolationsjahre und in "Wirklichkeit vor allem dafür, daß es auf Kosten des eigenen Kolonialreiches dahin vegetiert hat, auch wenn dieses in ein Jagdrevier für multinationale Gesellschaften umgewandelt war. Der Übergang von der Phase der reinen kolonialen Ausbeutung - die man versucht mit "Dritte-Welt"-Glaubensbekenntnissen und mit so wenig Verlusten wie möglich ausklingen zu lassen - zur Integrierung in die westliche Wirtschaft fiel jedoch mit der internationalen wirtschaftlichen, kapitalistischen Krise zusammen, was den portugiesischen Erwartungen einen harten Schlag versetzte. Eine vielversprechende wirtschaftliche Entwicklung ist dabei, sich in ein Verlustgeschäft zu verwandeln. Im vergangenen Jahre sind die "Importe eindeutig schneller gestiegen, als die Exporte: 52% zu 27%." (J. Grapin in "Le Monde" vom 20./21.4.75), während die früher immer aktive Zahlungsbilanz sich weiter verschlechtert. Die Journalistin von "Le Monde" zieht den Schluß, daß "man sich demzufolge nach dem Fest auf eine Periode des harten Kurses gefaßt machen muß, was auch immer für eine Regierungsfähne dann wehen wird, damit das Gleichgewicht im Innern sowie in den Außenbeziehungen erhalten bleibt". Bereits in der Periode von 1970-73, die eine bemerkenswerte Entwicklung verbuchte (Wachstumsrate: 1971 = 8%, 1972 = 12%), ging die schwache Steigerungsrate der Reallöhne ständig zurück, um im ersten Vierteljahr 1974 schließlich zu sinken (-1,7% in

klärungen hinausging, wurde bei allen folgenden "Wenden" keineswegs verleugnet oder in Frage gestellt. Man kann vielmehr sagen, daß es dieses Programm ist - und nicht der "sozialistische Weg" - das mit den objektiven Schwierigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft in Portugal konfrontiert wird.

der Landwirtschaft, -3,2% in der Industrie und Transportwesen in Lissabon und -2,2% in Porto. Zahlen der OEDC, Etudes économiques, "Portugal", Juli 1974 S. 11). (2)

Der harte Kurs, die Austerität, war also schon da. Welche Regierung war aber in der Lage, sie durchzusetzen? Hier liegt das Problem, und zwar gewiß nicht allein für Portugal. In Portugal stellt es sich aber besonders zugespitzt in Anbetracht der historischen Phase, die das Land durchläuft. Was Wunder also, wenn ein Militärregime, das als Provisorium entstand, den Posten einer "legitimeren" Regierung nicht frei machte, sondern sich vielmehr als einziges Instrument zeigte, das fähig ist, wenn auch über den Weg eines "Linkskurses", gewisse unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Die "Demokratisierung" der Gesellschaft wurde somit zu einer Funktion der demokratischen Entwicklung der Armee, und die "zivile" Gesellschaft mit ihren ruhmreichen Parteien an der Spitze wartet, daß die "militärische Gesellschaft" das Startzeichen für ihre Emanzipation gibt.

Das zeigt sehr deutlich, wie es um die demokratische Radikalität (von einer anderen kann ja nicht die Rede sein) der angeblichen sozialistischen, kommunistischen und proletarischen Parteien bestellt ist. Diese haben immer davon geträumt, eine "über den Klassen" stehende Regierung zu bilden. Auch wenn sie eine solche Regierung nicht errichten können, freuen sie sich, wenn sie entdecken, daß andere sie errichtet haben. Es ist klar, -und das führt dazu, von Bonapartismus zu reden - daß die von den Militärs kontrollierte Regierung sich besser als irgendeine andere dazu eignet, als von der Gesellschaft unabhängig zu erscheinen und die Aufgabe der Vermittlung zwischen

(2) Diese Zahlen erhalten größere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die Reallöhne 1963, wenn man 1963=100 setzt, 1970 auf 120,7 gestiegen sind. (International Financial Statistics, FMI, Nov. 1972) In der Tat sind das die Jahre eines bemerkenswerten Produktionszuwachses und einer Abnahme des Gewichts der Landwirtschaft, deren Anteil sowohl bei der aktiven Bevölkerung (von 40% 1961/62 auf 28,6% 72/73) als auch beim Bruttosozialprodukt (17% 68/69 und 13,6% 73) erheblich sinkt.

Im selben Jahrzehnt erfuhr der Dienstleistungssektor einen jährlichen Beschäftigtenzuwachs von 2% und - was beachtlich ist- die verarbeitende Industrie eine sehr schwache Beschäftigtenzunahme (von 21,8% auf 24,4% in zehn Jahren) neben einem hohen Beitrag zum Bruttosozialprodukt (ca. von 28% auf 38%). Die zitierte Veröffentlichung der OECD, der wir diese Zahlen ent-

den Klassen zu erfüllen, die das Wesen der betrügerischen bürgerlichen Staatsideologie ausmacht. (3)

Die Tatsache, daß die Bourgeoisie buchstäblich von der Bühne verschwunden ist, daß die Regierung Verstaatlichungsmaßnahmen getroffen hat, die, von den Entschädigungen abgesehen, die Leitungen der Banken, Versicherungen sowie anderer Unternehmen treffen, daß Hausbesetzungen und Selbstverwaltungsversuche in den Betrieben (wenn zwar immer weniger) toleriert werden; das alles bedeutet in Wirklichkeit, daß die bestehende Ordnung zwecks "Dämpfung des Konflikts der Klassen" sich mit allen Mitteln verteidigt, die sie zur Zeit für angemessen hält.

Die Bourgeoisie muß zwar all die wenig erfreulichen Brocken schlucken, sie weiß aber sehr genau, daß, solange der Staatsapparat nicht zerschlagen und ersetzt wurde - was nur geschahen kann, wenn es ein durch eine revolutionäre Partei mobilisiertes Proletariat gibt - sie den Verlust der REALEN MACHT nicht befürchten muß. Was den "Trotzkisten" als "Führungskrise der Bourgeoisie" (Maitan) erscheint, ist im Gegenteil die Machtdelegierung an den Militärapparat, dessen Tätigkeit sich von den unmittelbaren und einzelnen bürgerlichen Interessen losmacht, um die historischen Klasseninteressen der Bourgeoisie, d.h. die Rückkehr der Gesellschaft zur Normalität, desto besser wahrzunehmen. Der Erfolg ist nicht sicher. Sollte es weiterhin unmöglich bleiben, die Gesellschaft zu kontrollieren und den harten Kurs durchzusetzen, bliebe nur noch die Möglichkeit der "Restauration". Wie uns Chile jedoch lehrt, ist auch dieser Weg keinesfalls bequem. Die Sache scheint außerdem mit der MFA bessere Aussichten zu haben: die Probleme sind so zahlreich; die Erhaltung des Gleichgewichts wird zunehmend schwieriger; die KONTROLLE wird immer wichtiger. Welche Kraft könnte das alles besser als die Armee ins Lot bringen?

nahmen, kommentiert:

"Diese Entwicklung setzt bedeutende Produktivitätsgewinne voraus; der IV. Entwicklungsplan schätzte sie auf eine jährliche Durchschnittsrate von ungefähr 7,8% für die Jahre zwischen 1960 und 1970".

Wenn man berücksichtigt, daß das Niveau der Landwirtschaft sich auf dem Stand von 1947 befindet, und das nur dank einer "starken Zunahme der Holz- und Korkproduktion" ("problemes économiques et sociales" ebda, S. 12), gewinnt man ein Bild des "Faschismus" von Salazar als auch der komplexen Fülle der wirtschaftlichen Probleme Portugals.

Der IV. Entwicklungsplan (74-79) hat eine Industrieentwicklungsrates von 9,2% (60-70=9,1%) und eine Jahres- (Fortsetzung S. 65; Ann. 3 obenfalls nächste Seite)

Die Rolle des Opportunismus bei der Kontrolle über das Proletariat

1. Die Sozialistische Partei

Bei der Machtübernahme war die bedingungslose Unterstützung der Militärs durch die "zivile Gesellschaft" ausschlaggebend, und wirkte gleichzeitig "legitimierend".

Wieder einmal hat der Opportunismus der "Arbeiterparteien" nicht nur die Radikalisierung der Massen in Richtung auf ihre Klassenziele nicht gefördert, sondern zur verstümmeltesten "Demokratisierung" beigetragen sowie zur Kontrolle jeglicher möglichen autonomen Klassenbewegung von oben, sogar auf ökonomischen Gebiet, was sich in der Gründung einer durch die Machthaber kontrollierten Einheitsgewerkschaft sofort ausdrückte. Daß die Sozialistische Partei der Einheitsgewerkschaft von KP und MFA die sogenannte Gewerkschaftsfreiheit nach dem Muster der in den modernen demokratischen Ländern zur Genüge bekannten "freien Gewerkschaften" entgegengestellt hat, um sie dann zurückzuziehen (was die Sozialisten übrigens bei allen folgenden Divergenzen taten), beweist, wie wenig "Spielchancen" der traditionelle "demokratische Weg" hat, der von den Machthabern, deren erste Funktion darin besteht, einen harten Kurs durchzusetzen, sogar für gefährlich angesehen wird. In jedem Falle wäre es aber einfach lächerlich, würde man die Sozialisten als einen möglichen Hebel für eine autonome Klassenbewegung auf dem Gebiet der Tagesforderungen ansehen, wozu die Gruppen, die in der KP und dem "Sozialfaschismus" den

rate für die Landwirtschaftsentwicklung von 2% veranschlagt, die parallel zur Abnahme der Beschäftigten in diesem Sektor laufen soll. Das würde ein Produktivitätszuwachs von 6% bedeuten ("problemes économiques et sociales" ebda., weiter: "Diese Entwicklung wird keine Lösung für das Problem der unzureichenden Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten erlauben.") An die Arbeit also, Arbeitermassen Portugals, im Interesse der Nation, unter der erleuchteten Führung eines Reformismus AUS EISEN!

(3) "Bei den kleinbürgerlichen und philisterhaften Professoren und Publizisten kommt es - oft unter wohlwollenden Hinweisen auf Marx - so heraus, daß der Staat gerade die Klassen versöhne. Nach Marx ist der Staat ein Organ der KlassenHERRSCHAFT, ein Organ zur UNTERDRÜCKUNG der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen "Ordnung", die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft". (Lenin, "Staat und Revolution", I,1)

den Hauptfeind sehen, neigen, Die Schwäche der KLASSEN-FRONT zeigte sich gerade in der Frage der Einheitsgewerkschaft, im Ausbleiben einer starken Bestrebung sich unabhängig vom Staat und staatstragenden, an die nationale Wirtschaft gebundene Parteien zu organisieren (und die Partei von Soares gehört ganz besonders zu dieser Sorte).

In Wirklichkeit war es gerade der Demokrat Soares, der sich als erster (oder als zweiter, denn in der Kunst der Unterwürfigkeit lassen sich die "Kommunisten" nicht überbieten) vor der "demokratischen Revolution" Spinolas verbeugte. Kaum in Portugal angekommen (drei Tage nach dem Machtwechsel) beeilte er sich mit seiner Erklärung: "Es ist nicht die Zeit für Parteienrivalitäten, sondern für demokratische Einheit." Und daß er in der MFA die Verkörperung dieser Einheit sehen würde, war klar: "Durch die geschichtliche Tat, die wir niemals werden vergessen können, haben die Streitkräfte unserem Land die Stimme und die Freude zurückgegeben." Das Volk, dieser seltsame "Held", hätte ja lediglich durch seine "verantwortungsbewußte, einheitliche und disziplinierte" Wahlbeteiligung die Demokratie "organisieren" müssen: das ist schließlich alles was zählte und zählt.

Kein Wunder also, wenn danach die "Stimme" verklang, die "Freude" nachließ und die "Disziplin" allein als wichtiges Element übrig blieb. Die Sozialisten konnten, auch wenn schweren Herzens, nicht umhin, von den drei "Kategorien" immer die DISZIPLIN zu wählen. Die demokratischen und liberalen Ideale gehören der bürgerlichen Vergangenheit an und sind heute nichts weiter als Geschwätz ohnmächtiger Kleinbürger.

Die Neufassung der demokratischen Ideale drückte ein Sekretär der SP in seinem Interview mit "Le Monde" (6./7. April) sehr gut aus. Es geht um die Anerkennung des Paktes zwischen politischen Parteien und MFA, der auch von der SP unterzeichnet wurde: "Wir schätzen, daß sich das Ziel der MFA in einem Verhältnis von 70% militärischer Macht und 30% ziviler Macht ausdrückt. Wir werden versuchen, diesen Abstand zu verringern, um auf ein Gleichgewicht zu kommen: fifty-fifty". Siehe wie das demokratische Ideal von Machtverhältnis sich aktualisiert und anpaßt: 50% Militärmacht!

Dasselbe sagt man auch den Bourgeois: machen wir die Demokratie fifty-fifty! Selbstverständlich ist das den Bourgeois recht vor allem, wenn es sich um "Krisenmanagement" handelt.

Dieses demokratische Experiment scheiterte aber unter Spinola. Es gab nur die Alternative zwischen

einem etwas ernsteren Reformismus, der demzufolge zentralisiert und militarisiert ist, und der alten Reaktion, die, wie wir flüchtig aufzeigten, gerade auf ökonomischen Gebiet gescheitert und von den Gesetzen des Kapitalismus ausgestoßen war und in jedem Fall die "Dämpfung des Konfliktes der Klassen" erschwert hätte. Dessen war sich Soares bewußt. Er begrenzte sich daher auf die Forderung nach 1% oder 2% mehr Zivilmacht", sowie auf den Versuch, bei den Wahlen einen "weitgehenden Konsens" zu erzielen, was auch was auch seine Rolle spielt. Unzählige sind die geschluckten Brocken: Einheitsgewerkschaft, Wahlpakt mit der MFA, "moralische Prügel" am 1. Mai, Schließung und danach Entzug der Zeitung "Republican". Seine Proteste waren immer von Beteuerungen der Bündnistreue zur MFA" und des völligen Einverständnisses mit deren "politischen Zielen" begleitet. Das Aufmucken bei den jüngsten Ereignissen aus Anlaß des Versuches der Militärs, die Volksmassen direkt und einheitlich durch "Volkskommission" zu kontrollieren wiederholt das frühere Schema: der Happen schmeckt nicht, man schüttelt sich vor dem Runterschlucken, der Magen krümmt sich ein bißchen.

Es ist die traurige Geschichte der demokratischen Parteien, die sich nämlich vornehmen, die Interessen aller Klassen zu vertreten und zu versöhnen. Die Geschichte hält sie zum Narren. Die "Versöhnung" wird irgendwie, aber nicht in Form von "Demokratie", wohl aber in ihrer Unterdrückung - eine großartige Bestätigung für die Richtigkeit des Marxismus.

Nichts Neues unter der Sonne. Auch die "demokratische Revolution", die Togliatti für Italien im Bündnis mit De Gasperi und Nenni wünschte (und, wie Soares, hätte er sie gern liberaler gehabt) wird heute von Berlinguer wieder aufgegriffen: man will eine "zweite Etappe". Das Schöne am demokratischen Staffellauf ist wohl, daß er niemals ein Ende nimmt: solange er nicht mit der proletarischen Revolution zusammentrifft.

2. Die "Kommunistische" Partei

In dem Wettkampf um die Gunst des neuen Regimes mußte auch die KP selbstverständlich treten. Sie hatte seit langem im Namen der "Nationalen demokratischen Revolution", d.h. in diesem Falle des Sturzes des faschistischen Regimes auf friedlichem Weg und "von oben", auf jegliche Form des radikalen Kampfes gegen die Bourgeoisie verzichtet.

In den Statuten von 1965 lagen die Hauptfragen einer solchen "demokratischen Revolution" bereits klar vor: Ersetzung des Faschismus nicht etwa durch die

Diktatur des Proletariats, sondern durch eine Regierung, die eine Politik der "Befreiung vom Imperialismus" und des wirtschaftlichen Fortschritts im allgemeinen führen sollte, indem sie die "nicht-monopolistische" Privatisierungsinitiative mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien verbindet. Also ein perfekt kleinbürgerliches Programm, was auf der klassischen Auffassung beruht, daß der demokratische Staat Ausdruck der "Gesellschaft" sein könnte und nicht der herrschenden Klasse. Artikel 5 formulierte das Hauptziel wie folgt:

"Die KPP kämpft für eine provisorische Regierung, die die Grundfreiheiten wiedereinführt und tritt für freie Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung ein, mit deren Hilfe das portugiesische Volk die Form der Regierung und die Regierenden selbst bestimmen kann."

An diesem Ziel ist der Verzicht der KPP auf jegliche **KLASSENFORDERUNG** und sogar auf die demokratische "Umwandlung" zu messen: man weiß ja, die Ideale sind nie ganz zu erreichen, und die harte Wirklichkeit ändert sie und zwar nicht wenig. Die Tatsache ist, daß sich die KPP schon am 26. April 1974 für eine Regierung positiv aussprach, "in der alle liberalen und demokratischen Kräfte und politischen Bereiche vertreten sind". Die Einheit zwischen Armee und Volk wird unterstrichen und die MFA mit einer Bewegung von Militärs, die demokratisch empfinden (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten) identifiziert.

Im Zusammenhang damit werden frühere ökonomische Forderungen gestrichen. Ziele, die das Proletariat in Gegensatz zu den besitzenden Klassen bringen könnten, sind nicht mehr am Platze. Auf dem VII. (außerordentlichen) Parteikongreß vom 20. Oktober verabschiedet man eine "Notstandsplattform", die alle vorhergehenden "Ansprüche" (Mindestlohn von 6000 Escudos, Verstaatlichungen) ausklammert und die ausdrückliche Aufgabe stellt, "die neue politische Situation zu festigen und die Finanz- und Wirtschaftsstabilität zu sichern. Die Ziele:

- a) "Stärkung des demokratischen Staates und Verteidigung der Freiheit";
- b) "Verteidigung der Finanz- und Wirtschaftsstabilität, um die Wirtschaftsentwicklung durchzuführen";
- c) "Fortsetzung der Entkolonisierung".

Kein Wunder also, daß die Militärs die KP als Sonderberater für ihre Politik ausgesucht haben.

In Portugal dreht es sich ja bei allen Auseinandersetzungen darum WIE man die Ziele des "Notstandsplans" erreichen kann (wobei in diesem Plan die Entkolonisierung ja völlig in der Schwebe geblieben war). Diese Ziele sind aber in der Tat ANTIPROLETARISCH: der demokratische Staat kann sich nur stärken, wenn er sich gegen das Proletariat wendet und die Wirtschaftsstabilität und der "Fortschritt" können sich nur auf Kosten der Arbeiter und unter Verzicht auf "unmässige" Forderungen entwickeln, was übrigens die Interventionen der KP bei den Streiks dieser Monate (wobei sie sich selbstverständlich der vollen Unterstützung der Gewerkschaftsfunktionäre erfreute) erneut beweisen. Als am 7. März eine Arbeitermenge eine Kundgebung der demokratischen Volkspartei verhinderte und von der Polizei mit Waffen auseinandergesagt wurde, hob sich die Stimme der KP im Chor der Verabscheuung für die Proletarier durch ihre Bissigkeit gegen "die extremistische Gewalt, die das Spiel der Reaktion macht" besonders hervor. Diese war wahrscheinlich das Alarmzeichen für die "Radikalisierung von oben": bereits vier Tage danach ereignet sich der lächerliche "Staatsstreichversuch". Die Machthaber haben daraus zweierlei gelernt: a) eine Rechtswende hätte eine schwer kontrollierbare Verschärfung des sozialen Kampfes gebracht, b) der allgemeine (d.h. demokratische) Antifaschismus blieb als einzige Karte im Spiel um die Kontrolle - mittels KP und SP - der Massen im weitesten Sinne des Wortes.

Die Verstaatlichungen hagelten dann nur so, deren Bedeutung vom zweiten Mann der KP, Octavio Pato, gegenüber "La Stampa" wie folgt unterstrichen wird: "Wenn aus der Arbeitswelt eine unverantwortliche Welle der Lohnforderungen auftaucht, wäre es dasselbe, wie das Spiel der Rechten zu machen"! Das Problem liegt in der Tat bei der "Produktionssteigerung", "sonst hätten die Verstaatlichungen zu nichts genützt". Lohnerhöhungen? Arbeitszeitverkürzungen? Alles demagogischer Wahlplunder. Cunhal erklärt es sehr gut "Le Monde" (29. Mai): "In einer Revolution muß man manchmal eine Politik verteidigen, die nicht immer die populärste ist. Lohnforderungen unterstützen, die für unsere Wirtschaft unerträglich sind, eine Verkürzung der Arbeitswoche auf 35 Stunden fordern, kann zwar zu Stimmengewinn führen, ist aber unter Berücksichtigung unserer Wirtschaftslage einfach demagogisch und kann unseren Untergang bedeuten".

Und es gibt tatsächlich Leute, die die KPP für viel linksstehender halten als die KPI oder die KPF und glauben, daß man sie für die Radikalisierung der Kämpfe "benutzen" kann! Alle diese drei Parteien wenden aber ein einziges Schema der KAPITALISTISCHEN SELBSTERHALTUNG an, das bloß auf verschiedene

Situationen bezogen und von einem absoluten Empirismus geleitet wird. Will man andererseits eine "ideologische" Unterscheidung zwischen KPP und SPP machen, so liegt sie in der noch größeren Fähigkeit der "Kommunisten", sich von der "Demagogie" zu befreien und an die jeweilige Situation anzupassen.

Alle Schattierungen des Opportunismus gelangen aber zur selben "prinzipiellen" Schlußfolgerung: es gibt eine Wirtschaft, einen Staat, ein politisches System, die es zu verteidigen gilt, und diese sind NICHT der proletarische Staat mit seiner Diktatur und seinem auf ausschließlich proletarischen Organisationen beruhenden Verwaltungs- und Vertretungssystem. Daß das - die Verteidigung des Kapitals - unterschiedlich begründet wird, ob man nun die "reaktionäre Gefahr" heranzieht, oder die Krise, die "uns alle" betrifft und den konservativsten bürgerlichen Staat rettungswürdig macht, ändert überhaupt nichts an dem Kern der Sache, und dieser lautet: die proletarische Revolution, diese "große Demagogie", ist nicht nur "unmöglich" - sie ist zu bekämpfen.

3. Einige Bemerkungen zu den linken Gruppen

Die Wahlergebnisse von April - die vor allem für die KP enttäuschend waren - haben viele "Theoretiker" der extremen Linken in ~~den~~ "Interpretationsschwierigkeiten" bzgl. des "revolutionären" Prozesses gebracht. Im ~~allgemeinen~~ **allgemeinen** hat man der Bewegung der Streitkräfte recht gegeben: das Gewicht von 40 Jahren "Faschismus" kann nicht so schnell beseitigt werden und es ist daher das Beste, daß man das Regime nicht von Wahlausgängen abhängig macht. Hat Lenin nicht genauso gehandelt? Cunhal hat die Gelegenheit nicht verpaßt, um seine "Theorie" auszuarbeiten, wonach der "Wahlprozeß" (!) und die "revolutionäre Dynamik" zwei verschiedene Sachen sind, die manchmal parallel laufen, manchmal konvergieren und manchmal divergieren. Für einen Demokraten gar nicht schlecht. Aber die Situation ändert sich, und die Demokratie paßt sich ja an. Die Frage, wie es denn möglich ist, daß es bei einer "demokratischen Revolution" zu einer solchen "Divergenz" kommen kann, braucht man nicht zu stellen. Für Cunhal handelt es sich um eine "Revolution" und damit basta; Genauigkeiten sind lästig. Cunhal, der Soares belehren möchte, daß man nicht von "Demokratie im allgemeinen" reden kann, hat selbst die "Revolution im allgemeinen" entdeckt. Im Endeffekt ist es Jacke wie Hose. Marxistisch übersetzt heißt "im allgemeinen" schlicht BÜRGERLICH, und die Sache wird in Portugal noch schlimmer, weil von Revolution NICHT DIE REDE SEIN KANN.

Der Mythos der Einheit hat wieder den Kopf gehoben, die verschiedenen Strömungen der extremen Linken bis auf wenige Ausnahmen vereint. Und, da die Volkseinheit ausschließlich durch die Militärmacht, die sie allen aufzwingt, gesichert wird, unterstützen die Einheitsanbeter direkt oder indirekt die Bewegung der Streitkräfte, die sie (aber nicht alle!) vielleicht bekämpfen möchten.

Typisch hierfür ist die Haltung der "IV. Internationale" die einerseits die MFA als "bonapartistischer" Bewegung den Krieg erklärt, andererseits aber durch "indirekte Unterstützung der KP und der Einheitsgewerkschaft Intersindcal schließlich die MFA selbst unterstützt. Im Zusammenhang mit dieser Politik wird die Beurteilung der Ereignisse paradox: je mehr der Feind seine Lage festigt, desto mehr und desto eindeutiger proletarische Siege werden entdeckt. Nach dem Scheitern des "maßgeschneiderten Staatsstreiches" ("Le Monde") vom 11. März, unternommen "von Leuten", die gegen die eigenen Interessen arbeiten" (The Economist), behauptete "Inprekor" (27. März): "das Klassenverhältnis zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse hat sich zugunsten der letzten verschoben". Dabei wird nicht versäumt, das ausschlaggebende Verdienst der Opportunisten und indirekt der MFA hervorzuheben:

"Die KPP und die Intersyndical erfüllen eine entscheidende Rolle bei der Organisierung der Massenbewegung, sei es auf Betriebsebene, sei es durch Kundgebungen und Bewachungsposten. In Porto hat die Intersyndical sofort den GENERALSTREIK ausgerufen und gab folgende Weisungen in einem weit verbreiteten Flugblatt: 'Versammelt Euch vor den Rundfunksendern, an den Postämtern, auf den Bahnhöfen, um die Konterrevolution zu zerschlagen. Alle gemeinsam mit der MFA, die einmal wieder den 25. April verteidigt'".

Die Moral der Geschichte? Der Erfolg ist an der Stärkung der bestehenden Macht zu messen, die als EINZIGE gültige Festung gegen den Faschismus anerkannt wird. Es ist lächerlich, sich danach darüber zu beklagen, daß die Militärmacht "bonapartistisch" ist. Oder ist der "Bonapartismus", wie die "Bürokratie", ein notwendiges Übel?

Dasselbe wiederholt sich bei den folgenden Verstaatlichungen, die vom selben Organ als "wichtigster Arbeiter-sieg" hingestellt wurde. Die Begründung ist im wesentlichen dieselbe. Wie beim ersten Fall, soll es sich auch hier nicht um "sozialistische" Siege handeln, sondern um Prozesse, die durch die Massen-

bewegung bestimmt werden. Was in einem gewissen Sinne auch wahr ist; die Dialektik lehrt jedoch, wie man WECHSELBEZIEHUNGEN entschlüsselt: solange das Proletariat keinen selbständigen Klassenweg einschlägt, kann man all seine "Bestimmungen" nicht als "Siege" ansehen, auch wenn sie die Gegnerklassen zu irgendeiner Anpassung an die Situation zwingen. M.a.W. handelt es sich (aber in Portugal in äußerst milder Form, fast andeutungsweise) um eine ERFAHRUNG der ganzen Klassenbewegung des Proletariats: in gewissen Phasen ist die Bourgeoisie bereit, sich "bestimmen" zu lassen: "Sowjets" werden "offiziell anerkannt", "Arbeiterkontrolle" eingeführt, oder (Miliukow) "die Sowjetmacht ohne die bolschewistische Partei" akzeptiert, unter der Voraussetzung, daß die reale Macht, der Verwaltungsapparat, das Heer usw. in IHREN HÄNDEN bleibt...Später wird man sehen...Die Ziele müssen unter strengster Beachtung der wirklichen Kräfteverhältnisse formuliert werden. Das kann man aber nur tun, wenn man sich keinen Illusionen bzgl. der Schwächen der anderen hingibt, sondern die eigene ernsthaft einschätzt. Wenn ihr glaubt, daß die Bourgeoisie geschlagen wurde, was man annehmen kann, da ihr nicht einmal wagt, die jetzige Macht BÜRGERLICH zu nennen, dann müßte man das Kräfteverhältnis INNERHALB der Arbeiterbewegung messen, also zwischen Revolutionären und Opportunisten. Aber auch in diesem Falle würde die Situation es nicht erlauben, von revolutionärem Prozeß zu reden, und zwar nicht bloß, weil die Opportunisten die Massen beeinflussen, sondern weil sie Hand in Hand mit der bestehenden Militärgewalt BEHERRSCHEN UND KONTROLLIEREN. Die oben zitierten "Einschätzungen" entspringen aber "marxistischen" Hirnen, in denen sich die Besessenheit eingenistet hat, daß das Fehlen einer "revolutionären Führung" völlig zufällig ist.

Diese Verschwommenheit geht durch die ganze "trozkistische" Untersuchung hindurch. Ihr liegt der typische Widerspruch zugrunde: (angenommene) Schwäche des feindlichen Lagers ("Führungskrise der Bourgeoisie"! in Portugal und auch in Italien, lehrt Maitan), der keine starke Klassenbewegung gegenübersteht. Oder besser, man hält fest, daß eine solche Bewegung doch da ist, aber nur die revolutionäre Führung fehlt. Selbstverständlich stellt die revolutionäre Führung niemals eine automatische Widerspiegelung einer Klassenbewegung dar; das Fehlen der Führung - das etwas OBJEKTIVES, historisch Determiniertes ist - ist aber Ausdruck für DIE KRAFT DES FEINDES und nicht für seine Schwäche.

Auf dieser Grundlage ergibt sich eine totale Spaltung zwischen den Zielen, die der Arbeiterbewegung gestellt werden, und der Möglichkeit, sie mit revolutionärem Erfolg zu verwirklichen. In Wirklichkeit beugt man sich vor dem Reformismus. Das zeigt sich in den Forderungen, die unter "Arbeiterbewegung" zusammengefaßt werden, die wie folgt verstanden wird: "eine revolutionäre Arbeiterregierung, gebildet von allen revolutionären und Arbeiterorganisationen, gestützt auf die Mobilisierung und die permanente Offensive der Arbeiter gegen die Ausbeutung und die kapitalistische Staatsmacht, und somit fähig, der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals harte Schläge zu versetzen" (Wahlmanifest der Liga Comunista Internacionalista, Organisation der IV. Internationale in Portugal, veröffentlicht in "Coup pour Coup", Nr. 1). Die Maßnahmen einer solchen Regierung sind ohne weiteres "radikal" und gehen von der Enteignung ohne Entschädigung bis zur Agrarreform und zur Bildung von Arbeiter- und Bauernräten, einige gehen bis zum Versuch, "Doppelherrschaftsorgane" zu bilden. M.a.W. man verlangt vom Opportunismus, daß er sich von der Bourgeoisie trenne und eine Brücke zur Diktatur des Proletariats bilde, die man nicht errichten kann, weil eine "Führung" fehlt. Kann man SELBSTMÖRDERISCHER in die Hände des Opportunismus fallen? Laßt uns schauen, was Lenin in "Staat und Revolution" über Kautsky und seine Einheit nicht direkt mit der Bourgeoisie aber mit den Sozialdemokraten schreibt:

"Kautsky wird nichts anderes übrig bleiben, als die von ihm geliebte 'Einheit' mit den Scheidemännern, den Plechanow und Vandervelde zu verwirklichen, die alle bereit sind, für eine 'dem Proletariat entgegenkommende Regierung' zu kämpfen". (Lenin hatte das Manifest der Liga Comunista Internacionalista (LCI) schon gelesen!) "Wir aber werden mit diesen Verrätern am Sozialismus endgültig brechen und werden für die Zerstörung der ganzen alten Staatsmaschinerie kämpfen, auf daß das bewaffnete Proletariat selbst DIE REGIERUNG sei. Das sind zwei grundverschiedene Dinge".

So ist es! Die Bildung einer "Arbeiterregierung", die sich vornimmt, "der wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitals harte Schläge zu versetzen", ist etwas völlig anderes, als die Arbeiterregierung, die die Staatsmaschinerie zerschlägt! Und eine Voraussetzung für diese Regierung - die man keineswegs "beiseite" lassen kann - besteht im Einsatz der revolutionären Soldaten

gegen das bürgerliche Heer (4).

"Wir aber", schreibt Lenin weiter, "werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine Verschiebung der Machtverhältnisse" (Lenin hatte wirklich schon alles gelesen, was heute in Portugal und über Portugal geschrieben wird!), "sondern um den STURZ DER BOURGEOISIE, um die ZERSTÖRUNG des bürgerlichen Parlamentarismus," (eben!) "um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats." (Kap. IV, 3)

Die Entwicklung des "revolutionären Prozesses" von der Bildung irgendeiner fortschrittlichen oder meinetwegen äußerst fortschrittlichen Regierung abhängig zu machen, heißt nur, sich dem am weitesten links stehenden Opportunismus anzupassen, der sich wiederum dem an seiner Rechten stehenden Opportunismus anpaßt usw. usf.; das heißt nur, auf der Grundlage einer unter anderem gradualistischen Auffassung auf den revolutionären Weg zu verzichten.

Wir maßen uns nicht an, alle Probleme behandelt zu haben, die mit der richtigen Auffassung des revolutionären Prozesses zusammenhängen. Wir versuchen lediglich, die Grenzen eines Weges zu zeigen, der trotz aller Fehler sich immerhin der hundertprozentig populistischen - und somit bürgerlichen - Auffassung entgegenstellt, die die Maoisten aller Schattierungen als Alternative zur KKP anbieten, auch wenn sie diese hart angreifen (um sich zu einer Wiederbelebung der ominösen Theorie des "Sozialfaschismus" verleiten zu lassen): radikale Kleinbürger, ohnmächtig gegenüber den realen Grundtendenzen der Gesellschaft.

(4) Es ist symptomatisch, daß dem Fakt zwischen Parteien und MFA - eine Organisation, die für revolutionär unbrauchbar angesehen wird, und somit zerschlagen werden soll - die "Liga Comunista Internacionalista" nichts anderes vorgeworfen hat, als daß er "mit Hilfe eines Übereinkommens zwischen bürgerlichen und Arbeiterorganisationen die Widersprüche verschleierte, die auf der sozialen und politischen Bühne die unversöhnlichen Interessen von Ausbeutern und Ausgebeuteten entgegensetzen". M.a.W., wie sich aus der ganzen Antwort auf die Plattform der MFA ergibt, wirft man dieser Plattform vor allem die Aufnahme der bürgerlichen Rechten vor, und nicht, daß sie ein greifbarer Ausdruck bürgerlicher Interessen ist.

Was uns betrifft, so sind unsere Ziele bescheidener. Keineswegs glauben wir, daß alles "ohnehin" verloren sei. Wir glauben vielmehr, daß man auf zwei Grundziele hinarbeiten kann: die Bildung und Stärkung von einer von der staatlichen Gewerkschaftsstruktur unabhängigen Klassenbewegung - in welcher Form sie sich auch artikulieren kann - auf der Grundlage der ökonomischen und physischen Verteidigung der Arbeiter; der Aufbau einer Partei, die keine Zugeständnisse an "Zwischenetappen" macht, ob diese "Etappen" nun im populistischen Sinne aller stalinistischen Strömungen verstanden werden, oder im Sinne von Stufen INNERHALB DES BÜRGERLICHEN STAATES, die das erleichtern sollen, was dieser niemals erleichtern wird: seine Zerstörung.

(aus Bulletin Nr. 7/8)

WAS HEISST ES, DEN MARXISMUS ZU VERTEIDIGEN ?

GRUNDTHESEN DER PARTEI (1951)

THEORIE UND AKTION IN DER MARXISTISCHEN
AUFFASSUNG (1951)

- DIE UMKEHRUNG DER PRAXIS IN DER
MARXISTISCHEN THEORIE
- REVOLUTIONÄRE PARTEI UND
ÖKONOMISCHE AKTION

DIE POSITION DER PARTEI ZUR
"GEWERKSCHAFTSFRAGE" (1972)

DM 5,--

AUS DEN WAHLURNEN ERHEBT SICH EINE STIMME:

DAS VOLKSFEST IST ZU ENDE !

Wir haben bereits auf die Rolle der nationalen portugiesischen Armee und ihres ideologischen und politischen Ausdrucks, der MFA, hingewiesen. Die Bewertung dieser Bewegung ist also der Prüfstein, den keine politische Bewegung umgehen kann. Wer wie die PCP und die PS - von den rechts davon stehenden Parteien ganz zu schweigen -, die Sache der MFA zu seiner eigenen gemacht hat, akzeptiert die bestehende Gesellschaftsordnung, obgleich sie in Bewegung oder "in Umwandlung begriffen" ist und verschieden definiert wird: ureigener Weg zum spezifisch portugiesischen Sozialismus (MFA); "neue Demokratie", die nichts bürgerliches mehr an sich hat (PCP); NOTWENDIGE autoritäre Phase wegen der demokratischen Unreife des Landes, mit der Perspektive einer Rückkehr zur vollständigen Demokratie (PS) usw.

Eine ganze Reihe von "Variationen über das Thema" liefern die "extrem linken" Organisationen mit ihrer Position zur MFA. Schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist es jedoch, alle Schattierungen zu erfassen. So vielerlei Schattierungen erklären sich vor allem aus der Tatsache, daß die mit dem 25. April 1974 begonnene neue Phase eine Bewegungs- und Propagandafreiheit zuließ, die man sich vorher überhaupt nicht vorstellen konnte. Sollte man für ein solches vollkommenes Geschenk dann nicht dankbar sein?

In Wirklichkeit wurde diesem Geschenk eine offensichtliche Einschätzung vorausgesetzt: es konnte nicht ausgenützt werden - wenigstens nicht in einer genügend langen Zeitspanne, nach der man es ja auch wieder zurücknehmen konnte -, um die Klassensituation umzukehren. Im Gegenteil. Und deswegen hätte die erste Aufgabe der Revolutionäre in dieser spezifischen Phase darin bestehen müssen, die angeblich notwendige "demokratische Etappe" und deren heutige portugiesische Karikatur zu entlarven. Man hätte vom ersten Tag der Freiheit an eine klare Unterscheidung machen müssen zwischen den "geschenkten" Errungenschaften und solchen Errungenschaften, die man erkämpft, die man dem Feind aufzwingt. Einem Feind, der immer ein und derselbe ist, wie er sich auch kleiden mag, wer ihm auch die Stange hält. Das Spiel der Rechten? Ja, das bereitet aber nur den Leuten Kummer, deren Programm der von der Zeit verschlissene und wieder modernisierte Menschewismus ist.

EIN BLICK NACH LINKS

Die Bewegungen der extremistischen Linke, die sich bereits unter dem Regime von Caetano organisierten, sind hauptsächlich stalinistisch-maoistischen Ursprungs. Sie stellen sich gegen die Linie der PCP, die traditionsgemäß zu jedem Kompromiß und jeder Aussöhnung bereit ist. Besonders die PCP/ML und die MRPP zeichnen sich durch eine heftige Kampagne gegen den Sozialfaschismus der PCP aus (eine ihrer Lösungen: "Schießt die Revisionisten nieder!"). Das kam der MRPP teuer zu stehen, sie wurde für illegal erklärt. Damit kommen wir zum zweiten "Prüfstein": Die Einschätzung der Rolle des Opportunismus, und somit das Verhalten ihm gegenüber.

Die MRPP (Bewegung für die Reorganisation der Partei des Proletariats) nahm sich seit 1970 vor, die "wirklich kommunistische" Partei aufzubauen. Ihre Abgrenzung zur PCP ist jedoch nicht scharf genug, um sich wirklich auf den Boden des Marxismus stellen zu können: Einerseits nehmen sie Positionen ein, die für die PCP charakteristisch sind, wie z.B. der "KAMPF GEGEN DEN MONOPOLKAPITALISMUS", den sie als etwas anderes und vom Kampf gegen den KAPITALISMUS SELBST unabhängiges auffassen. Andererseits entwickeln sie eine radikalere Aktivität in der antikolonialen Politik (die ja gewiß nicht zu den Ruhmesblättern der PCP gehört) und fordern z.B.: "Volkskrieg gegen den imperialistischen Kolonialkrieg". Gegen die antifaschistische Front fordern sie eine "DEMOKRATISCHE VOLKSREPUBLIK" unter Ausschluß von Liberalen und Opportunisten, den eigentlichen Bruchstücken demokratischer Volksrepubliken. Der 25. April ist für sie kein großer Sieg, sondern wird nur als eine Wachablösung bezeichnet, der man eben die demokratische Revolution des Volkes entgegenstellt: "BROT, FRIEDEN, LAND DEN BAUERN, FREIHEIT, DEMOKRATIE UND NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT". Das bedeutet, daß Portugal demnach nie die Freuden bürgerlicher Herrschaft gekannt hat und daß die bürgerliche Revolution vom Proletariat gemacht werden muß, im Bündnis mit Bauern und "Volkskräften" im allgemeinen, unter der Führung der kommunistischen Partei. Aus dieser Perspektive ergibt sich ihre heftige und massive Kritik am "Revisionismus", und daß sie ihn des "Sozialfaschismus" bezichtigen.

Wir brauchen hier nicht weiter hervorzuheben, daß wir natürlich diese Linie von Grund auf verurteilen. Diese Linie führt bei anderen Maoisten wie der PCP/ML noch zu weiteren Theoretisierungen: gegen "Faschismus und Sozialfaschismus" müsse man die MFA unterstützen und eher in Richtung einer "Demokratie" à la Spinola & Co. treiben als in Richtung des "Sozialfaschismus". Für noch andere ergibt sich aus dieser Linie sogar die Lösung, sich "taktisch" an die PCP selbst anzuhängen. Wir wundern uns keineswegs über das völlige Unverständnis der allgemeinen historischen Phase und ihrer Auswirkungen in Portugal. AUCH WENN in Portugal die demokratische Revolution auf der Tagesordnung stünde, würden die Kommunisten nicht die Taktik der "Etappen", sondern die Taktik der "doppelten Revolution" anwenden, die somit BEIDE historischen Aufgaben erfüllt. Die Epigonen des Stalinismus sind jedoch die letzten, die das begreifen können. Dennoch ist ihr radikales Verhalten Ausdruck einer durch objektive Faktoren ausgelösten Stimmung zur Radikalisierung des Kampfes, die gewisse Arbeiterschichten heute empfinden.

Die "Unterstützungssucht", bzw. das Fehlen von Mut angesichts einer Situation, in der die Revolutionäre objektiv isoliert sind, überfällt nicht nur die Maoisten. Sie drückt sich in der typischen Verdrehung aus, daß man vor allem dem "Hauptfeind" nachjagt. Es ist nicht nur eine Frage der RAMPFRICHTUNG: das Unverständnis ist PROGRAMMATISCHEN Ursprungs, denn man erfindet bestimmte ETAPPEN, denen die Bewegung GEOPPERT WIRD. Die Epigonen des "Trotzkismus" verneinen zwar die demokratische Etappe, erfinden dafür aber eine ähnliche, nämlich die Etappe der notwendigen Kollaboration mit dem Opportunismus. Man braucht nur zu sehen, was sie anläßlich des Verbotes der MRPP und der AOC im "Inprecor" (27. März 1975) geschrieben haben: "Die Angriffe gegen die PCP als "sozialfaschistische" Partei, sowie der Zusammenstoß mit ihr in der Chemiegewerkschaft (was für die AOC gilt) haben diese Organisationen isoliert. Die Antwort der Arbeiter auf dieses Verbot war demzufolge sehr schwach".

Bei "Bedrohung der demokratischen Rechte" sind sie nur fähig, hilflos zu meckern. Ihr POLITISCHES MERKMAL: DEN REFORMISMUS NACHTRABEN!

DER "BONAPARTISMUS"

Viele, außer uns, hatten eine Entwicklung in Richtung einer "starken" aber "links" orientierten Militärregierung vorausgesehen. Tatsache ist, daß man vom ökonomischen Standpunkt aus einem Bankrott nur herauskommt, wenn man energisch den Kurs wechselt. Die Verlegenheit wurde aber groß, als es schien, daß die Militärs "zu leicht den Kurs wechseln" und übertreiben könnten: völlige Zusammenarbeit mit der "harten" (?) PCP, die wohl revisionistisch aber effizient ist; Neutralisierung des Versuchs von Spinoala im September, "das Steuer nach rechts herumzureisen"; Niederschlagung des "Putsches", mit (erleichterter) Flucht seiner Anführer; Verbot der christlich-demokratischen Partei (sowie der beiden maoistischen Organisationen); Verstaatlichung der Banken und der Versicherungsgesellschaften, sowie des gesamten von ihnen kontrollierten Handels- und Vertriebssektors - der verstaatlicht wird "ohne es selbst zu merken"; darauffolgende Welle von Verstaatlichungen (Erdöl, Stahl, Gas und verschiedene andere Betriebe). Das war der Grund, warum viele begannen, den "starken Staat" und den "Bonapartismus" als kleineres Übel in Kauf zu nehmen.

Der 11. März wäre, gemäß "Inprecor", die politische Niederlage der Bourgeoisie, und die Verstaatlichungen von Banken und Versicherungsgesellschaften wäre "der bedeutendste Sieg der Arbeiter". Und was danach kommt ist "Sozialismus"? Pech ist ja nur, daß alle diese Maßnahmen den Staat SO WIE ER IST keineswegs schwächen, sondern im Gegenteil noch mehr stärken. Nicht umsonst warten die "Strategen" nur noch auf die nächsten Schachzüge der MFA, die die Lage völlig beherrscht.

Die Tatsachen selbst sprechen also gegen das Argument, wonach es wohl wahr ist, daß die Verstaatlichungen zwar nicht Sozialismus sind, aber doch als "Ansporn"(!) wirken und die Arbeiterklasse dem Konzept der gesellschaftlichen Kontrolle "näher bringt". Das alles KANN wahr sein in einer bestimmten Phase, wo die objektive Möglichkeit besteht, über die auferlegten Grenzen hinauszugehen. In der heutigen Phase, auch wenn sie "erhitzt" ist wie in Portugal, wirkt das alles hingegen ausgezeichnet als BERUHIGUNGSMITTEL. Und das gerade MUR man ENTWELARVEN. Sonst sollte man dem "Bonapartismus" und der "Bürokratie"

ruhig ein kleines Denkmal errichten, als Produkte der blauen Luft, die oberhalb der Klassen schweben.

Ebenso zweideutig ist auch ihre Auffassung über die Arbeit unter den Soldaten. "Solidarität" hat nur dann einen Sinn, wenn sie gegen das Organ der Macht, gegen die MFA als Institution, gegen ihr BÜRGERLICHES PROGRAMM geübt wird. Das bedeutet natürlich eine SCHWERE ARBEIT GEGEN DEN STROM; das bedeutet, kaltblütig die objektive Lage zu erkennen. Die "Verbrüderung" ist gewiß ein notwendiger Schritt, man darf dabei aber nicht das kleine "Detail" übersehen, daß sie auf der Grundlage der VERTEIDIGUNG DER MILITÄRMACHT stattfand!

Wurde die Bourgeoisie geschlagen? Sie ist von der politischen und ökonomischen Szene "verschwunden". Aber sieht man denn nicht, daß dieselbe Beobachtung auch FÜR DAS PROLETARIAT gelten kann? Ist es vielleicht nicht auch von der Macht ausgeschlossen? Oder ist es an der Macht mitbeteiligt? Auf diese heiklen Fragen werden die Theoretisierungen über "Bonapartismus" und "bürokratische Macht" als etwas von den Gesellschaftsklassen unabhängiges aufgefaßt, NIE antworten können.

Die "sektiererischen" Maoisten haben versucht, eine Antwort darauf zu geben, die im Rahmen einer volkstümlerischen Auffassung liegt. Die "Nicht-Sektierer" ziehen es vor, ihre Antwort nicht klar zu definieren und stellen nur fest, daß es "sehr starke Tendenzen gibt, die den revolutionären Prozeß abbremsen und somit dessen sozialistische Ausmündung verhindern". Wo? "Im Innern der Regierungskoalition selbst und in der MFA"! (aus einem Flugblatt von "Bandiera rossa", IV. Internationale). Der revolutionäre Prozeß - der noch sehr weit entfernt ist von einer sozialistischen Ausmündung - muß jedoch NOTWENDIGERWEISE GEGEN MFA, Regierung und Opportunismus gehen!

DIE KALTE DUSCHE DER WAHLURNEN

Die Euphorie der wiedergewonnenen "Freiheit", der Möglichkeit, "frei sprechen zu können" hat die ganze Gesellschaft gepackt. Und es war schwer, diese Euphorie unter Kontrolle zu halten.

Aber bis zu welchem Punkt war sie für die bestehende Ordnung "gefährlich"? Gewiß, es gab "Ausschreitungen". Die Hausbesetzungen, mit denen man, laut LUAR (einer sehr kämpferischen Organisation), "das Wohnungsproblem für hunderte von Familien gelöst hat"; die unentgeltlichen "Volkskrankenhäuser", die von der Sozialistischen Volksfront eingerichtet wurden; die "proletarischen Universitäten" der PRP, all das wird indessen einer "Normalisierung" weichen müssen. Das Volksfest geht dem Ende zu.

"Wenn aus der Arbeitswelt eine verantwortungslose Welle von Lohnforderungen kommt, würde das bedeuten, den Rechten in die Hände zu spielen" erklärte Octavio Pato, "zweiter Mann" der PCP, und betonte, daß das Problem eben darin besteht, "die Produktion zu steigern", sonst "wären die Verstaatlichungen umsonst gewesen". ES STEHT AUßER ZWEIFEL: EIN KAPITEL SCHLIEßT SICH AB. Mit der Macht fest in den Händen und mit den Wirtschaftsmaßnahmen sucht die MFA, aus der unkontrollierbaren "Anarchie" herauszukommen. Daß die Wahlen zugunsten der "gemäßigten" Parteien ausfielen, beweist doch immerhin, daß hinter den "sozialistischen Ausmündungen" nur leere Phrasen stecken, und "rechtfertigt" zudem den Paternalismus der obersten Militärs gegenüber einer unreifen Gesellschaft. Alles weist darauf hin, daß das "Volksfest" zu Ende ist oder zu Ende geht.

Die harten ökonomischen Gesetze, die Bilanzen der Betriebe und des Staates, der Binnenmarkt und der Außenhandel, die Gewinne aus den Handelsbeziehungen mit den ehemaligen Kolonien, die sich vom direkten Joch befreit haben, zwingen ihr DIKTAT auf.

Wenn wir die "Überlegungen" des "Quotidiano dei Lavoratori" (Zeitung der italienischen Gruppe "Avanguardia Operaia") vom 25.4.75 ernst nehmen, wonach "die Wahlergebnisse immer und auf jeden Fall den vom Klassenkampf erreichten Reifegrad 'durchblicken' lassen" (was die MFA vollkommen begriffen hat, und wofür sie auch gelobt wird), dann müßten wir daraus schließen, daß die Situation noch trostloser ist als sie in Wirklichkeit ist. Ein solches Argument entspricht, nur auf den Kopf gestellt, der bürgerlichen Leier: die Wahlen wären eine ernste Sache, wenn ... das Volk reif wäre. Dann hätte die MFA gut daran getan zu empfehlen, weiße Stimmzettel abzugeben!

"Denn", steht weiter im "Quotidiano dei Lavoratori", "die Mehrheit der Bevölkerung hat sich noch nicht von der Erbschaft und von der entscheidenden Beeinflussung der 50 Jahre Faschismus freigemacht". Und folglich? Folglich ist die "entscheidende Beeinflussung" durch die MFA nötig!

Eines ist jedoch sicher: Die "Lektion" wird ausgezeichnet dazu dienen, die 4,54 % Wähler noch mehr zu isolieren, die für die Organisationen der extremen Linke gestimmt haben. Und die "diskrete Unterstützung", die die MFA ihnen bei einigen Anlässen gegeben hat, wird immer "diskreter" werden. Die Lektion wird auch allen "Meistern der Zweideutigkeit" dienen, sich noch mehr an eine Situation anzupassen, die immer weniger reich an "Ausmündungen" ist" zum Beweis dafür, daß die Frucht von 50 Jahren Faschismus nicht durch den Eingriff des bewaffneten Proletariats zertrümmert wurde. Die Lektion dient dazu, nicht zu vergessen, daß die Phase der mehr oder weniger kontrollierten "Freiheit" nicht kurz sein kann. Und daß man sie richtigerweise so auffassen muß, wie sie wirklich ist, und sich auf politischer, gewerkschaftlicher und theoretischer Ebene vorbereiten muß, um ihr ohne "kurzfristige" Illusionen entgegen zu können.

(aus "Il Programma Comunista" Nr. 9, 3. Mai 1975)

Chronologie

Mai 1975

15. Weitere Verstaatlichungen (30 % der portugiesischen Wirtschaft sind nunmehr verstaatlicht)
Erhöhung des Mindestlohnes auf umgerechnet 360 DM, Höchstlohn 4500 DM
20. Außenminister Antunes in Bonn (wegen 70 Mio DM Kapitalhilfe) nach Verhandlungen mit der NATO über die Rolle Portugals...
21. Drucker und Setzer der PS-Zeitung "Republika" besetzen das Verlagsgebäude mit der Begründung, sie wollten dem "Partei-journalismus" ein Ende machen

Mai 1975

26. Soares trifft in Frankreich mit Mitterand zusammen, in Anwesenheit belgischer, italienischer, griechischer und spanischer Sozialdemokraten.
In Wien Treffen von Kreisky, Palme und Brandt wegen Unterstützung Portugals
30. Ministerpräsident Gonçaves, Antunes und Coutinho nehmen an der NATO-Gipfelkonferenz teil

Juni 1975

28. "Republica" wird vom COPCON den Arbeitern übergeben
23. Carvalho übernimmt das Oberkommando des Copcon, das bisher dem Staatspräsidenten unterstellt war
25. Beendigung der 477-jährigen Kolonialherrschaft in Mozambik durch die Gründung der "Volksrepublik Mozambik" unter der Führung der FRELIMO

Juli 1975

3. Coutinho besucht die BRD, um Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung zu erhalten
11. Die PS tritt aus der Regierung aus
14. Die PDD zieht ihre Minister ebenfalls aus der Regierung zurück
17. Auflösung der Koalitionsregierung, es soll eine Regierung von Militärs und nicht von Parteien geben
Die EG teilt der portugiesischen Regierung mit, daß die versprochene Wirtschaftshilfe von 1,7 Mrd. DM von der Existenz einer "pluralistischen Regierungsform" abhängig gemacht werde
25. Das Plenum der MFA beschließt die Bildung eines Triumvirats aus den Repräsentanten der drei wesentlichsten Strömungen des MFA: Carvalho, Gonçaves und Gomes

August 75

2. Die Führer der europäischen Sozialdemokratie treffen sich in Stockholm zur Unterstützung der Partei von Soares.
7. Rückzug der portugiesischen Truppen aus den Städten der Provinzen; daher noch mehr Probleme für die Regierung in Lissabon. Man rechnet mit 400 000 Rückkehrern aus Angola.

8. V. provisorische Regierung unter Goncalves. Sie wird vor allem von der PCP unterstützt. Carvalho verweigert die Regierungsbeteiligung. Eine Gruppe von 9 MFA-Offizieren unter Führung von Antunes veröffentlicht das "Dokument der 9". Die 9 Offiziere werden aus dem Revolutionsrat ausgeschlossen.
9. Präsident Ford wirft der UDSSR Unterstützung der KP Portugals vor und bedauert, daß es den USA, angesichts der derzeit in gegen den CIA laufenden Ermittlungen, nicht möglich sei "helfend einzugreifen".
- Ende August Gründung der FUR zwischen PCP, FSP, LCI, LUAR, MES, MDP, FRP-BR, "1. Mai".
- September 75
7. Rücktritt der Regierung Goncalves, der aus dem Revolutionsrat ausgeschlossen wird.
13. VI. provisorische Regierung unter Azevedo: 4 Minister der PSP, zwei der PPD, einer der PCP, drei "Unabhängige" und vier Offiziere.
MDP bleibt in der FUR.
- Oktober 75
7. Streik von 250 000 Metallarbeitern
- November 75
12. 100 000 Bauarbeiter belagern Regierung, um Lohnerhöhung durchzusetzen.
11. Nach monatelangen Versuchen eine "Front" zwischen MPLA, UNITA und FLNA unter Obhut bzw. Einfluß Portugals herzustellen unter nach dem Scheitern einer in diesem Rahmen erzwungenen "Übergangsregierung" der drei Organisationen, wird Angola in die "Unabhängigkeit" entlassen. Portugiesische Truppen kehren nach Lisabon zurück.
25. Rebellionsversuch der Fallschirmjäger von Tancos und von anderen Truppenteilen, der ohne Schwierigkeiten von regierungstreuen Truppen niedergeschlagen werden kann.
- Dezember 75
11. Die LUAR erklärt ihren Austritt aus der FUR, LCI ebenfalls, was Zusammenbruch der FUR bedeutet.

Januar 76

1. Ca. 10000 demonstrieren vor dem Gefängnis von Custodias in Porto, wo seit dem 25.11. die putschierenden Soldaten und Offiziere inhaftiert sind. Die eingesetzte paramilitärische GNR eröffnet ohne Vorwarnung das Feuer auf die Massen, 3 Tote und 15 Verletzte
11. 10 000 Bauern demonstrieren im Norden Portugals. Sie fordern:
- Aufhebung des Landreformgesetzes
- höhere Preise für die von ihnen produzierten Lebensmittel und Regierungssubventionen für in Portugal produzierte Nahrungsmittel
Die Regierung beschließt: keine Agrarreform nördlich des Tejos
- Rückgabe der "widerrechtlich" besetzten Ländereien an ihre alten Eigentümer
16. Demonstration von etwa 10 000 vor dem San Bento Palast (Regierungssitz)

Januar/Februar

Bonn und die EG beschließen, Portugal wirtschaftlich zu unterstützen.

el programa comunista

- No. 19 - El mito de la dualidad de poder en Portugal
- El marxismo y la cuestion rusa
- El curso del imperialismo mundial (I)
- Espana: la burguesia y el oportunismo preparan el postfranquismo

Precio del ejemplar : % F - Abono anual 16 F

LISSABON NACH DEM TAKTSCHLAG VON LUANDA

Den ersten Schlag hat das salazaristische Regime im Februar 1961 durch die enterbten angolischen Massen erhalten. Seitdem liefert die Folge der Kapitel des afrikanischen Dramas den Taktschlag für die Entwicklung der Posse in Portugal.

Angola: Bevölkerung ca. 2/3 der Bevölkerung Portugals darunter 700.000 Weiße (über 10% der Einwohner); eine Agrarproduktion, die Portugal schöne Zeiten verschaffte; Bodenschätze - vor allem Metalle und Erdöl - deren Ausmaß man erst heute einzuschätzen anfängt, die aber bereits alle Aasgeier und Raubtiere des Imperialismus anziehen. Das dürfte genügen, um zu verstehen, warum der portugiesische Kapitalismus, obwohl er sich neuerdings immer mehr nach Europa richtet, sich gleichzeitig anstrengt, "enge Kooperationsbeziehungen" mit Angola beizubehalten. Angola bleibt das "Juwel" des portugiesischen Kolonialreiches und hat einen Sonderposten im "Dekolonialisierungsprozeß".

Von April bis September 1974 war es General Spínola, der persönlich und aus eigenem Wunsch die Angolaakte in den Händen hielt. Wenn das Abkommen für die Anerkennung der Unabhängigkeit von Guinea und Mozambik so schnell geschlossen werden konnte, so war es mit Angola ganz was anderes. Der so revolutionär und maoistisch gesinnte Führer der UNITA erklärte andererseits lautstark aus seiner Ecke, daß "das angolische Volk noch nicht reif für die Unabhängigkeit ist" (Le Monde, 7.7.74). Kein Wunder also, daß Savimbi der erste war, auf den Aufruf des Generals Costa Gomes ("zuerst die Waffen strecken, dann verhandeln") zu antworten, und daß er dadurch die Sympathie und Unterstützung der weißen Siedler für sich gewonnen hat.

Die Beziehungen zu den europäischen Hauptstädten (vor allem Bonn), die über Soares unterhalten werden, daß Treffen zwischen Spínola und Nixon, die Kontakte zu Mobutu, schufen ihrerseits die unerläßlichen Voraussetzungen für die Anerkennung der FLNA. Zur FLNA meint sogar "Le Figaro" (28.3.75): "Weder auf militärischer noch auf politischer Ebene hätte nichts die FLNA in Angola vor der Vergessenheit gerettet, wenn Zaire und dessen westliche Verbündete (Palme des Zynismus!

Die "privilegierten Beziehungen" zwischen Frankreich und Zaire sind allgemein bekannt!) sie nicht künstlich erhalten hätten, um sie im richtigen Augenblick als einzig gültigen Gesprächspartner der Portugiesen allgemein aufzuzwingen."

Die Kehrseite dieser Politik war der Ausschluß der MPLA, dieses "roten Teufels" und "Agenten Moskaus", aus den Verhandlungen. In Wirklichkeit ist die MPLA, die seit 20 Jahren existiert, eine dieser antikolonialen Parteien, deren Einfluß auf die elenden Massen davon abhängt, inwieweit sie die politische Unabhängigkeit fordern und diese Forderung mit dem bewaffneten Kampf unterstreicht. Die Tatsache aber, daß sie sich während des Rückflusses der afrikanischen Unabhängigkeitswelle entwickelt hat, und daß die soziale Bewegung und die Guerrilla erst nach den imperialistischen Verbrechen in Kamerun und Kongo anfang, machte sie vorsichtig und zögernd im Moment der Aktion. Man muß bemerken, daß die Revolte von 1961, als die Massen aus den Slums von Luanda die Gefängnisse stürmten, um nationalistische Militanten unter ihnen viele der MPLA- zu befreien, völlig spontan ausbrach. Die Parteiführer, die bis dahin gehofft hatten, die Bewegung des bewaffneten Kampfes hinausschieben zu können, mußten der Revolte und der schrecklichen Unterdrückung machtlos zusehen. Man kann sagen, daß daraufhin die MPLA keine größerangelegte Aktion durchgeführt hat, ohne von den Massen dazu gezwungen zu werden.

Die erstickende internationale Lage, das Fehlen einer entschlossenen proletarischen Bewegung in den Metropolen, der Verrat des Stalinismus und die schwache Entwicklung der Klassengegensätze in Angola schufen den Gesamtrahmen, der es möglich machte, daß die gemäßigten Elemente irgendwie und ganz natürlich die Leitung der Bewegung übernahmen. Als zögernde Partei mußte die MPLA notwendigerweise zur Partei der zögernden sozialen Schichten werden, der Mittelschichten, der "Assimilados" und Mestizen, alles Schichten, die trotz ihrer pseudosozialistischen Rhetorik einen von Demokratismus, Legalismus und "Progress"

schismus" - deren Fallen sie nicht entkommen können-
eingeeengten Horizont haben. Deshalb konnte die MPLA unter
dem Druck ihrer "politischen Freunde" (in deren Arme sie
wegen der Abwesenheit eines proletarischen Kampfes ge-
trieben wird), d.h. der Ostblockländer, der sogenannten
"fortschrittlichen Staaten" Afrikas, des internationalen
Opportunismus, ein Abkommen mit der FLSA nicht verweigern,
was zum einzigen Ergebnis geführt hat letztere wieder auf-
zuwerten. Deshalb auch lassen sich die Führer der MPLA
vom Trugbild eines demokratischen Portugals und einer
Zusammenarbeit mit diesem täuschen. Und aus diesen Illusi-
onen haben die portugiesischen Militärs Profite ge-
schlagen.

Wenn aber Admiral Rosa Coutinho seit Ende Mai 74 die
"Intervention Zaires in Angola" offen kritisierte und
die Einfrierung der MPLA beklagte, so geschah das nicht
aus Sympathie für diese Bewegung, und noch weniger aus
Sympathie für die Massen der Muçeques (Slums) von LUanda.
Die Furcht, Angola der unmittelbaren Kontrolle der
Westmächte, ohne die Dienste der Zwischenstation Portugal,
unterstellt zu sehen, würde an sich schon genügen, um
eine solche Haltung zu erklären. Vor allem waren aber
gewisse Sektoren der MFA sich dessen bewußt, daß nur die
MPLA in der Lage war, die chronisch unter den proletari-
sierten Massen grassierende Revolte in Grenzen zu halten,
sofern man erreichen würde, die MPLA zu den Kompromissen
zu verleiten, die im übrigen ihrer Natur entsprachen.

Man mußte in der Tat auf die Volksdemonstrationen im
Mai 74, auf die vom Juli und August und auf die Streik-
welle (vor allem in den Häfen) reagieren. Der hohe
Kommissar hat die härtesten Maßnahmen gegen die "extrem-
istischen Agitatoren" ergriffen und in den afrikansichen
Vierteln permanent Repression und Einschüchterung ver-
wendet. Es war aber klar, daß dies nicht genügte,
und daß eine andere, subtilere Politik unmöglich war,
solange Spínola die Angolakte in seiner Hand behalten
würde.

Einmal der Monokelgeneral entfernt, haben sich die drei afrikanischen Bewegungen an den Verhandlungstisch gesetzt. Die MFA verfolgte dieselbe Politik wie in Lissabon: einerseits ihre Macht, den Staatsapparat zu festigen, andererseits versuchen, den Vertretern der verschiedenen Eingeborenenbewegungen ein Abkommen aufzuzwingen, was zunächst in Bombasa und dann in Alvor auf dem Papier gelang (noch bevor die MFA in Lissabon den politischen Parteien ihr Programm aufzwang) das sie mit der Bildung der Übergangsregierung beauftragte, die mit der Unabhängigkeitserklärung und Wahlvorbereitungen beauftragt werden sollte. Die Regierung existiert nur proforma und hat kein Ministerium für die Streitkräfte oder für die Außenpolitik. Wenn alles gut geht, wird Portugal seine Truppen erst sechs Monate nach den Wahlen zurückziehen. Bis dahin werden mehr portugiesische Soldaten in Angola stationiert bleiben, als die Kräfte aller afrikanischen Bewegungen zusammen. Unterdessen kann die FNLA sich des Hohen Kommissars Rosa Coutinho "entledigen", der für "viel zu links eingestellt" (!) angesehen wird und das einzige Ministerium, das etwas zählt - das Innenministerium - an sich reißen. Die MFA erhält nur Rennomiersitze. Das Ziel der Portugiesen wird aber erreicht: diese werden von der UNITA (unnötig zu erwähnen), aber sogar von der MFA als Schiedsrichter der Situation anerkannt, und zwar sowohl, daß diese Parteien im folgenden mehrmals appellieren werden, damit die portugiesische Autorität aus ihrer Passivität herauskommt. In den Muceques wird diese Politik aber mit schlechten Augen angesehen. Seit November 1974 versuchen Volksrebellionen zu verhindern, daß eine UNITA-Delegation sich in der Hauptstadt installiert. "Die Truppen der FNLA"-liest man in "Afrique Contemporaine" Januar, Februar 1975 - "helfen die Portugiesen, die Ordnung wiederherzustellen. Diese Ereignisse haben ohne Zweifel die Standpunkte der FNLA und der UNITA einander näher gebracht, die am 25.11.1974 in Kinshasa eine Vereinbarung unterzeichnet haben, um jeglicher extremistischen Eventualität zu entgegnen."

Während die Beteiligung der MPLA an der Übergangsregierung die Aktion der Volksmassen lähmt, führen die beiden anderen Parteien unter dem Vorwand des Kampfes gegen die "Diktatur" und gegen den "gottlosen Kommunismus" eine gewaltige Kampagne gegen ihre Losung von "Volksmacht". Vor allem zögern sie nicht, die Slumbevölkerung mit Hilfe der portugiesischen Streitkräfte einzuschüchtern. Ende März haben die Söldner der FNLA (die in Zaire mit amerikanischem Geld und chinesischen Beratern ausgebildet werden) 50 junge Militanten der MPLA ermordet und dann die blutigen Zusammenstöße der Karwoche und von Anfang Mai provoziert, die mehr als tausend Tote verursachten. Während im Juni neue Unruhen weitere Hunderte von Opfern forderten, erklären die Führer der MPLA noch, daß sie die Vereinbarungen von Alvor einhalten wollten, deren Klauseln in Naukuru erneuert werden, weil "die drei Bewegungen dazu verurteilt sind, sich zu verständigen" (Le Monde, 26./27.6.75)

Es ist unbestreitbar, daß der Volksaufbruch es war, der den Massenexodus der Weißen aus Angola und das Projekt der "Vielrassengesellschaft" (das Spinola und den heutigen Militärs gemeinsam ist und Portugal die besten Bedingungen für die Beibehaltung der Kommandohebel sichern sollte) über den Haufen geworfen hat. Es waren wieder die Volksmassen und das junge Proletariat der Muceques die die MPLA gezwungen haben, die jüngste Offensive gegen die FNLA auszulösen und die Hauptstadt von den den Massen verhaßten FNLA-Söldnern zu säubern. Wenn sich aber die portugiesische Obrigkeit - wie es wahrscheinlich scheint - der MPLA-Aktion nicht offen widersetzt (und könnte sie das ohne Risiko tun?) und somit den Schein der "Neutralität" erwecken kann, setzt sie nach wie vor alle Hebel in Aktion, um die Massenbewegung und die Verwandlung der Massenstreiks in eine offene Rebellion zu unterbinden. Die portugiesischen Soldaten bewachen die Straßen und die Zugänge zu den Slums und "entsprechend den erteilten Anweisungen schießen sie auf jeden bewaffneten Zivilisten" (Le Figaro, 15.7.75).

Hinter der Komödie von Lissabon, wo Soares die Regierungsunwillig bricht und sich flehend an die MFA wendet, steht einmal wieder das Drama von Luanda, wo das Übereinkommen zwischen den Parteien vom bewaffneten Zusammenstoß gesprengt wird. Wie könnte die MFA in Lissabon das Portugal von De Carvalho und Cunhal, das chauvinistische Portugal von Spinola und Soares vereinigen, wenn beide Zwillingbrüder in Luanda durch den chirurgischen Eingriff der Befreiungsbewegung entzweit werden? Wie oder gegen welche Konzessionen und Erniedrigungen würde die EG der von Lissabon so erflachten

Hilfe ausgerechnet zu einem Zeitpunkt zustimmen, wo Lissabon sich machtlos zeigt, Luanda, den besten Trumpf, zu behalten? Was werden schließlich Moskau einerseits, Washington und Peking andererseits sagen, die beide, auch auf die Gefahr einer Spaltung des Landes hin, auf dem Rücken der zwei Unabhängigkeitsbewegungen ihr Werk Vollbringen?

Die Massen von Luanda und der anderen portugiesischen Kolonien haben die Krise des Salazarismus ausgelöst und die Arbeiter von Lissabon und Setubal in die Lage versetzt, sich in Bewegung zu setzen. Während heute die pseudosozialistische Demagogie versucht, diese Breschen zu schließen, werden sie von einem erneuten Schlag der angolanischen Massen wiedergeöffnet und vertieft, so als wollten diese Massen der proletarischen Bewegung in Portugal etwas Schwung und Freiheit verschaffen. Letztere läßt sich aber weiter, wie ein Traumwandler, an den Abgrund führen. Damit sie erwacht, ist es notwendig, gegen die lähmende Propaganda und Aktion des nationalistischen Opportunismus zu kämpfen. Zum Unheil der proletarischen Bewegung in Portugal wird das von keiner Partei konsequent getan: die Maoisten haben die "dekolonisierungsversprechen" der MFA für bare Münze genommen und lassen sich von der nationalistischen und impotenten MFA-Demagogie blenden; die Trotzlisten suchen im Opportunismus ein Sprungbrett für den proletarischen Kampf, in dem Augenblick, wo die opportunistischen Parteien innerhalb und außerhalb der Regierung durch Taten beweisen, daß sie den besten Schutz der kapitalistischen und imperialistischen Unterdrückung bilden.

Gerade damit die Schläge der proletarischen und semi-proletarischen Massen der Kolonien als proletarischer Klassenkampf gegen den gemeinsamen Feind in den Metropolen widerhallt, gerade damit die unterdrückten Massen der Kolonien sich radikalisieren und auf eigene Rechnung in den Kampf eingreifen, stellt sich mit zwingender Dringlichkeit der Kampf um die Bildung der revolutionären Klassenpartei.

(aus "Il Programma Comunista Nr. 15, 26.6. 75)

BLEI UND ZIRKUS

Heute werden die Aufrufe zur "wiederherstellung der Disziplin und der Autorität" in der Armee immer dringender. Die große, mittlere und kleine Bourgeoisie, von der Krise gepackt, begnügt sich nicht mehr mit der Sterilisierung der Arbeiterbewegung; sie verlangt, daß die permanenten Unruhen aufhören. Den Bauern, die von den Versprechungen der Militärs durch das Fehlen einer Agrarreform; die den Verlust des Kolonialreiches ausgleiche, enttäuscht sind, den Mittelschichten, die von der Krise erschüttert sind; kurzum allen Kräften, die hinter der Linke marschieren, sagt die Bourgeoisie nunmehr, daß das "revolutionäre Projekt eines Teils des Proletariats von Lissabon und Alentejo" an allem schuld ist. Die "Gruppe der Neun", die die Struktur und den Vertretungsanspruch der MFA-Organen in Frage stellt, versucht ihre Kräfte im nationalen Maßstab zu organisieren, und appelliert gleichzeitig an Europa.....

Wenn die Copcon-Offiziere und die MFA-Versammlung bis heute zu keinem Übereinkommen mit Melo Antunes kommen konnten, so ist das nicht auf einen Mangel an Versuchen, sondern darauf zurückzuführen, daß dieser auf seine Bedingungen besteht. Heute noch, während die KP die "Einheit der Streitkräfte" als Voraussetzung für eine neue Harmonie ansieht, verhandelt jeder mit jedem: der "Kommunist" Cunhal mit dem "Sozialisten" Soares, der "revolutionär" Goncalves mit dem "Reaktionär" Gomes, der "Radikale" Carvalho mit dem "Gemäßigten" Antunes. In diesem Kontext sind die Annäherung von KP und Copcon, sowie die "Einheitsfront des Volkes" der KP und Linksradikalen eher eine schau nach dem parlamentarischen Muster, um auf die MFA Druck auszuüben und einen besseren Kompromiß mit Melo Antunes und seinem Bündnispartner Soares (man muß Lakai seines Herrn sein: Sozialdemokratismus verpflichtet und Deutschland empfiehlt es!) zu erzielen und keineswegs die Bildung einer Macht, die sich der Militärhierarchie entgegensetzen könnte....

Die Arbeiterklasse wurde durch die Tätigkeit des Opportunismus in die schlechtestmögliche Lage versetzt, um die Schläge abwehren zu können. Es wäre illusorisch zu glauben, daß diese Schläge durch das Einsteigen der extremen Linken in den Zug des "Sozialismus in Uniform" abgelenkt werden könnten. Dieses Bündnis kann im Gegenteil nur dazu führen, daß der "Rechtsruck" unfolge einer totalen Lähmung des Proletariats "sanfter" vor sich geht.

Wenn durch Unglück die portuguesische Posse sich in eine neue proletarische Trgödie verwandeln sollte, hätte es keinen Wert in alle Welt hinauszuposaunen, daß die Reaktion oder die MFA - die ihre Verpflichtungen nicht respektiert hätte - schuld gewesen seien. Die erdrückende Verantwortung würde bei dem Opportunismus, sowohl dem stalinistischen als auch dem linksradikalen, liegen.

(Auszüge aus "Le Proletaire, Nr. 262
6.9.1975

DIE ILLUSION DER "VOLKSMACHT"

Gewisse Leute vergleichen gern das Portugal vom 25. April mit dem Rußland vom Februar 1917. Eine der geläufigsten und zugleich falschesten Parallelen wird zwischen den Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten und den gegenwärtigen portugiesischen "Räten" gezogen. In diesen "Räten" möchte man die Grundlage und den Keim einer "Volksmacht" erblicken. Dieser Vergleich ist aber grundfalsch (vom verschwommenen Begriff "Volksmacht" ganz zu schweigen).

Die russischen Sowjets waren territoriale Organisationen, die als Ergebnis eines siegreichen bewaffneten Aufstandes entstanden waren. Dieser Aufstand (Februar 1917) hatte eine zweiköpfige Macht, eine Situation der Doppelherrschaft ins Leben gerufen. Die Arbeiter, und mit ihnen die Soldaten, marschierten mit den Sowjets, von denen sie dringende Maßnahmen erwarteten, Die Fabrikbesitzer, Großgrundbesitzer, Freiberufliche, höhere Beamten und Offiziere marschierten mit der provisorischen, parlamentarischen demokratischen Regierung, die sich in der Duma gebildet hatte. Ohne Einwilligung der Sowjets konnte aber die Duma nicht viel unternehmen. Diese Doppelherrschaft war Zeugnis dafür, daß die Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts so weit ging, eine Kluft im gesellschaftlichen Überbau und im Staat zu erzeugen.

Die "Revolution der Nelken" in Portugal ist nicht aus einem Volksaufstand hervorgegangen, sondern aus einem Staatsstreich, der von einer Offiziersorganisation mit der stillschweigenden Einwilligung des Staatsapparates und der wohlwollenden Ermunterung der nationalen und internationalen

Bourgeoisie durchgeführt wurde. Dieser Putsch verfolgte ein doppeltes Ziel: der Gefahr einer Volksbewegung vorzubeugen und die Einheit der Streitkräfte, das Fundament der Macht, zu wahren, und andererseits die "koloniale Frage" zu lösen.

Es war nur zu normal - und dies konnten die herrschenden Klassen nicht verhindern -, daß die Arbeiterbewegung, deren Kämpfe seit einigen Jahren zunahmen, die durch den Kolonialkrieg und die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Frage des Regimewechsels verursachten Breschen ausnützt, und sich in Fabriken, Stadtteilen und sogar Kasernen (war ja der Widerstand gegen den Kolonialkrieg das auslösende Moment für die Ereignisse) sich zu organisieren versucht. Diese Organisationsbestrebungen sind für den proletarischen Kampf von großer Bedeutung, sie erlauben jedoch keineswegs, von Machtkeimen zu sprechen. Die russischen Sowjets waren revolutionäre Organisationen, eine Angriffsmacht gegen den Staat. Die Organisationskeime in Portugal entstanden auf der Ebene des Widerstandes gegen das Kapital, auf der Ebene des täglichen Verteidigungskampfes und nicht des allgemeinen Kampfes gegen den Kapitalismus.

Das will nicht heißen, daß diese Organisationen für alle Ewigkeit auf diese Rolle beschränkt sind, oder daß sie prinzipiell keinen politischen oder sogar revolutionären Charakter annehmen können. Es gibt aber Politik und Politik. Es gibt reformistische Politik des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens mit dem kapitalistischen Staat, und es gibt revolutionäre Politik des Kampfes gegen diesen Staat. Die Bourgeoisie mit ihrer langen Herrschaftserfahrung weiß das genau so gut wie die Marxisten.

Die Organisationen, die durch Arbeiterunruhen und auf der Ebene des Tageskampfes entstehen, können nicht von sich aus und spontan über eine Politik der Reformen und Verbesserungen der Lage der Arbeiter hinausgehen. Wir Marxisten sind die letzten, die unter dem Vorwand, sie seien zum Reformismus und Konservatismus verurteilt, sagen, daß man diesen Zielen den Rücken kehren muß. Man muß aber stets klar vor Augen haben, daß sie keineswegs mit der bürgerlichen Ordnung unvereinbar sind. Im Gegenteil, die Politik, die sich auf diese Ziele beschränkt, ist der Stützpunkt der Handlanger der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse, des Opportunismus. Dieser verspricht den Arbeitern, durch eine bedingungslose Unterstützung der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates Reformen zu erreichen, er macht sich zum Verbündeten der Bourgeoisie. In Portugal wird dieses Bündnis noch durch eine lange koloniale Tradition gestärkt.

Und man erzähle uns nicht das Mätzchen, daß man mit dieser Politik Schluß macht, wenn man die Kontrolle der Produktion fordert und "Kontrollorganisationen" unterstützt, die infolge der Flucht von unzähligen bankrottgegangenen Unternehmern entstanden sind. Diese Organisationen können sich nicht ohne weiteres auf eine nicht-kapitalistische Ebene stellen. Die Geschichte hat schon gezeigt, daß selbst in anderen Situationen, wo die Tendenz zur Produktionskontrolle sehr tief war, die Forderung der "Kontrolle" zu einer leeren Phrase und sogar zu einem lähmenden Faktor werden kann, wenn sie von der Kardinalfrage der politischen Macht getrennt wird. Die Bourgeoisie weiß genau, daß ohne politische Macht keine Kontrolle möglich ist, und wenn sich die Arbeiter auf die Frage der Kontrolle als alläinseligmachendes Mittel ablenken lassen, konzentriert sie sich auf die Stärkung der eigenen Macht, des eigenen Gewaltapparates. (1)

Die andere Politik, die revolutionäre Politik, ist eine Politik der vollständigen und bedingungslosen Opposition zu jeder Regierung, solange der bürgerliche Staatsapparat nicht zerstört ist. Um aber den bürgerlichen Staat zu zerstören, muß man die Militärhierarchie, den zentralen Pfeiler des Staates, zerstören. Damit sich nun die Arbeiterorganisationen auf die Ebene des allgemeinen Kampfes gegen den Staat begeben, sind nicht allein allgemeine revolutionäre Bedingungen, eine Erschütterung des Staates durch die Schläge des proletarischen Kampfes, erforderlich. Die organisierte Arbeiterklasse muß auch eine EINHEIT DES WILLENS, DER RICHTUNG UND DER AKTION haben: sie muß von einer revolutionären Partei geführt werden.

Kommen wir jetzt auf die russischen Sowjets zurück. Die Sowjets waren bewaffnet und zogen die Masse der Arbeiter und Soldaten hinter sich. Sie waren von einem wirklich revolutionären Geist beseelt. Und dennoch, als sie unter Führung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre waren (Leute, die in den Augen von Cunhal und Soares als gefährliche Extremisten erscheinen würden), traten sie jeden Tag ihre Macht mehr und mehr an die provisorische Regierung der Bourgeoisie ab, bis zu dem Punkt, wo sie ganz einfach zu einem Anhängsel dieser Regierung wurden. Damit sie aus ihrem Dämmer Schlaf erwachten und wirklich revolutionäre Organe wurden, die imstande waren, ein für allemal mit der bürgerlichen

(1) Siehe "Lenin und die Lösung der 'Arbeiterkontrolle'", in Bulletin Nr. 9

Macht zu brechen, bedurfte es der Episode des Kampfes gegen Kornilow und der entschiedenen Aktion der Bolschewicki, die die provisorische Regierung ständig bekämpften und klar zeigten, daß die dringenden Fragen (der Friede, die Agrarfrage) nur von einer Regierung der Sowjets gelöst werden konnten. In seinem Buch "TERRORISMUS UND KOMMUNISMUS" (Anti-Kautsky), das heute selbst von Leuten, die sich auf den Autor berufen, mit Schweigen verhängen wird, zieht Trotzki die Schlußfolgerungen: "Man hat uns vielfach vorgeworfen, wir hätten die Diktatur der Sowjets nur vorgetäuscht, in Wirklichkeit aber eine Diktatur unserer Partei verwirklicht. Dabei kann aber mit vollem Recht gesagt werden, daß die Diktatur der Sowjets nur möglich geworden ist vermittels der Diktatur der Partei: DANK DER KLARHEIT IHRER THEORETISCHEN ERKENNTNIS UND IHRER FESTEN REVOLUTIONÄREN ORGANISATION SICHERTE DIE PARTEI DEN SOWJETS DIE MÖGLICHKEIT, SICH AUS FORMLOSEN PARLAMENTEN DER ARBEIT IN EINEN APPARAT DER DER HERRSCHAFT DER ARBEIT ZU VERWANDELN. In dieser "Unterschiebung" der Macht der Partei an Stelle der Macht der Arbeiterklasse liegt nichts Zufälliges und dem Wesen nach ist auch durchaus keine Unterschiebung vorhanden. Die Kommunisten bringen die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Es ist ganz natürlich, daß in der Periode, wo die Geschichte diese Interessen in vollem Umfange auf die Tagesordnung setzt, die Kommunisten die anerkannten Vertreter der Arbeiterklasse als Ganzes werden" (S. 88/89, von uns hervorgehoben). Selbsverständlich ist die Eroberung der proletarischen Organisationen durch die Partei nur in einer Periode von höchster revolutionärer Spannung möglich. Außerdem ist diese Eroberung nicht zwangsläufig in allen Organisationen der Klasse vor der Machtübernahme möglich. Die Organe des Aufstandes werden aber machtlos oder leicht besiegbar sein, wenn sie sich keine EINHEITLICHE FÜHRUNG geben. Diese fällt nicht vom Himmel, und nur Leute, die einen Widerspruch zwischen der Massenorganisation und dieser einheitlichen Führung künstlich zu konstruieren versuchen, sind unfähig zu verstehen, daß die Partei die organisierten Massen im Laufe des Klassenkampfes erobert, weil sie sich durch ihre Aktion in den aufeinanderfolgenden Zusammenstößen mit dem Feind am fähigsten erweist, den Massenorganisationen die größte Kampfkraft zu geben, und weil sie eine sichere Antwort auf die Forderungen der proletarischen Massen gibt.

Diese Wahrheit ist durch die ganze historische Erfahrung der revolutionären Welle der Jahre 1917-23 bestätigt sowie durch die schreckliche Konterrevolution, die unter der Losung "Sozialismus in einem Land" die proletarische Bewegung vernichtete. Es gibt

keine Arbeiterorganisation, Sowjet oder Gewerkschaft, geschweige denn Fabrikrat, die ohne Führung der wirklichen kommunistischen Partei es verhindern könnte, durch reformistische, sozialdemokratische, stalinistische oder syndikalistische Führungen in den Dienst der Bourgeoisie gestellt zu werden. Schlimmer noch: wenn keine revolutionäre, organisierte kommunistische Minderheit in diesen Organisationen tätig ist, sind sie nicht einmal in der Lage, sich dem opportunistischen Zerstörungswerk zu widersetzen, das darauf hinausläuft, sie von ihrer ganzen Klassensubstanz zu entleeren und zu Transmissionriemen der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates zu machen. Nicht aus Schwachsinn stellte sich die russische Bourgeoisie hinter die Losung Miliukows: "Die Sowjets ja, aber ohne die Bolschewicki!".

Zweifellos ist die portugiesische Bourgeoisie das Produkt eines rückständigen Kapitalismus. In politischer Hinsicht hat sie aber die Schule ihrer Vorfahren durchlaufen und sich deren Erfahrung angeeignet. Sie zeigt ein ziemlich hohes "Verantwortungsbewußtsein" für die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung nicht nur in Portugal und in ihrem alten Kolonialreich, sondern sogar auf europäischer wenn nicht afroeuropäischer Ebene.

Die portugiesische Bourgeoisie konnte die durch den Zusammenbruch des Kolonialreiches und durch die notwendige Modernisierung des portugiesischen Kapitalismus hervorgerufene Gärung und Organisationsbemühungen der Arbeiter nicht verhindern, zumal in einer weltweiten Krisenatmosphäre, die die Schwierigkeiten der schwächeren Länder verschärft. Ihr Problem bestand darin, die Unruhen in Schranken zu halten, die sich mit der bürgerlichen Ordnung vereinbaren ließen. Es mußte verhindert werden, daß sich die Bewußtseinsfunken, die notwendigerweise aus den Kämpfen entstehen, in Klassenbewußtsein des unerbittlichen Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Staat und allen, die diesen Staat unterstützen, einerseits und den Interessen der proletarischen und halbproletarischen Massen andererseits, verwandelten.

So wird in Portugal die "revolutionäre" Phrase - und das ist alles, was in der portugiesischen Situation "revolutionär" ist - geduldet und auch absichtlich benutzt, um die Arbeiter einzuschläfern. Hinter den "sozialistischen" Fanfaren verbirgt sich die Stärkung des bestehenden Staates, dessen brutale Gewalt immer dann auftritt, wenn die Lüge ausgespielt hat, oder besser wenn sich die Phrase mit der Wirklichkeit konfrontiert sieht.

Die Einheit der Macht ist der Garant für alles, die absolute Brdingung für die Stabilität des Regimes. Nun stützt sich der Staat vor allem auf die Streitkräfte. Und die EINHEIT DER STREITKRÄFTE ist das oberste Prinzip der MFA, der bürgerlichen Parteien und der Pseudo-Arbeiterparteien. Die wesentliche Rolle in der Wahrung dieser Einheit spielt die MFA. Au der Grundlage dieser Einheit stellt sich dann die Aufgabe, die Arbeiterforderungen zu zügeln, und hier spielt der Opportunismus mit der KPP an der Spitze die Hauptrolle. Er muß den Arbeitern plausibel machen, daß ihre Forderungen nur erfüllt werden können, wenn es der Wirtschaft gut geht, daß sie also als Gegenleistung für die Beendigung des Kolonialkrieges die "unerläßlichen Opfer" akzeptieren müssen. Das ist es, was die MFA in ihrem Dokument vom 21. Juni 1975 "Politik der Wahrheit" nennt. Schauen wir uns die Hauptlinien einer solchen Politik an: a) Mäßigung in den Lohnerhöhungen, b) Kürzung des Importvolumens, c) Kürzung des Konsums, d) Steigerung der Produktion. Kurzum, es soll WENIGER VERDIENT UND DAFÜR MEHR GEARBEITET WERDEN. Es ist im Rahmen dieses Programms, daß man zu "lokalen Mobilisierung für die Entwicklung" in der goldenen Verpackung der "durch die Arbeiter organisierten Produktionskontrolle" aufruft. Nicht umsonst sitzt die KP, trotz Streitigkeiten und Zwiste, in allen Regierungen, auch in denen wo sie die Anwesenheit von "Faschisten und Reaktionären" feststellt. In diesem Punkt sind sich alle einig: "die KP hat eine Rolle zu spielen". Kein Wunder, denn sie hat als Programm: a) Einheit der Streitkräfte, b) Einheit MFA-Volk, c) Reformen, d) Sparsamkeit.

In einer historischen Situation, die die Arbeiter zur Erkenntnis führt, daß ohne den Kampf mit den eigenen Waffen kein Widerstand gegen die stndige Verschlechterung der Lebensbedingungen möglich ist, in einer solchen Situation reicht ein Einfluß auf die Arbeiter nicht aus, um sie von der Notwendigkeit der "Sparsamkeit" zu überzeugen. Die Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft, abgesehen von der Demagogie der Sozialisten, zeigte sehr deutlich, daß die Kontrolle der neuerdings demokratisch geschmückten offiziellen Gewerkschaft nicht ausreicht, um die Arbeiter zu kontrollieren. Man muß darüber hinaus noch jeden Keim von neuer Organisation kastrieren, indem man den Extremismus bekämpft und die Masse der Proletarier in einem Ohnmachtzustand läßt, der darauf hinausläuft, daß sie die Opfer als kleineres bel akzeptiert:

Das bereits zitierte Leitdokument der MFA ist in dieser Hinsicht sehr klar. Zunächst muß die Repression gegen

alle, die die heiligen Prinzipien der "Revolution vom 25. April" nicht buchstäblich respektieren, vorbereitet werden:

"2.3. Die Notwendigkeit, mögliche Aktionen von geheimen und bewaffneten Gruppen und Organisationen mit der gebotenen Härte zu unterdrücken, zwingt dazu, ein Sondergesetz zu erlassen". Nebenbei gesagt handelt es sich um das Gesetz, das die Regierung Azevedo z.Zt. durchbringen will, ein Gesetz das sich angeblich gegen die "Konterrevolutionäre" richtet: aus Erfahrung weiß man aber, daß für die pseudosozialistischen Demagogen und für den Opportunismus all das konterrevolutionär ist, was gegen die bestehende Ordnung (die "Revolution" getauft wurde) zu protestieren wagt. Übrigens kommt unmittelbar nach diesem Paragraphen der folgende Punkt:

"2.4. Der Kampf gegen den Linksextremismus muß hauptsächlich auf ideologischer Ebene ausgetragen werden, um die gutwilligen Elemente zurückzugewinnen(...) Wenn es aber notwendig ist, werden die verschiedensten Formen der Repression einschließlich der bewaffneten Aktion gegen solche Gruppen und Organisationen eingesetzt, die durch ihre Aktion die öffentliche Ordnung systematisch stören und den Aufbau des Sozialismus auf pluralistischem Weg behindern". Deutlicher kann man sich nicht ausdrücken. Das hinderte die Immediatisten (2) aber nicht daran, in diesem Dokument einen positiven Aspekt zu finden, nämlich daß das Dokument die Tür für die Organisierung einer "Volksmacht" offen ließe. Hier also der berühmte Paragraph, der Anlaß zu solcher Hoffnung gibt und, inmitten von gut Hundert Artikeln im Stil der bereits zitierten, fast untergeht:

"4.4. Verbindung zwischen der Mfa und den einheitlichen Basisstrukturen des Volkes: die MFA betrachtet in der gegenwärtigen Phase der Revolution die Stärkung und die "Dynamisierung" der Basisstrukturen des Volkes als äußerst wichtig, ja selbst als entscheidend, da sie ein ausschlaggebender Faktor für die Einheit des Volkes und für die Überwindung der auf der Ebene der politischen Strukturen bestehenden Widersprüche sind".

Zu diesen Einheitsstrukturen zählt die MFA nicht nur die spontan aus dem Kampf entstandenen Organisationen wie die "Arbeiterausschüsse" und die "Mieterausschüsse", sondern auch das ganze Sammel-sorium von Organisationen wie "Volksversammlungen" und "Komitees zur Verteidigung der Revolution", die durch und durch unter Einfluß und Initiative des Staates entstanden sind. Für unsere, wie durch

Wunder zum Sozialismus bekehrten Militärs ist jedoch klar, daß sich die Einheit der Volkstrukturen unabhängig von den Parteien und selbstverständlich vor allem unabhängig von den Parteien der extremen Linken bilden muß. Diese wird man mit aller Härte bekämpfen, wenn sie versuchen, eine dem Staat widersprechende Politik in diese Organismen hineinzutragen. Wie der Admiral Rosa Coutinho sehr klar ausdrückte, muß der "portugiesische Sozialismus" " AUF BASISORGANISATIONEN BERUHEN, DIE UNABHÄNGIG VON DEN PARTEIEN SIND. LETZTERE MUSS IN SICH DARAUf BESCHRÄNKEN, EINE PÄDAGOGISCHE ROLLE ZU SPIELEN". (Le Monde, 23.9. 75)

Letztenendes besteht das erklärte Ziel in der Integration dieser Organisationen in den Staat. Die Losung der "Unabhängigkeit von den Parteien" ist nur eine Umschreibung des Gesetzes der sozialen Trägheit, für deren Erfüllung die MFA kämpft: " KEINE FÜHRUNG DURCH PARTEIEN = FÜHRUNG DURCH DEN STAAT".

+++

Wir haben am Anfang des Artikels gezeigt, daß der Vergleich zwischen den russischen Sowjets von 1917 und den portugiesischen "Räten" von heute in keiner Hinsicht möglich ist. Die russischen Sowjets waren Ausdruck eines klaren Bruches mit dem Staatsapparat und demzufolge auch mit der Militärhierarchie, sie waren es objektiv, trotz der menschewistischen-sozialrevolutionären Führung, die sie zum Kompromiß und zur Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat führen wollten. Die portugiesischen "Räte" sind Randorganisationen, die als Anhängsel der MFA entstanden sind. Wir werden in einem ergänzenden Artikel (siehe "Illusion der Volksmacht") auf diese Gegenüberstellung der russischen Situation von 1917 mit der portugiesischen Situation nach dem 25. April zurückkommen. Hier galt es vor allem, die portugiesischen "Volksorganisationen" in Zusammenhang mit der Politik der portugiesischen Bourgeoisie zu untersuchen.

-
- (2) Bezeichnung für alle Gruppen, die bewußt oder unbewußt nach der Devise von Bernstein ("Die Bewegung ist alles") handeln und demzufolge der unmittelbaren Wirklichkeit verhaftet bleiben und über die Tagesereignisse nicht hinausblicken können.

Wir haben gesehen, daß es der Bourgeoisie nicht darum gehen konnte, die Agitation und die Organisationsbemühungen der Arbeiter (und dasselbe gilt für die landlosen Bauern und die proletarisierten Schichten der Kleinbourgeoisie) offen zu bekämpfen. Es ging vielmehr darum, sie in den Zustand der Phrase, der bürgerlichen Arbeiterpolitik gefangen zu halten und zu sterilisieren. In anderen Artikeln wurde auch bereits gezeigt, wie sich beide Aspekte, die "revolutionäre" Phrase und die bürgerliche Arbeiterpolitik (oder m.a.W. rechter und linker Opportunismus) sich ergänzen und gegenseitig bedingen.

Die Übereinstimmung aller politischer Fraktionen der herrschenden Klasse (einschl. der "kommunistischen" Partei) hinsichtlich der allgemeinen Zielsetzung und der allgemeinen Aktionsrichtlinien schließt keineswegs Meinungsverschiedenheiten und manchmal schwerwiegende Divergenzen aus. Aufgrund historischer Bindungen, ökonomischer Interessen, staatspolitischer Abhängigkeiten gegenüber dem Ausland und nicht zuletzt in Sachen der zu verfolgenden Wirtschaftspolitik, um die Wirtschaftskrise zu überwinden und den portugiesischen Kapitalismus zu erneuern, spaltet sich die herrschende Klasse in verschiedene Flügel, die sich wegen der komplexen Zusammenwirkung all dieser Faktoren jeweils voneinander entfernen, annähern und neubilden. In diesem Punkt besteht aber absolute Einstimmigkeit: Unantastbarkeit des Staatsapparates, Einheit der Streitkräfte, Notwendigkeit der sozialen Stabilität.

Wir wollen jetzt die Frage untersuchen, wie sich die Parteien und Gruppen, die den Anspruch erheben, Bourgeoisie und offiziellen Opportunismus revolutionär zu bekämpfen, sich in Wirklichkeit gegenüber dem Klassenfeind verhalten.

Es ist zwecklos, näher auf die maoistische Strömung einzugehen. Sie besteht zwar auf der Notwendigkeit der Parteiführung, stellt diese Partei aber mehr oder weniger offen in den Dienst einer der politischen Fraktionen der Bourgeoisie. So hat sich die PCP (ml) im letzten Sommer mit der Losung der "antisozialfaschistischen und antisozialimperialistischen Offensive" hinter die sozialistische Partei von Mario Soares gestellt und das Treiben der reaktionären katholischen Kräfte begrüßt. Gleichzeitig stimmte die PCP (ml) der Richtung des "Revolutionsrates" zu, der "einen politischen Aktionsplan zum Kampf für die nationale Unabhängigkeit festgelegt hat, der sich klar gegen die Ziele des russischen Sozialimperialismus wendet" ("O Novo Militante", Nr. 18, August 1975).

Die MRPP scheut sich ihrerseits nicht davor, die sozialistische Partei im Namen "der demokratischen Einheitsfront des Volkes" als einen Vertreter der "liberalen Bourgeoisie" hinzustellen, "die zwar ein

Bündnis mit den Faschisten eingehen kann, andererseits aber in der Lage ist, dem revolutionären Proletariat ein Bündnis zur Bekämpfung des Sozialfaschismus anzubieten", während die PPD als "Vertreter der europäischen - und nicht der amerikanischen - monopolistischen Großbourgeoisie" anzusehen wäre ("Luta Popular", Nr. 109, 6.10.75), was in der mächtigen maoistischen Dialektik den Leser zur Schlußfolgerung führen muß, daß man sich im Kampf gegen die "Supermächte" mit der PPD verbünden kann.

Die charakteristischste Gruppierung in der heutigen portugiesischen Situation scheint uns die FUR (Revolutionäre Einheitsfront) zu sein. Es handelt sich um eine Zusammenwürfelung von Parteien, die von spontaneistischen Gruppen wie der PRP-BR und der LUAR, die eine terroristische Aktion gegen den Salazarismus geführt haben, bis hin zu Parteien reicht, die dem offiziellen Reformismus nahestehen, wie die MDP (die schon an der Regierung beteiligt war), die FSP oder auch die selbstverwalterische MES. Auch die trotzkistische LCI gehört dazu. (1)

Es ist die FUR (3), die sich zum echten Sprachrohr der von der MES theoretisierten "Volksmacht" macht. Sie setzt sich als Ziel, "zu ermöglichen, daß die Anstrengungen aller Revolutionäre vereint werden, um die Stärkung, Verallgemeinerung und Koordinierung der Organismen der Volksmacht voranzutreiben. Die FUR setzt sich nicht an Stelle der autonomen Organisation der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen. Die Rolle der FUR ist es, dazu beizutragen, daß sich die Organe der Volksmacht immer mehr als grundlegende Organe für die Machteroberung durch die Arbeiter behaupten" (Manifest der FUR, 10.9.75).

Während die Losung der Bourgeoisie lautet: "Vor allem darf keine Partei die Arbeiterorganisationen kontrollieren", glauben unsere "Revolutionäre", keine bessere Garantie für die Selbständigkeit dieser Organisationen liefern zu können, als im Chor zu schreien: "Vor allem keine Partei!". Selbstverständlich, sagt die MES, "Müssen die politischen Organisationen dort anwesend sein", aber "es ist grundlegend, daß ihr unparteilicher Charakter festgelegt wird" (Manifest vom 3.7.75). Die PRP-BR ist noch deutlicher: "Jede autonome Organisation ist ein Selbstzweck. Was

(3) Die dritte Kraft der portugiesischen extremen Linke, die spontaneistischen "Marxisten-Leninisten", deren repräsentativste Gruppe die UDP (demokratische Volksunion) ist, hat Positionen, die zwischen dem Antisozialfaschismus und dem Kampf für die "Volksmacht" schwanken. So ist es z.B., daß die Gruppe "1. Mai" die Gründungsvereinbarung der FUR vom 25.8.75 unterzeichnet hat. Es scheint auch, daß Offiziere der UDP

die Gewerkschaften angeht (das gilt aber für alle Organisationsformen (4)), glauben wir, daß sie alle Arbeiter organisieren müssen, und keineswegs Werkzeug einer politischen Partei - welche sie auch sei - werden dürfen" (Manifest vom 3.7.75). Die Trotzlisten der LCI erlauben sich ihrerseits den Luxus, der PRP-BR vorzuwerfen, sie sei nicht eindeutig genug in der Verurteilung der Führungsrolle der Partei: "Höchste Ironie. Nach der Plattform der revolutionären Räte ist es die Partei (Pkt. 3), die die Diktatur des Proletariats ausüben wird (Pkt. 4 und 5), während man behauptet, UND ZU RECHT, DASS DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS NICHT DIE DIKTATUR EINER PARTEI SEIN KANN, SONDERN DIE DIKTATUR EINER KLASSE" (Luta Proletaria", Nr. 13, 1.5.75, von uns hervorgehoben).

das Dokument der COPCON mit Hilfe von Mitgliedern der PRP-BR verfaßt haben, was die UDP aber nicht daran hinderte, bei der Demonstration vom 27.8. nicht an der Seite der FUR sondern an der Seite der PS und der MRPP gegen Goncalves und Corvacho zu marschieren.

(4) "Die CRTSM" (Revolutionäre Räte der Arbeiter, Soldaten und Matrosen), schreibt die PRP-BR in einer undatierten Broschüre, "werden dank der Wahlen nicht zum Eigentum einer Partei werden können. Das will nicht heißen, daß die Parteien in der sozialistischen Revolution keine wichtige Rolle zu spielen hätten. Sie haben die Aufgabe, ihre Militanten ideologisch zu organisieren, damit sie der Klasse ihre Vorschläge unterbreiten. Es wird aber allein Sache der Klasse sein, zu entscheiden, was ihr passt, und nicht irgendeiner Clique" ...

Die Rolle der Klassenpartei, die der Marxismus theoretisch begründet und die Erfahrung aller proletarischen Klassenkämpfe bestätigt hat (5); wird durch eine Art parlamentarische "Arbeiterdemokratie" ersetzt, diese wiederum zu einer jämmerlichen "Verfassungsklausel" herabgesetzt: die berühmte-berühmte "Dynamik der realen Bewegung" würde die ganze Arbeiterklasse spontan zum Bewußtsein, zur Disziplin und zur Aneignung der Kunst des Aufstands führen; die Partei müßte nur eine Form (besser gesagt, eine Schablone) erfinden und begünstigen, die diese Dynamik in geeigneter Weise zum Ausdruck bringt: im Rahmen dieser Zauberform würde alles von alleine gehen. Jeder hat also sein Rezept parat: die PRP-BR hat ihre "Revolutionären Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte", die MES und die LCI bestehen auf den "Volksversammlungen", aus denen eine "Nationale Volksversammlung" hervorgehen würde usw. Dabei bedenkt man gar nicht, daß diese Organismen, die die Klassenautonomie garantieren sollen, in Wirklichkeit gar nicht existieren! Der Klassenkampf hat sich nun einer ideellen Verfassungsform anzupassen und fertig! Und wenn die soziale Bewegung eine Niederlage erleidet, liegt die Lehre neben dem Rezept parat: entweder war die Bewegung unzulänglich, um sich diese Wunderformen zu geben, oder aber hat eine Partei das Verbrechen begangen, die "Autonomie" der Klasse zu verletzen!

Wie steht es aber in Wirklichkeit mit der von der FUR somit garantierten Autonomie? Man weiß, daß die FUR am 25. August aus einer Initiative der MFA entstanden ist. Sie setzte sich aus ihren jetzigen Gruppen und der PCP zusammen. Ihr erster öffentlicher Auftritt war eine Kundgebung für die Unterstützung der V. provisorischen Regierung. Die LCI hat zwar gesagt, daß sie mit der Losung dieser Kundgebung nicht einverstanden war, weil die Regierung Goncalves eine "Regierung der Klassenkollaboration" war (Luta Proletaria, 12.9.75); auch wenn sie dadurch ihre Seele gerettet haben mag, die "Autonomie" der Bewegung hat sie nicht gerettet.

Schauen wir uns den ersten Paragraphen der Vereinbarung vom 25. August an: "Das Dokument der COPCON und das Dokument 'Programmatische Aktionslinie und Übergangsaufgaben' bilden eine gültige Arbeitsgrundlage für die Ausarbeitung eines revolutionären politischen Programms". Gehen wir zu Paragraph 4 über: "Die Schaffung

(5) siehe unsere Broschüre "Die Frage der revolutionären Partei" (Thesen des 2. Kongresses der Komintern, "Partei und Klasse", "Partei und Klassenaktion", "Proletarische Diktatur und Klassenpartei")

einer Einheitsfront, die die revolutionären Parteien und anderen revolutionären Organisationen, die revolutionären Militanten, die MFA und die autonomen Organisationen der Volksmacht (auf die sich das Leitdokument des Bündnisses Volk-MFA bezieht) vereint, bildet einen Ausgang für den revolutionären Prozeß". Die Berufung auf eine Kontinuität mit dem Programm der MFA wird von der MES ("Poder Popular", Nr. 9) noch deutlicher unterstrichen: "Die MES billigt die IV. provisorische Regierung nicht ((ach, die diplomatische Sprache der Autonomie und der Volksmacht!)), weil diese Regierung die wichtigsten Errungenschaften des werktätigen Volkes in Frage stellen wird. In der Tat, die Legitimierung und die Anregung zur Volksmacht, die die MFA-Versammlung im Leitdokument des Bündnisses Volk-MFA gebilligt hatte, werden im Regierungsprogramm von Pinheiro de Azevedo beiseite gelassen, wo nur die programmatischen Dokumente der MFA, das Programm, der Pakt und der Aktionsplan berücksichtigt werden, alles mißverständliche und widersprüchliche Texte, die von den Kämpfen (...) bereits überholt wurden". Als ob die Dokumente, auf die sich die FUR beruft, nicht mit den anderen ein Ganzes bildeten, wie wir schon gezeigt haben, genauso wie für die Bourgeoisie die demokratische und pseudosozialistische Ideologie mit der Stärkung der Unterdrückungsmaschine ein Ganzes bildet.

In "Poder Popular" vom 16. Oktober erklärt die MES z.B., daß man nicht versuchen soll, das Image der MFA neu aufzupolieren. Die MFA wird als "bürgerliche demokratische Organisation" angesehen, als "Offiziersorganisation, deren Zeit hinter uns liegt", und die "die Bedingungen geschaffen hat, damit sich die wahren Vertreter des sozialistischen Aufbaus (...) organisieren, um für ihre Emanzipation zu kämpfen". Damit wird aber ganz deutlich, was die berüchtigte "Autonomie" wert ist: man will sie erkämpfen und bewahren auf der Grundlage des Programms einer "...bürgerlichen demokratischen Organisation"!

Die FUR fordert die Auflösung der konstituierenden Versammlung und die Bildung einer REVOLUTIONÄREN EINHEITS-REGIERUNG, die sich auf die Organisationen der Volksmacht stützen soll. Es wird aber wie immer nichts darüber gesagt, wie eine solche revolutionäre Regierung entstehen kann. Wenn ein FUR-Mitglied versucht, darüber näheres zu sagen, wird klar, welche "Autonomie" eine solche Regierung gegenüber dem bestehenden Staat genießen wird. So die LCI, die eine Regierung anstrebt, "die imstande ist, die Forderungen der Massen zu erfüllen, die Arbeiter zu bewaffnen, die kapitalistische Reaktion ein für allemal zu zerstören", aber hinzufügt: "diese Aufgaben kann allein eine Arbeiterregierung der Volkseinheit erfüllen, die ein wirklich antikapitalistisches Programm hat, die imstande ist, Organisationen

der Arbeiter- und Volksmacht zu entwickeln und durch diese kontrolliert zu werden; allein eine solche Regierung kann die Massen auf dem Weg der Zerstörung des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft unterstützen (...)"

Abgesehen von der geradezu wahnsinnigen Vorstellung einer Regierung des bürgerlichen Staates, die bei der Zerstörung dieses Staates (und der kapitalistischen Gesellschaft! wozu braucht man dann aber neue Organisationen?) mitwirkt, abgesehen also von dieser Rückkehr zu vormarxistischer Ideologie, muß man feststellen, worauf die Klassenautonomie gerade in den Worten der Frontpartei herabgesetzt wird, die am offensten die Macht für die Arbeiter und nicht für das Volk fordert: auf die Forderung nach einer Regierung, die so nett sein möchte, die Organe zu entwickeln, die sie kontrollieren werden! Denn man muß sagen, daß der bürgerliche Staat immer noch da ist; sein Apparat, auch wenn er in seinem Funktionieren erschüttert und behindert ist, steht immer noch aufrecht: der Staat kontrolliert also alle Handlungen dieser Regierung; eine "Kontrolle" durch Organisationen der "Volksmacht" duldet er nur, insofern diese Organisationen unter seiner eigenen Kontrolle stehen. Die Arbeiterbewegung hat schon zu oft diese schmerzliche Erfahrung machen müssen. Bedarf es - um das jüngste Beispiel zu zitieren - eines neuen Pinochet für eine neue Bestätigung?

communist program

New Series No 1 - Oktober 1975

Contents:

- Once again in crisis and revolution
- The course of world imperialism
- Force, violence and dictatorship in the class struggle
- The bitter fruits of thirty years of democratic peace and capitalist prosperity
- The cycle of the "awakening of Asia" is closed only to reopen again on a higher level
- Summaries of our international press
- The I.C.P. - some publications of the I.C.P.

Price per copy 50 p - Us - Dollar 1

Subscription (4 issues) - 2.00 - US-Dollar 4.00

DER MYTHOS DER "DOPPELHERRSCHAFT" IN PORTUGAL

Wir waren immer meilenweit davon entfernt, die Nelken der "portugiesischen Revolution" für die rote Fahne der Doppelherrschaft, die aus der russischen Februarrevolution hervorgegangen war, zu halten, und noch weniger für die EINZIGE Macht, die mit der Oktoberrevolution entstand. Die "offizielle Demokratie", die in Petrograd, nach den Worten Trotzki's, keinen anderen Ausgang aus der "Doppelherrschaft" hatte, als auf die eigene Autorität zu verzichten, brauchte in Lissabon auf keinerlei Autorität zu verzichten, schon aus dem guten Grund, daß sie eine solche niemals besessen hat, ob nun ihre zeitweiligen Soares oder Cunhal hießen. Der Skandal besteht nicht darin, daß Pinheiro de Azevedo am 9. Oktober 1975 den Soldaten befahl, in die Kasernen zurückzukehren, den Arbeitern, den Rücken über die Maschinen zu beugen, den Bauern, ihr dürres Stückchen Land aufzuharken, und den Werktätigen im allgemeinen, mit dem Chaos der Indisziplin und der "Forderungseuphorie" schluß zu machen; auch nicht darin, daß Costa Gomes am 25. November die Revolte der Fallschirmjäger unterwarf. Der Skandal besteht vielmehr darin, daß in der ganzen Breite der sogenannten "extremen Linken" keiner verstand, den eisigen Hintergrund des "Nelken"-Schleiers zu sehen; daß keiner erkannte, daß hinter der Maske der EINHEIT UM JEDEN PREIS (MFA-Volk, Volk und Arbeiter oder Bauern, Generäle und Soldaten usw., auf allen Stufen der Tonleiter) das GRAB des unabhängigen Klassenkampfes lag. Der Skandal besteht darin, daß man die "Doppelherrschaft" oder einen Keim davon sah, wo es eine einzige Macht gab; daß man für Sowjets ausgab, was nur ein Aufputz von Versammlungen, Fiktionen von "Selbstverwaltung", Sicherheitsventile nach dem Stil der "direkten Demokratie" waren, die die äußersten Anstrengungen der herrschenden Klasse zur Wiederherstellung der Ordnung nach der Erschütterung durch die Auflösung des Kolonialreiches und durch die ertragene oder gewollte Integration in die europäische Wirtschaft maskierten (1).

(1) Für eine Untersuchung dieser beiden Punkte siehe den vorhergehenden Artikel: "Portugal, von der 'Revolution der Nelken' zum harten Kurs"

Wenngleich ihre inneren Strukturen schwach sind, so hat die portugiesische Bourgeoisie solide internationale Verbindungen und kann auf die Erfahrung der anderen zurückgreifen (unter anderem auf Jahrhunderte britischer Vormundschaft). Sie hat 1910 eine bürgerliche demokratische Revolution gemacht, die nichts "Volkstümliches" an sich hatte (2). Sie wurde ständisch unter Salazar und gönnte sich den Luxus, ohne Erschütterungen an der Grenze des von sozialen Gegensätzen und Bürgerkriegen zerrissenen Spanien zu leben. Sie hat ihre Helden von heute mit dem Blut der "für Gott und das Vaterland" durchgeführten kolonialen Massaker getränkt. Im Augenblick der Rechenschaft brauchte sie nur unter ihren Gewächshausblumen diejenige auszusuchen, die am rotesten aussah, ohne es zu sein, die am meisten den Geruch der BRÜDERLICHKEIT auströmte. Sie hat es verstanden, die Klassengegensätze, die an der Basis in der Armee und in den Zuchthäusern und Fabriken rumorten, miteinander zu "versöhnen", indem die sich eines Mittels mit historisch bewiesener Wirksamkeit bediente, dem -MARX DIXIT - der "universellen Sympathie", des sozialen Kampfes, der nur eine flüchtige Existenz, die der Phrase, des "ortes", erreicht hat, des Mittels der "Aufhebung" des "schrecklichen Mißverständnisses" zwischen den Klassen im großmütigen Rausch nicht nur der "Brüderlichkeit", der "Freiheit" und "Gleichheit", sondern auch, wie es seit 40 Jahren üblich ist, (um nicht noch einmal auf 1848 zurückzukommen), des "Sozialismus". Die "extreme Linke" hat es direkt oder indirekt akzeptiert, dies alles als "Vormarsch der Volksmacht", "Doppelherrschaft", "voranschreitende Vorrevolution" oder als "Revolution" schlechthin zu qualifizieren, indem sie sich der Illusion hingab und mit dieser Illusion spielte, um der Wirklichkeit zu entgehen oder schlimmer noch, um die Wirklichkeit vor den Arbeitern zu verbergen. Dadurch hat sie die Lehre Lenins zweimal verraten.

Die Sowjets von Petrograd und Moskau waren als Keime der Macht der unterdrückten Klasse gegen die Macht entstanden, die wie eine reife Frucht in die Hände der nationalen und selbst der internationalen

(2) Lenin erwähnt in "Staat und Revolution" dieses Merkmal und bringt die portugiesische Revolution deswegen mit den jungen Türken in Zusammenhang. (siehe Lenin, Werke Bd. 25, S. 429)

Bourgeoisie gefallen war. Die Organismen, die die Blindheit der "Linken" in Lissabon mit den Sowjets verglichen oder sogar identifiziert hat, sind als DIREKTER AUSELÖß DER IN DER ARMEE VERKÖRPERTEN BÜRGERLICHEN MACHT entstanden. Die russischen Sowjets hatten dem durch den Sturz der zaristischen Monarchie entstandenen GESELLSCHAFTLICHEN BRUCH einen wirklichen und nicht vergeblich symbdhaften Ausdruck gegeben. Sie drangen wiederum in die Armee schlagfertig ein, setzten die Proletarier in Uniform, die einfachen Soldaten, der GESAMTEN Militärhierarchie entgegen, und rissen die Landbevölkerung hinter sich. Indem sie die Arbeiter in BEWAFFNETEN Korps organisierten - sei es auch nur auf rudimentäre Art und Weise - entwaffneten sie die offiziellen Repressionskräfte des Staates; indem sie den Frieden forderten, schufen sie die Grundlagen für die Entmobilisierung der militärischen Fronten. Ihre portugiesischen Karikaturen haben ihreseits im INNERN der Armee das Licht der Welt erblickt, und zwar als Mittel, um die wirklichen oder potentiellen Zersetzungsimpulse, die von der Truppe ausgingen, wieder in die EINHEITLICHE STRUKTUR der Armee aufzufangen, sowie um die Armee - diese Säule der bestehenden Ordnung - vor den Auswirkungen der KLASSENGEGENSÄTZE zu schützen. Die militärische Struktur wurde trotz Beibehalt all ihrer hierarchischen Abstufungen noch KOMPAKTER durch den Schein der "revolutionären Demokratie", die in ihre Ränge eingeführt worden war. Sie hat sich überhaupt nicht darum gekümmert, die Fronten des Kolonialkrieges zu demobilisieren; im Gegenteil, sie hat sich sehr wohl entschieden gezeigt, sein Ende hinauszuzögern, um sowohl eine schmerzlose Evakuierung der Truppen zu ermöglichen als auch die Tür offen zu lassen (wenn nicht für eine gewaltsame Rückkehr, so doch wenigstens für die Wiederherstellung der "Verbindungen" zwischen dem ehemaligen Kolonialreich und dem Westen). (3) Nicht nur hat sie sich davor gehütet, die Proletarier und landlosen Bauern zu bewaffnen, sondern sie hat auch die Funktion der sozialen Polizei.

(3) Daß dies alles zur fatalen Schwächung des nationalen Unabhängigkeitskrieges vor allem in Angola beigetragen hat und somit eine neue kongolanische Tragödie einleitete, wie auch daß die Rückkehr der weißen Siedler in die Metropole eine Neuauflage der blutigen chilenischen Erfahrung einleiten kann, ist leider allzu offensichtlich. Was die Verantwortung der "Linksextremen" Gruppen in dieser Aufschubpolitik anlangt, siehe den Artikel "Le test de la question coloniale" in "le proletaire" Nr. 203 und 204.

die die Sowjets von Petrograd sich selbst autoritär zuerteilt hatten, AUF SICH GENOMMEN. In ihrem Anfangsprogramm, ebenso wie in ihrem Programm vom 21. Juni 1975 hat sie sich selbst die Ausschließlichkeit der Waffenrechte vorbehalten (die Sowjets hatten schlicht und einfach die Waffen genommen).

Es war die Aufgabe der großen opportunistischen Parteien PSP, PCP und auch PPD, ihrerseits dazu beizutragen, die "Basisinitiativen" zu ersticken, die gefährlich dahin tendierten, sich in rudimentären Organisationen der Verteidigung und des potentiellen Gegenangriffs zu artikulieren. Sie haben es geschafft, indem sie diese Organisationen in jener "GROSSEN VOLKSFRONT", die auch Katholiken und Liberale umfasst, versumpfen ließen, in diesem "ENGEN BÜNDNIS der Volkskräfte und demokratischen Militärs", die Soares und Cunhal, die zwar in der Frage der internationalen Bündnisse uneins sind, im grundlegenden aber miteinander übereinstimmen, seit langem vorbereitet hatten. (4) Von dieser Zange in die Klemme genommen wurden die Arbeiter und Soldaten zur AUFRECHTERHALTUNG oder beim ersten Zeichen eines Auseinanderfallens, zur WIEDERHERSTELLUNG dieser INTERKLASSISTISCHEN republikanischen Einheit benutzt. (5)

Also gerade der "demokratischen Einheit", die die russischen Sowjets von 1917 objektiv gesprengt hatten. Je nachdem ob die gemäßigte Tendenz von

(4) Siehe "L'heure des petits fils de Staline", in "Programme Communiste", Nr. 64, S.8 ff

(5) Marx beobachtete, daß die Februarrepublik, die vor sich kein Hindernis fand sich Stück für Stück entwaffnet hat. Die portugiesische Bourgeoisie und ihr weltlicher Arm, die Streitkräfte, haben das Meisterstück vollbracht, den Salazarismus, dann den Spinolismus und entsprechend auch alle "Schreckgespenster" verschiedenartigster "Reaktionen" dazu zu bringen, sich förmlich in Duft aufzulösen. Die "Rechtsgefahr" wurde immer wieder auf die Bühne gestoßen und sofort wieder zurückgezogen und die volksmassen entsprechend "mobilisiert" und "demobilisiert", in "irklichkeit aber desorientiert und schließlich physisch und moralisch entwaffnet. In diesem Zusammenhang ein Zitat von Lenin von 1917, wo es im Gegensatz zu Portugal eine reaktionäre und autokratische Reaktionsgefahr gab: "...Es wäre das Dümme, was man tun könnte, eine Taktik der 'Unterstützung' der neuen Regierung einzuschlagen, angeblich im Interesse des (Fortsetzung nächste Seite)

Melo Antunes oder der "progressive" Flügel von Otelo de Carvalho an der Spitze der MFA den Ton angab, wurden die Energien von Arbeitern und Soldaten durch diese Fetischisierung der "Volksversammlungen" abgelenkt und haben sich darin verflüchtigt, diese "Volksversammlungen", wo der rot gepinselte, falsche kleinbürgerliche Extremismus seit langem den Inbegriff der zukünftigen "Revolution" sieht (und diese Versammlungen werden nicht einmal als Instrument einer raschen VOLLSTRECKUNG und noch weniger des DESPOTISCHEN EINGRIFFS in das öffentliche Leben aufgefasst, sondern als eine einfache Arena, wo sich die soziale Wut IN PERMANENTEN DISKUSSIONEN UND DIALOGEN entladen kann), oder wurden Arbeiter und Soldaten aufgerufen, sich für die Wiederherstellung eines klassischen parlamentarischen Regimes zu äußern, daß offenkundig nicht mehr in der Lage ist, das stabile Funktionieren des Produktions- und Verwaltungsapparates zu sichern.

In Portugal fehlte vollkommen der ANTISTAATLICHE Charakter, der den russischen Sowjets als den Produkten und zugleich Faktoren einer vorrevolutionären Situation der "Doppelherrschaft" eigen war. Ebenso - und hier ist der Unterschied zu Rußland 1917 noch krasser - fehlte in Portugal der Faktor, ohne den der vorhergehende nur notwendige aber nicht ausreichende Bedingung für die endgültige Abrechnung zwischen den Klassen ist: es fehlte die PARTEI der permanenten Opposition zum Staat, die diese Opposition nicht nur theoretisiert und fordert, sondern dementsprechend handelt, um die Gräben zu vertiefen und nicht um sie zuzuschütten; eine Partei die Tag für Tag die Revolution vorbereitet und aus KEINER BASISORGANISATION DER MASSES EINEN FETISCH MACHT, und bereit ist, über jede solcher Organisationen hinwegzugehen, sobald sie auf die Ausübung der ganzen Macht verzichtet, um der Illusion einer zu verteidigenden oder wiederherzustellenden Einheit zu folgen. Worauf hat aber diese "ex-Kampfes gegen die Reaktion". Für einen solchen Kampf ist die BEWAFFNUNG DES PROLETARIATS die einzige ernste und reale Garantie gegen den Zarismus wie auch gegen das Bestreben der Gutschow und Miliukow, die Monarchie wiederherzustellen." (Über die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution, Lenin, Werke, Bd. 23, S. 369)

treme Linke", die in Lissabon und woanders vorgibt, an den Faden der verlorenen revolutionären Tradition wieder anzuknüpfen, alle ihre Bemühungen konzentriert, wenn nicht eben dem Glaubwürdigmachen der Illusion der ENTGEGENGEGESetzten LÖSUNG, der Illusion der EINHEIT ÜBER DEN KLASSEN UND ZWISCHEN DEN KLASSEN? Die maoistischen Strömungen einerseits und die spontaneistischen andererseits schwenkten die Fahne der Einheit "Volk-MFA". Die trotzkistischen und paratrotzkistischen Strömungen gaben vor, diese Fahne zurückzuweisen, nahmen sie aber auf dem Umweg der "Rettung" des politischen und gewerkschaftlichen Opportunismus wieder auf, in der liquidatorischen Perspektive einer "Arbeiterregierung" mit den lokalen Erben von Noske und Stalin. Heute hat man die überarbeitete und korrigierte Fassung der FUR, die der Formel einer "Einheit" unter dem Zeichen der Disziplin und der Ordnung, verkörpert in der 6. "Revolutionenregierung", die nur scheinbar unterschiedliche Formel einer "unter dem Zeichen einer "linken" Volksfront AUFZUBAUENDEN Einheit entgegengesetzt, einer "linken" Volksfront, die für die einen durch eine endlich erreichte "direkte Demokratie", für die anderen durch die noch zu verwirklichende "Klassen- und nicht Parteidiktatur" noch schmackhafter wird. (6)

Wenn es überhaupt möglich wäre, einen Vergleich zwischen dem glorreichen Zyklus vom Februar bis Oktober 1917 und dem portugiesischen Reich der Phrase aufzustellen, so müßte man bis auf den Zeitpunkt zurückgehen, wo die Sowjets dabei waren, sich in eine tödliche Sackgasse zu begeben (und ohne den entscheidenden Gegenschlag der bolschewistischen Partei hätten sie dies auch getan) : bis auf den Zeitpunkt, wo die Sowjets den Weg der Unterordnung einer potentiell revolutionären Bewegung unter die unerbittlichen Gesetze der herrschenden Klasse und unter die Organe der etablierten Macht einschlagen wollten. Aber auch so hält der Vergleich nicht stand, da es in Lissabon NIEMALS eine "Doppelherrschaft" gegeben hat, es sei denn in der irrigen Einbildung von Leuten, die alle Augenblicke die "Führungs-krise" der Bourgeoisie verkünden, um zu verbergen, daß SIE SELBST auf die Aufgabe der revolutionären Vorbereitung und der unabhängigen Klassenaktion verzichtet haben (und übrigens UNABHÄNGIGE Klassenaktion auch in den Situationen, wo der Feind die

(6) Die verschiedenen Neuverkörperungen des Mythos von der "Revolution der Nelken" sind in dem Artikel "Die Illusion der Volksmacht" in dieser Broschüre untersucht.

Kommandohebel fest in seiner Hand hält). Im Wechselspiel der Kräfteverhältnisse gehorchen die Klasseneinreihungen nicht der Laune des Zufalls, sondern materiellen Bestimmungen, die mächtiger als jedes "taktische" Kunststück sind. Um ein kritisches Urteil über den obligatorischen Verlauf des jetzigen Zyklus der sozialen Kämpfe in Portugal zu fällen, muß man sich deshalb weniger auf die großartige russische Revolution beziehen, sondern vielmehr auf die Monate, die dem Februar 1848 unmittelbar nachfolgten: als sich der Rausch der "universellen Sympathie" und der trügerrische Zauber der republikanischen Einheit zerstreut hatten, erwachte im Pariser Proletariat wieder das Bewußtsein der Antagonismen, die "im Gefühl" überwunden worden waren, die aber notwendigerweise hinter dem Vorhang der leeren Phrasen wieder auftauchen mußten. Das Proletariat wurde gewahr, daß es sich nicht für sich selbst geopfert und gekämpft hatte, sondern für seinen eigenen Gegner und das hinter dem scheinheiligen Lächeln der "schönen Revolution" das blutrünstige Grinsen Cavaignacs mit dem Schrei "Unheil über den Juni!" hervorblickte.

+++

Auch in Lissabon tauchen die Klassenantagonismen, die künstlich eingeschläfert worden waren, wieder von neuem auf. Sie sind sogar dazu bestimmt, sich unter der Peitsche der wirtschaftlichen und sozialen Krise zu verschärfen, der die herrschende Klasse, versteckt hinter dem Wandschirm der "vermittelnden" Armee, nichts anderes als das ewige Rezept von Austerität und Ordnung entgegenzusetzen weiß (und auch nur entgegensetzen kann). Als Beweis dafür, die wirren Bemühungen der Soldaten und Matrosen, um sich eine gewisse Verteidigungsorganisation GEGEN die Gesamtheit der Militärhierarchie zu geben; als weiterer Beweis dafür, das herrliche plötzliche Erwachen der Bauarbeiter, die den Palast der Regierung und der Nationalversammlung belagerten. Aber die jüngste Offensive der hohen Führung gegen Undiszipliniertheit in der Armee zeigt einerseits, daß die Stärkung des Staates größer als der Widerstand der Truppen gewesen ist, und andererseits, daß die rebellierenden Soldaten selbst nicht über die Forderung nach einer anderen Regierung hinausging, sowie daß ihre instinktive Revolte ganz wie die der Bauarbeiter regelmäßig von ihren Vorgesetzten oder von der PCP wieder aufgefangen und

ausgenutzt wird.

Nicht dadurch, daß man gegen einen Minister zugunsten eines anderen protestiert - wie die SUV, "Vereinigte Soldaten werden siegen", es leider tun - auch nicht dadurch, daß man eine Rückkehr zu den Ursprüngen beschwört (sind ja diese Ursprünge die erste Ursache für die Pleitebilanz von mehr als 16 Monaten von fatalen Illusionen), wird man aus dem Teufelskreis herauskommen, der scheint, als würde er nur gesprengt, um sich auf einer formal verschiedenen Ebene wiederzubilden. Man muß im Gegenteil für immer die VOLKSFRONTPOLITIK ZWISCHEN DEN KLASSEN zerschlagen, um den Keil des unabhängigen Klassenkampfes in die Breschen einzusetzen, die sich im unförmigen Block der Einheit öffnen. Die Partei, die offen die Revolution und die Diktatur des Proletariats fordert und sie ernsthaft im Tageskampf vorbereitet, muß Fuß fassen, sich stärken, ihre Waffen schärfen, ihren Einfluß vergrößern, um die doppelte Plage des sozialdemokratischen -stalinistischen Opportunismus und des linken Nachtrabens zu beseitigen. Mit dieser Perspektive hängt nicht nur das Endziel der Machteroberung zusammen, sondern auch die unmittelbare physische Verteidigung der Klasse.

Es handelt sich um kein lokales, sondern um ein internationales Problem. An der Grenze Portugals befindet sich der spanische Teil der Halbinsel am Vorabend eines neuen Aufflammens des Klassenkampfes oder einer x-maligen Rettung des status quo durch die infame Bruderschaft der "Aussöhnler", die alle ans Bett der kranken Gesellschaft eilten, um ihr den Sauerstoff der verlorenen nationalen Einheit zu bringen. In der Iberischen Halbinsel wird sich vielleicht das Schicksal der kommenden 20 Jahre von Krieg oder ekelhaftem "Frieden" zwischen den Klassen in ganz Europa abspielen, ein Europa, das von der Krise erschüttert wird, aber dank der entscheidenden Beihilfe aller Schattierungen des Opportunismus fest auf seinen bürgerlichen Grundlagen bleibt. Unabhängig von den zeitweiligen Ergebnissen der Geschichte ist es aber Aufgabe der Revolutionäre dafür zu handeln, daß die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung nicht wiedererstärkt aus den kommenden Erschütterungen hinauskommen, sondern im Gegenteil tief angegriffen.

Das kann aber nur geschehen, wenn die Volksfronten, die demokratischen, pazifistische, und verfassungsgläubigen Nostalgien abgeschüttelt werden.

Wenn es keinen Sinn hat, den roten Oktober zu feiern, dann eben dieser. Alles andere ist heuchlerische Demagogie.

(Auszüge aus "Programme Communiste", Nr. 68, Okt./Nov./Dez./ 1975)

In portugiesischer Sprache :

TESES CARACTERISTICAS DO PARTIDO: BASES DE ADESAO
LIÇÖES DAS CONTRA-REVOLUÇÖES

In spanischer Sprache:

LOS FUNDAMENTOS DEL COMUNISMO REVOLUCIONARIO FUERZA
VIOLENCIA DICTADURA EN LA LUCHA DE CLASE

PARTIDO Y CLASE

In englischer Sprache:

THE FUNDAMENTALS OF REVOLUTIONARY COMMUNISM
PARTY AND CLASS (in Vorbereitung)

In französischer Sprache:

COMMUNISME ET FASCISME

Einleitung und Texte der kommunistischen
Linken 1921 - 1924

DM 6,--

BILAN D'UNE REVOLUTION - Die großen Lehren des Oktober
1917 - Die falschen Lehren über die Konterrevolution in
Rußland - Die russische Wirtschaft von der Revolution
bis heute

DM 8,--

LE PRINCIPE DEMOCRATIQUE

DM 2,--

MOUVEMENTS REVENDICATIFS ET SOCIALISME

DM 2,--

sur le REXTE DE LENINE "LA MALADIE INFANTILE
DU COMMUNISME"

DM 4,--

FORCE, VIOLENCE, DICTATURE DANS LA LUTTE DE CLASSE

DM 3,50

DEFENSE DE LA CONTINUTE DU PROGRAMME COMMUNISTE

Grundthesen der Partei 1920 - 1966

DM 10,--

DEMOKRATIE: WER DICH AKZEPTIERT VERZICHTET AUF
JEDLICHEN "REVOLUTIONÄREN PROZEß -WER DICH UNTER-
STÜTZT, IST GEGEN DIE REVOLUTION

Der Belagerungszustand, hunderte Gefangene, Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl, Militärgerichte für die Fälle von Störung der öffentlichen Ordnung, Straßensperren, Räumung der Veranstaltungen der linken Gruppen, sind die ersten Ergebnisse der neuen "Kraftprobe" in Portugal. Diese Kraftprobe, die von einem angeblichen, nur schwer ernstzunehmenden und keineswegs "günstigen Anlaß" gebenden Putschversuch ausgelöst wurde, hatte vor, den pseudorevolutionären Prozeß, den die MFA angefangen hatte und sich in einer Pattsituation befand, zu unterstützen und in Richtung auf eine neue Macht, auf eine "neue Demokratie" oder ein "poder popular" zu führen.

Trotz ihres Reichtums und ihrer Vielfältigkeit hätte die Geschichte schwer einen für die Machthaber gelegerenen "Putschversuch" erfinden können. Noch "merkwürdiger" und abstrakter als sein Vorläufer mit umgekehrtem Vorzeichen vom 11. März 1975, der Anlaß für eine "Linkswende" war, erscheint er schließlich als dessen Karikatur. Damals hatten sich Truppen mobilisiert, die, ausgehend von einer total unbegründeten Einschätzung der Einstellung des ausschlaggebenden Teils der Streitkräfte, sich für Spinola-freundlich hielten und gehalten wurden. Diesmal ist das alles nicht einmal nassatzweise vorhanden. Der Gegensatz zwischen den Fallschirmjägern von Tancos, denselben, die bei dem Übergang vom "Dinamismo" zum "Dynamit" dabei waren und die Männer für die nächtliche "Dynamisierung" des besetzten Radios Renascensia geliefert hatten und dem Generalstab betraf in Wirklichkeit keineswegs die Staatsform, sondern lediglich die Absetzung von zwei hohen Tieren der Luftwaffe, der Generale Morais de Silva und Pinho Freire. Dieser Gegensatz entsprang also der Illusion, die Macht und deren bewaffnete Stütze von innen her zu verwandeln. Geregelt wurde die Angelgenheit ebenfalls "intern", unter den Militärs. Befürwortet und von jeder begünstigt wurde diese "interne Regelung" von allen politischen Kräften, die seit der Machteroberung durch die MFA den politischen Kampf als Kampf um die Beeinflussung der verschiedenen Strömungen der Streitkräfte - die zum Mittelpunkt und Ziel aller Druckversuche wurden - geführt haben. Zu dieser

"Regelung" haben auch verschiedene Bewegungen der extremen Linken beigetragen, die mit dem "fortschrittlichsten Teil" der Streitkräfte, den Generälen Carvalho, Fabiao, Coutinho und Corvacho verbunden waren. Gerade diese Linken haben das größte Vertrauen zu den Streitkräften, alles im Rahmen des unverantwortlichen Planes eines Bündnisses zwischen Volk und Streitkräften als Surrogat zum angeblich veralteten und fragwürdigen "Dirigismus", zum revolutionären Defätismus, zur Spaltung und Zersetzung der Armee, die bisher ALLE Revolutionen gekennzeichnet haben. Der neue, bequeme Weg soll einerseits den Vorteil haben, die militärischen und zentralisierenden Gelüste der Armee mit einer heilenden Volksspritze in demokratischer Harmonie zu vereinen, andererseits sollte er das harte Problem der Bewaffnung der revolutionären Klasse (deren legitime Beschützer die Armee wäre) lösen. Wäre dieser Weg aber konkret durchschritten worden, hätte er auf jeden Fall allein zur militärischen Kontrolle über das Proletariat und dessen wirtschaftliche und politische Organisationen geführt.

Abgesehen von eventuellen Manipulationen kann die Bewegung der Fallschirmjäger von Tancos, sowie analoge Bewegungen in anderen Kasernen, höchstens die "Demokratisierung der Streitkräfte", die Selbstverwaltung der Kasernen erreichen, bis sie sich mit Hindernissen konfrontiert sieht, die nicht durch eine Bewegung "der Streitkräfte", sondern nur von einer ganz anderen und viel breiteren überwunden werden können: die Klassenbewegung für den Umsturz des Staates und der Streitkräfte. Mit ihrer Selbstverwaltung, die nicht einmal die Militärhierarchie und die Militärordnung - dieselbe wie zur Zeit Salazars - in Frage gestellt hat, haben die Fallschirmjäger jedenfalls dem Generalstab und der Regierung die ersehnte Gelegenheit gegeben, die Reinigung durchzuführen, die der Staatsrat und die aus Protest(!) in Streik getretene Regierung Azevedo nicht durchzuführen vermochten, nämlich die Wortführer der uneingeschränkten Demagogie aus den Spitzenpositionen zu entfernen und eine neue Phase, die Phase der Sanierung und der Straffung einzuleiten.

Der Zusammenstoß zwischen den Strömungen in den Streitkräften und in den eng damit verflochtenen Machtstrukturen könnte den Rosa Coutinhos, de Carvalhos usw. keinen dauerhaften Sieg sichern. Sie waren vom Kolonialkrieg für das Portugal

Salazars zur Theorie der Militärmacht als Verbündete des Volkes und über den Parteien -übergegangen, also zu einer Theorie die vielmehr dem alten Bonapartismus (des kleinen Napoleons, versteht sich) als irgendeiner "Revolution", deren evtl. Gefahr sie nur vorzubeugen trachtet, ähnelt. Ihre verschwommene Demagogie, die während einer gewissen Zeit als Rauchvorgang nützlich war, mußte sich den wirklichen Problemen entfremden oder auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene Konturen annehmen, die ihre zivilen Berater links und anderserseits nicht akzeptieren könnten. Kurz und gut: der kleinbürgerliche Radikalismus muß zu einem bestimmten Punkt entweder in Realitätssinn münden, oder er wird sich in einem ständigen und aussichtslosen Kampf verbrauchen und erschöpfen, wie es bei so vielen Bauernkriegen geschah. Die Politik des kleinbürgerlichen Radikalismus hat nicht die mindeste unabhängige Basis. In Abwesenheit einer katalisierenden proletarischen Bewegung wird sie sich in einem Zickzackkurs aus mehr oder weniger harten, mehr oder weniger voraussehbaren Schlägen und Gegenschlägen der machthabenden Klasse zuwenden. Das ist, kurz zusammengefaßt, das, was man in Portugal erlebt. Deshalb ist der traditionelle Opportunismus, der von "Realitätssinn" durchtränkt ist, ein viel konsequenterer Ausdruck der Kleinbourgeoisie als seine linken und enttäuschten Mit- und Wettstreiter.

Zwei Tendenzen gehen in die Brüche: eine besonnen und die andere unruhig, eine so alt, daß ihre Wurzeln im sozialdemokratischen Opportunismus liegen, die andere so "jung", daß man ihre letzte Erscheinungsform erst ab Mai 1968 lokalisieren kann, zwei Tendenzen, die sich (bis zu welchem Punkt werden wir bald sehen) der Bourgeoisie auf der Grundlage eines permanenten Bündnisses zwischen Proletariat und Mittelschichten, wie in Chile, gegenüberstellen. Es ist der Bankrott der Volksfront und dessen Berichtigung "von unten", der Bankrott zweier Fassungen von "Volksrevolution", beide machtlos, die Gesellschaft wirklich zu verändern, da beide aus ihrer immanenten Natur der Klassenkollaboration heraus gezwungen sind, sich auf wesentliche Pfeiler des bürgerlichen Staates zu stützen: einerseits und "von oben" auf die demokratische Struktur, auch wenn sie militärisch gestärkt wird; andererseits und "von unten" auf die Bildung einer spontanen und wachsenden, nach und nach die ganze Gesellschaft einschließlich der Armee durchdringenden Macht. In beiden Fällen offensichtlicher Reformismus und radikalisierte, aber nicht weniger

gradualistischer Reformismus, letzterer Plantsch-
becken der Kritiker und Verbesserer des Traditio-
nellen Reformismus, die seine Grundauffassung aber
teilen, die Auffassung eines "revolutionären Pro-
zesses", der sich INNERHALB des bürgerlichen Staates
vollzieht und dessen Abzweigungen mit einbezieht,
eines "revolutionären Prozesses", der den wirk-
lichen, revolutionären Aufgaben, die Aufstellung
und Zusammenballung der proletarischen Kraft GEGEN
den Staat ausklammert. Und Zusammenballung der
proletarischen Kraft heißt nicht, Bauern und
Kleinbürger zu vergessen und dem eigenen Geschick
zu überlassen, sondern sich ihnen ohne die Illusion
der GEMEINSAMEN MACHT, der Sicherung des Klein-
eigentums, des dauernden Bündnisses, des klein-
bürgerlichen Sozialismus von staatlichen Gnaden
(Lassalsche Demagogie, die Marx von vornherein
entlarvt hat) zuzuwenden.

Im Rahmen kleinbürgerlicher Klassenimpotenz formen
und verformen sich alle Versuche, aus den Schwierig-
keiten, die Portugal erschüttern, herauszukommen.
Nur in diesem Rahmen läßt sich die ganze Demagogie
der Programme, wie die des Copcons, lassen sich
die großmauligen Phrasen, die wunderwirkenden
Rezepte eines neuen, weder "dirigistischen" noch
sozialdemokratischen "Sozialismus" verstehen. In
diesem Rahmen sucht man die Quadratur des Kreises,
die Verbindung von Nationalsozialismus und Inter-
nationalismus, von nationaler Spuveränität und Im-
perialismus, von Klassenkampf und Klassenkollabora-
tion. In diesem Rahmen entsteht die Veranlagung zum
Kompromiß, entsteht die Institutionalisierung des
Kompromisses, wo der "Handstreich", der "Staats-
streich", der "Putschversuch", Mittel sind, um der
eigenen Schwäche Gewicht zu verleihen, oder - wenn
man diese Mittel in umgekehrter Richtung geschickt
ausnützt - um die Gegner übers Ohr zu hauen.

In diesem aussichtslosen Sumpf, wo vermeintliche
Revolutionäre alles tun, um die wesentlichen Instru-
mente der Revolution zu entwerten, und die Volks-
bewegung oder Basisbewegung partout zu einer
außerparteilichen und dezentralisierten, an das
Militär ebenso versumpft, wie es ist - gebundenen
Bewegung zu erniedrigen, in einem Prozeß, der mit
Revolution absolut nichts zu tun hat: in dieser
konfusen Forderung nach Rechten für sich selbst
und für alle, die von den Rechten und der Macht des
Staates, der die bürgerliche Klasse repräsentiert,
absieht; in diesem richtungslosen Gerede, dessen
Spitze von den Theoretikern des "Antidirigismus"
und der "Hegemonie des Proletariats" erreicht
wird, die Regierungsposten bekleiden, kann eine
einzige Macht die Führung übernehmen: die Macht,

die Belagerungszustände ausruft, die Zeitungen schließt, wenn es ihr zu schließen beliebt, vielleicht in Erwartung neuer politischer und sozialer Gleichgewichte. Es ist die Macht, die verkündet: "Die Regierung regiert, die Arbeiter arbeiten, die Streitkräfte wachen" (Azevedo, Oberhaupt der jetzigen Regierung). Das alles kann niemanden verwundern; es war vielmehr zu leicht, es vorauszusehen.

Es ist kein Zufall, daß nach der Niederlage des linken kleinbürgerlichen Radikalismus, eine Annäherung an zweideutige Kräfte wie der KP stattfindet. Deren "Zweideutigkeit" war in Wirklichkeit sehr nützlich, und sie glaubten daher, eine Belohnung verdient zu haben. Man sagt, wie im übrigen schon immer gefordert wurde, daß die Zusammenarbeit der KP mit der SP die einzige Bedingung darstellt, um einen Rechtsruck zu vermeiden und die Ereignisse eignen sich bestens, um neue Bedingungen für eine solche Zusammenarbeit zu schaffen. Das ist teilweise richtig: die Zusammenarbeit des Proletariats, sein Verzicht auf eine Klassenpolitik ist im bürgerlichen Sinne eine Grundlage, um die Rechtsgefahr zu vermeiden: die demokratische Kontrolle über das Proletariat macht die undemokratische Kontrolle überflüssig.

Es ist dieselbe siegreiche "gemäßigte" Tendenz von Melo Antunes, die "europäische Tendenz", die die Annäherung an die KP sucht, während die Trottel, die Enttäuschten von "historischem Verrat" sprechen, als läge der Verrat nicht weit zurück.

Der Opportunismus ist Opportunismus eben weil er die Arbeiterklasse nicht auf der Grundlage der Prinzipien führt, sondern nach der Einschätzung des jeweils Zweckmäßigen, um auf der Grundlage der Klassenzusammenarbeit "konkrete" Ergebnisse zu erzielen. Die KP ist bereit, sich wieder als jungfräuliche und unschuldige Unterstützung der "Demokratie" vorzustellen. Cunhal wiederholte: die Partei geht nicht in den Untergrund, sondern "hält an dem Glauben fest, daß die demokratischen Freiheiten respektiert werden".

Ihr steht frei, ewig zu vertreten, daß diese Freiheiten" das höchste Gut darstellen, das ein armer Sterblicher genießen darf. Unterdessen kann die KP-Zeitung "Avante" als fast einzige erscheinen, um das Fehlen an Einheit in der antifaschistischen Front anzuprangern und das Werk fortzusetzen, sich von der unangenehmen Gesellschaft zu befreien.

Sogar der berühmte General Charais, der seinerzeit die Unmöglichkeit, die Parteien abzuschaffen, zutiefst bedauerte, sieht sich verpflichtet zu unterstreichen, daß "der Erfolg der portugiesischen

Revolution über eine konkrete Übereinstimmung zwischen KP und SP geht". Die Tatsache, daß man die Gewerkschaften ihrerseits nicht vergessen darf, wird von verschiedener Seite wiederholt. Das Problem bekommt also den Aspekt einer Redimensionierung, eines x-maligen Versuches der Bilanzierung der politischen Kräfte im Schatten einer zur Erleichterung ihrer Lakaien gestärkten Militärmacht.

Die Demokratie zeigt von Neuem ihr Gesicht. Der "neue Weg", der in Portugal von allen gepredigt wurde, konfrontiert sich mit einem schier unüberwindbaren Hindernis. Möge mindestens das der Schlußfolgerung dienen, daß man zum "alten" Weg der Klassentrennung und des Klassenkampfes zurückkehren muß!

Ohne eine unabhängige Klassenbewegung, die sich ausdrücklich gegen die Einrichtungen des bestehenden Staates richtet, sich den Illusionen der kleinbürgerlichen Demokratie nicht beugt, gleichzeitig aber die riesige Arbeit, die vor der realen Klassen gegenüberstellung durchzuführen ist, nicht vergißt, ohne eine solche Bewegung, die in Verbindung zu den Massen entsteht und sich stärkt und die Tageskämpfe auf den Weg der Klassenautonomie führt, gibt es nur eine Möglichkeit, die "Rechtsgefahr" zu vermeiden: nämlich SICH ALS LINKE ZU MÄSSIGEN. Leider werden wir jetzt höchstwahrscheinlich einem solchen heuchlerischen oder aufrichtigen Spektakel des x-maligen "mea culpa" zuschauen müssen, und die Sieger sowie ihre Jünger und ihre Meister - die Länder des "demokratischen Blocks" - werden sich dabei ins Fäustchen lachen. Demokratie: wer dich anerkennt, verzichtet auf jeglichen "revolutionären Prozeß"; wer dich unterstützt, ist GEGEN die Revolution.

(Il Programma Comunista,
Nr. 23, 5.12.1975)

DAS ENDE DER REVOLUTION DER PHRASE

Es werden einige Stunden genügen, damit der Phönix der alten Ordnung, den die "portugiesische Revolution" als von den Flammen der "Volksoffensive" ausgelöscht ausgab, brutal wieder auftaucht und die "zweite Macht" niederschmettert, die diese "Revolution" auf dem Punkt der Zerstörung der militärischen Hierarchie wähnte. Es werden einige Stunden genügen, damit sich die alte Ordnung mit all ihren Attributen, die die "Revolution" als zerstört ausgab, unwidersprochen zur Schau stellt: mit ihren Verhaftungen, ihrer Zensur und ihren Sperrstunden, ihren Belagerungszuständen und ihrer Hexenjagd.

Es wird genügen, daß eine Abteilung der Einheiten von Amadora die Radiostation umstellt, um sie zurückzuerobern, daß sie einige Schüsse in die Luft abgibt, um die Menge zu zerstreuen, die herbeigelaufen kam, um den Soldaten zu helfen. Es wird genügen, daß sich ein Kavallerieregiment beim "besetzten" Arsenal zeigt, damit man ihm die Türen öffnet. Es wird genügen, daß man Vinis de Almeida auffordert, sich zu ergeben, damit das "rote Regiment" durch Stimmenmehrheit entscheidet, sich der Hierarchie zu beugen und den hierarchietreuen Führern zu folgen. Es wird genügen, daß die Kommandos die von den Fallschirmjägern "besetzten" Luftwaffenstützpunkte umstellen. Es wird genügen, daß die Kommandos den Angriff gegen die Kaserne der Militärpolizei einleiten, damit beim ersten Schuß und beim ersten vergossenen Blut die Soldaten ihre Waffen niederlegen, und damit man von nun an nur noch auf die Kapitulation der Fallschirmjäger von Tancos zu warten braucht.

Kurz, es wird genügen, den Phönix der alten Ordnung aus der Asche aufsteigen zu sehen, damit die Rebellen buchstäblich hypnotisiert sind; damit die Tränen der Freude, daß es gelungen war, eine verhaßte Disziplin zu zerstören zu Tränen der Wut werden, damit - prosaischer ausgedrückt - das Gesetz, die Tradition und die Ordnung in Kraft bleiben, praktisch ohne einen Schwertstreich.

Es ist in Wirklichkeit keineswegs erstaunlich, daß sich die Offizierskaste so leistungsfähig erwiesen hat. Erstaunlich ist es vielmehr, daß die "portugiesische Revolution" sich vorstellen konnte, daß sich diese Offizierskaste unter der Welle der Disziplinlosigkeit der Soldaten zersetzt habe.

Die Spitze der Militärhierarchie hat zweifellos ziemlich heftige, widersprüchliche Zeiten durchgemacht, aber die Zusammenstöße wurden immer von der Klassen- und Kastensolidarität aufgefangen. Führen wir uns vor Augen, daß gegenüber der Bewegung der Fallschirmjäger von Tancos die Gesamtheit der Offiziere (123 von 128) ihre Versetzung verlangt hat, obwohl sie von einem einzigen Unteroffizier unter 300 und von 7 Soldaten unter 1.300 gefolgt waren; selbst die "ehrlichen" Offiziere haben sich zur Bestürzung der Soldaten auf die andere Seite gestellt. Dies müßte an jenes Gesetz erinnern, wonach NUR DER BEWAFFNETE AUFSTAND diesen Komplex aus Solidarität und Disziplin zerstören kann, der den Offizierskorps stützt und zusammenhält, selbst wenn die Soldaten nicht mehr gehorchen.

Der Gegensatz zwischen den Offizieren und der Truppe, der sich in Tancos so klar gezeigt hat wie der Gegensatz, der die Bauarbeiter gegen die offizielle und halboffizielle Ordnung trieb, machte im übrigen die Wiederherstellung der Disziplin und die "Wiederaufrichtung" der Militärhierarchie dringend notwendig. "ES WAR NÖTIG, SCHLUSS ZU MACHEN".

Nur, um dies zu erreichen, mußten zwei Bedingungen vorhanden sein. Die erste war, daß man auf absolut sichere Truppen zählen kann. Nicht etwa, daß alle Einheiten angestöckt wären, aber die Erfahrung zeigt, daß die Disziplinlosigkeit der Soldaten, im Zusammenhang mit der sozialen Bewegung in ihrer Gesamtheit, ihre eigene Logik behält und daß der Einsatz einer noch "gesunden" Einheit ihre Zersetzung auslösen (das Beispiel von Tancos zeigt gut, daß man an diesem Punkt angelangt war) oder die Solidarität von anderen noch schlafenden Einheiten hervorrufen kann. Der Generalstab erwartete die sicheren Kräfte aus Angola und deshalb gab er in der Zwischenzeit abwechselnd Ermahnungen und Versprechungen und manövrierte, um die Bewegung im Zaum zu halten, ohne ihr offen entgegenzutreten. Und diejenigen, die den Präsidenten Costa Gomes des Zögerns bezichtigten, haben nicht gesehen, wo die Ursache dieses scheinbaren Zögerns lag; sie konnten unglücklicherweise auch keinen konsequenten antiimperialistischen Kampf führen, der als einziger fähig gewesen wäre, die Stoßtruppen des kolonialen Krieges zu desorganisieren.

Diese Stoßtruppen sind in den letzten Tagen mit einer "hohen Moral" aus Angola heimgekehrt. Sie

standen an der Seite des Kavallerieregiments, das beim Arsenal interveniert hat; sie haben die Einheiten von Jaime Neves unterstützt (deren Stärke militärisches Geheimnis geblieben ist!); sie und die ebenfalls aus den Kolonien gekommenen Söldner bildeten höchstwahrscheinlich die "unbekannten Truppen", die in Lissabon umgingen; sie bildeten mit Sicherheit die Rückhalt- und Reservetruppen der Regierung.

Die andere Bedingung war, daß die Bewegung der Soldaten und der Arbeiter ausreichend kontrolliert sei, um Reaktionen unter den Soldaten sowie eine Verbindung der Arbeiterbewegung mit der der Soldaten maximal zu verhindern.

Das berühmte "linke Militär" hat hier seine Rolle sehr gut gespielt, indem es vorgab, mit den Soldaten zu marschieren und demagogisch von "Volksarmee" sprach, während es in Wirklichkeit versuchte, die Soldaten für sein eigenes politisches Spiel zu benutzen (um dieses politische Spiel hat immer an den Grenzen der hochheiligen Einheit der Streitkräfte festgehalten). Es ist verheerend, daß die extreme Linke in diesen "linken Offizieren" eine Hilfe für die Arbeiter und Soldaten zu finden glaubte und deshalb nicht in der Lage war, sie zu bekämpfen.

Der Arbeiteropportunismus hat ebenso seine klassische Rolle hervorragend gespielt. Obgleich in der Regierung, ist es ihm gelungen, die Arbeiterkommissionen und Soldatenkomitees (die absolut fälschlich als Organe einer "Volksmacht" dargestellt wurden) zu durchdringen, während die extreme Linke den Arbeitern zeigte, daß eine Front mit ihm unerläßlich sei, um ihn den Krallen der sozialistischen Partei zu entreissen und zu einem Stützpunkt des Arbeiterkampfes zu machen. Die KP konnte somit ohne ernsthaften Widerstand einen solchen Einfluß gewinnen, daß die Basisorganisationen ohne sie jeder Initiative unfähig wurden.

Die Demonstrationen vom 23. Oktober und noch mehr die vom 16. November, die von PCP, FUR und SUV getragen wurde, zeigten klar, daß man eine Richtung verfolgte, die sich in der Forderung nach einer linkeren Regierung niederschlug. Außerdem hat der Ausnahmezustand vom 26. Oktober, der unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Rechte verhängt wurde, der man einige unbedeutende Attentate zuschrieb, gezeigt, daß die Arbeiterklasse auch Ausnahmezustände ohne die mindeste Kampfbereitschaft schluckte.

Vor dem "Putschversuch" vom 25. November schuf die

Kampagne der PCP für eine linke Regierung, verbunden mit den Gerüchten von einer rechten Gefahr, günstige Bedingungen, um die großen Arbeitermassen vollkommen zu desorientieren.

In einer solchen Situation wurde die Bewegung der Fallschirmjäger von Tancos gezwungen, fremde Hilfe zu suchen, um sich im voraus gegen die zu erwartenden Schläge der Militärhierarchie zu sichern. (Versuchte man nicht, Otelo de CARVALHO abzusetzen? Und war die absolute Einheit der Hierarchie nicht eine Bedingung, um die Soldaten zu disziplinieren? Und waren es auf der anderen Seite nicht die Offiziere selbst gewesen, die im Regiment die Initiative der Spaltung gehabt hatten?)

Von nun an waren alle Bedingungen vereint, um das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Der Generalstab konnte die Besetzung der Luftwaffenstützpunkte zum Vorwand nehmen (aber man hätte auch einen anderen gefunden!), um die Soldaten des Putsches anzuklagen, und schuf um so bessere, psychologisch günstige Bedingungen, um die Stützpunkte wieder in die Hand zu nehmen.

War das Fehlen einer Antwort der Soldaten und der Arbeiterbewegung auf den Angriff der treuen Truppen nicht erstaunlich? Man darf nicht vergessen, daß die Soldaten auf die Führung der linken Offiziere zählten: diese liessen sich aber ohne Reaktion absetzen, wie es der guten hierarchischen Tradition entspricht. Der berühmte Carvalho war so klug, den Anschein zu erwecken, er wolle seinen Posten nicht abgeben, und vergrößerte so die Verwirrung der Soldaten, die in seiner Haltung einen zusätzlichen Grund sahen, mit ihm zu rechnen und die Aktion von seiner Entscheidung abhängig zu machen; sie haben Carvalho stundenlang gesucht und nicht gefunden: er war an der Seite von Costa Gomes, als dieder den Ausnahmezustand ausrief. Die Bewegung der Soldaten mußte also scheitern ohne die Möglichkeit des Widerstandes, denn sie war gefesselt durch den Gesang dieser neuen Lorelei, des "linken Militärs".

Das andere Element, das den Soldaten Kraft und Mut hätte geben können, war die Arbeiterbewegung. Aber vom ersten Augenblick an stand die PCP Posten gegen die "Gefahr, daß die Linke ihre Kräfte überschätzt" und erinnerte daran, daß "jeder Zusammenstoß der Reaktion in die Hände spielt". Gleichzeitig wurden die Streiks für einen Regierungswechsel, mit denen die Intersindical versuchte, die Unruhen zu kanalisieren, ausgesetzt, und die PCP erklärte, daß die neue Regierung aus einem

immer noch möglichen Kompromiß resultieren werde, um daraufhin die Szene zu verlassen und die Arbeiterklasse ohne jegliche Direktive sich selbst zu überlassen.

Was konnte auf der anderen Seite eine extreme Linke tun, die unfähig war, ohne die "linken" Offiziere und ohne die PCP eine Aktion zu entwerfen; die auf eine solche Möglichkeit unvorbereitet war? Wir sprechen selbstverständlich nicht von dem Maoismus, der unter dem Vorwand, daß die Soldatenbewegung keine Autonomie gegenüber dem "Sozialfaschismus" hat, sich direkt und entschieden hinter Vasco Lourenço, wenn nicht hinter Costa Gomes einreicht.

Ohne den Rückhalt eines massiven Arbeiterkampfes; von den Führern, auf die sie zählte, verlassen: ohne daß irgend eine Kraft den Kampf hätte verstärken können, konnten die Soldaten selber die Entschiedenheit und entschlossene Haltung nicht finden, die ihnen allein die Kampfeskraft hätte geben können.

+ + +

Wir sind verraten worden! Diejenigen, die gestern noch behaupteten, daß alle Bedingungen für einen "Volksaufstand" reif wären, stoßen heute diesen Schrei aus, um die eigene Ohnmacht zu rechtfertigen. Gestern sahen sie für den "Volksaufstand" sichere Indizien in dem, was sie Zersetzung der Militärhierarchie nannten, und gingen davon aus, daß ein Teil dieser Hierarchie auf die Seite der Soldaten übergegangen war; weitere sichere Indizien sahen sie darin, daß die PCP nach ihrer Meinung, gezwungen war, die eigene Politik zu verlassen und die von den Massen geforderte Politik zu machen. Als ob die Tatsache, daß Carvalho die "Volksmacht" begrüßt hat, oder daß die PCP sich nach dieser "Macht" gerichtet hat, wirklich den Staat antasten könnte! Als ob es nicht in der Natur dieser Kräfte läge, sich genau in dem Moment ZURÜCKZUZIEHEN, wo die herrschende Ordnung, deren Komplizen sie sind, zuschlägt, und die Massen geschwächt durch ihr Opium und gelähmt durch das Fehlen einer Führung sich selbst zu überlassen.

Die PCP ist schuld! sagen diejenigen, die nicht aufhören, dem Proletariat zu zeigen, daß die "Arbeitereinheit" - aufgefaßt als eine Einheit mit den opportunistischen Parteien - ein notwendiges "Sprungbrett" für die soziale Bewegung sei, ohne einzusehen, daß es angesichts des UNVERMEIDLICHEN VERRATS der opportunistischen Parteien im Gegenteil unabdingbar ist, eine Führung zu haben, die schon lange vorher eine unabhängige Aktion führte, die sich in diesem Kampf vorbereitet und befähigt hat, ein Katalysator der Bewegung zu sein, die verhindern kann, daß der

opportunistische Verrat zur Niederlage der Bewegung führt und, was noch schlimmer ist, zu ihrer Amoralisierung für eine lange und schwer absehbare Zeit.

Andere erklären, daß es ein Glück ist, daß die Arbeiterklasse sich nicht gerührt hat; denn somit hätte sie ihre Kräfte unvermindert bewahrt. Als ob die Disziplinierung der Armee nicht die notwendige Bedingung der Disziplinierung der Arbeiterklasse und der armen Bauern sei, die trotz aller Anstrengungen der opportunistischen Demagogie immer noch nicht zur Arbeit zurückgekehrt sind.

Es ist gewiß nicht die Revolution, sondern die revolutionäre Phrase, die geschlagen wurde. Die Illusionen, die die soziale Bewegung mit sich schleppte, sind brutal zerstört worden, die Illusionen einer Bewegung Hand-in-Hand mit dem Opportunismus und dem "linken" Militär, Illusionen, die ihre Wurzel in der Ohnmacht der Bewegung und, es muß gesagt werden, im Chauvinismus haben.

Aber die Kraft, die diese Illusionen zerstört hat, ist dieselbe, die - indem sie die Disziplin in der Armee wiederherstellte - wieder erstarkt, um der Arbeiterklasse das Rückgrat zu brechen. Die Regierung hat den Belagerungszustand bereits dazu ausgenutzt, nicht bloß um die linken Offiziere zu entfernen, sondern auch um die extreme Linke und den kämferischsten Teil der Arbeiterklasse zu enthaupten. Ihre erste soziale Maßnahme bestand darin, alle Lohnverhandlungen bis Dezember auszusetzen, sowie im Handumdrehen alles wieder zurückzunehmen, was man nur durch großartige Streiks, wie den der Bauarbeiter, erreicht hatte.

Der portugiesische Kapitalismus ist in einer sehr tiefen Krise. Er muß die Arbeiterklasse zur Arbeit und Enthaltensamkeit zwingen; er muß die Arbeiter aus den Fabriken verjagen, die sich vorstellten, daß die "Kontrolle" ihnen Beschäftigung, wenn nicht dem Lohn garantiert; er muß im Süden die Landarbeiter vom besetzten Land verjagen. Dafür, um in Angola und in den anderen Kolonien, wo er seine Hand noch immer im Spiel hat, etwas zu retten, gibt sich

der portugiesische Staat eine entscheidende Waffe, die restaurierte Macht, das genügt aber nicht. Er braucht auch für eine gewisse Zeit die demokratische und opportunistische Phrase, um die soziale und ökonomische Krise ohne Zusammenstöße zu überwinden.

So hat Melo Antunes erklärt: "Die Kontrolle der militärischen Situation erlaubt uns, die politische Situation in Sicherheit zu klären und mit einem realistischen Programm in Richtung auf eine linke Regierung vorwärts zu gehen. Die Beteiligung der Kommunistischen Partei an dem Aufbau des Sozialismus ist unerlässlich." (Le Monde, 18.11.1975). Wertvolles Geständnis, daß die DEMAGOGIE, DIE LÜGE NUR WIRKSAM IST, WENN SIE SICH AUF DIE MACHT STÜTZT. Zynisches Geständnis der herrschenden Klasse einer senilen Welt, das dennoch die prinzipienlosen Pseudorevolutionäre auf die Knie zwingt, die glauben - immer noch! - sich auf eine "linke Regierung" stützen zu können, um den bürgerlichen Staat zu schwächen. Und in welchen Abgrund konterrevolutionärer Kriecherei konnte der Opportunismus in den Reihen der Arbeiterklasse sinken; er ist fähig, selbst dann einen starken Staat zu fordern, wenn die Stärkung des Staates die Beseitigung der ihm nahestehenden Elemente des Militärapparats voraussetzt!

Während man also einer Kabinettsumbildung bevorsteht, die nach den Worten von Costa Gomes dazu führen soll, "eine ausreichend starke Unterstützung unter den Arbeitern zu finden, um den Frieden, die Ruhe, eine angemessene Produktivität sicherzustellen und um diese ständigen Forderungen zu vermeiden, die der Volkswirtschaft so sehr schaden." (Le Monde, 18.11.75), ist der Henker Jaime Neves da, um daran zu erinnern, daß "es noch viel zu tun gibt", und daß er "fest entschlossen ist, bis zu Ende zu gehen" (Le Monde, 2.12.75), d.h. daß er bereit ist, heute die Rebellen zu bändigen, die die "Erfordernisse der Situation" nicht verstehen, und morgen sich auch den opportunistischen Lakaien vom Hals zu schaffen, wenn dieser Lakai seine Aufgabe erfüllt haben wird und somit der Reaktion, den "Kräften der Liebe" geopfert werden kann.

Die Arbeiterklasse befindet sich in einem

schrecklich ungleichen Kampf in dieser zweiten Etappe der bürgerlichen Offensive gegen ihre Lebens - und Kampfbedingungen. Es fehlt ihr nunmehr die Unterstützung einer Soldatenbewegung, deren Energien die angebliche portugiesische in einer phantastischen Mühle von Phrasen vergeudet hat; ihr gegenüber steht eine gestärkte herrschende Ordnung, die sich auf die zwei Kräfte die wiederhergestellten Autorität und des Arbeiteropportunisten stützt.

Wenn sie dennoch einen Trumpf in diesem harten Kampf haben kann, ist es die Hellsicht. Aber dazu müßten die ernsthaften Revolutionäre die Lehren ziehen, die die Tatsachen wieder einmal bestätigen: daß die totale Unabhängigkeit der Arbeiterklasse absolut notwendig ist und daß diese Unabhängigkeit nur von einer Partei gewährleistet werden kann, die ein Programm der vollständigen Opposition zum bürgerlichen Staat und allen Kräften der Bourgeoisie einschließlich des Opportunismus hat; eine Partei, die dem Verteidigungskampf, der auf der Tagesordnung steht, die höchste Wirksamkeit geben kann und das Klassenpotential, das dieser Kampf in sich birgt, aufs beste entwickeln kann, um es auf das Gebiet der revolutionären Vorbereitung zu bringen.

(Aus "Le Proletaire", Nr. 209,
13.-26.12.75)

ANGOLA

ÜBER DIE UNTERSTÜTZUNG DER ANTIIMPERIALISTISCHEN KÄMPFE

Eine brennende Frage für die internationale- und nicht zuletzt für die portugiesische - revolutionäre Bewegung ist die Frage der Solidarität mit dem Kampf des angolanischen Volkes. Dieser Kampf bildete den Motor einer mächtigen Unabhängigkeitsbewegung und versetzte einem der ältesten Kolonialreiche einen nicht wieder gutzumachenden Schlag. Er stürzte die Metropole in eine tiefe wirtschaftliche, soziale und politische Krise. Bei fast allen portugiesischen Gruppen und Parteien der extremen Linken - und dasselbe gilt für die europäischen Gruppen und Parteien - drückt sich die Unterstützung dieses Kampfes in der Formel "Unterstützung für die MFA" aus. Bevor wir diese Lösung genau untersuchen, ist es notwendig, einige allgemeine Prinzipien zu wiederholen.

Das Hauptziel der revolutionären Kommunisten ist die Zerschlagung des kapitalistischen Systems auf Weltenebene. Das Herz dieses Systems schlägt in den großen imperialistischen Metropolen, in den USA und Europa. Das System kann aber nicht leben, ohne riesige koloniale und halbkoloniale Reiche auszubeuten, wahre Reichtumsquellen, auf denen ein beträchtlicher Teil seiner Macht beruht. Die imperialistischen Metropolen halten diese Kolonien und Halbkolonien in der schrecklichsten Unterdrückung und setzen alles daran, eine Modernisierung ihrer archaischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen zu verhindern, eben um dort unbestritten weiter herrschen zu können. Die revolutionären nationalen Bewegungen, die sich in diesen Kolonien und Halbkolonien entwickeln, streben die Umwälzung dieser archaischen Strukturen an. Sie werden daher zu einem direkten und bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus gezwungen, gegen die Machtzentren des Kapitalismus. Das ist der Grund, weshalb solche Bewegungen in die revolutionäre Strategie des Proletariats einbezogen werden, weshalb sie einen wichtigen Bestandteil dieser Strategie bilden. Die Kommunisten müssen daher sowohl in den Metropolen als auch in den Kolonien darauf hin arbeiten, die revolutionäre und kommunistische proletarische Bewegung der Metropolen und die national-revolutionäre und demokratische Bewegung der Kolonien und Halbkolonien in einer EINZIGEN ANTIKAPITALISTISCHEN BEWEGUNG ZU VEREINEN!

In diesem Rahmen muß das Problem der Unterstützung der Kommunisten für die national-revolutionäre Bewegung der Kolonien und Halbkolonien gestellt werden. Dabei muß man das Problem unter zwei verschiedenen Blickwinkeln angehen, die beide auf der Ebene der internationalen kommunistischen Revolution stehen.

Wir werden uns hier hauptsächlich mit der Unterstützung beschäftigen, die die revolutionäre Bewegung IN DEN METROPOLEN leisten muß. Aus diesem Blickwinkel, gibt es eine EINZIGE konsequente Form, die antikolonialen Bewegungen zu unterstützen. Man muß gegen die koloniale Unterdrückung durch den eigenen Staat, für die BEDINGUNGSLOSE Unabhängigkeit der Kolonien, gegen jede direkte oder indirekte, militärische, diplomatische und politische Intervention in den Kolonien und unterdrückten Nationen entschieden kämpfen. Man kann diesen Kampf aber nur wirksam führen, wenn man mit dem Opportunismus vollständig bricht! Lenin wies darauf hin, daß der Opportunismus die wichtigste gesellschaftliche Stütze der imperialistischen Bourgeoisie ist, daß er ein direktes Interesse an der Aufrechterhaltung des Kolonialreiches hat. Deshalb lenkt der Opportunismus den Kampf von seiner wirklichen Zielscheibe, dem bürgerlichen Staat, ab, um ihm eine Richtung zu geben, die sich in jeder Hinsicht mit den imperialistischen Interessen SEINER Bourgeoisie vereinbaren läßt.

Es ist wesentlich zu verstehen, daß ein kompromißloser Kampf gegen den unterdrückenden Staat und seine sozial-imperialistischen Lakaien eine erste, unerläßliche Voraussetzung dafür ist, daß die proletarische Bewegung in den Metropolen und die revolutionäre Bewegung in den Kolonien zusammenfließen können. Dieser Kampf bildet den ECKSTEIN der anti-imperialistischen Strategie der revolutionären Marxisten.

Wenn man diese Aufgabe vernachlässigt, läßt man in der Tat dem "eigenen" Imperialismus freie Hand, seine Verbrechen an den unterdrückten Ländern zu verüben. Diese Vernachlässigung trägt aber auch dazu bei, daß er sich gegen das Proletariat der Metropolen stärkt. Aus diesem Grund verstehen wir diese Aufgabe nicht als moralische Pflicht, sondern als praktische Notwendigkeit des Kampfes für die proletarische Emanzipation.

Wenn man das Problem unter diesem Blickwinkel betrachtet, muß man sagen, daß KEINE portugiesische Bewegung auf dem Boden einer konsequenten internationalistischen Unterstützung des angolischen Befreiungskampfes steht. Das ist darauf zurückzuführen, daß alle diese Bewegungen Arm in Arm mit dem offiziellen Opportunismus und mit dem PORTUGIESISCHEN STAAT gehen. Entweder über die COPCON (die der FUR Pate stand) oder, im Falle der Maoisten, (die der FUR unter dem Vorwand nicht beigetreten sind, daß sie im Dienste des Sozialfaschismus der PCP stehe, dafür aber Soares vorziehen) über die "Gruppe der Neun", Jaime Neves und andere "Revolutionäre" unterstützen sie den portugiesischen Staat. Wie können sie auf dem Boden der internationalistischen und proletarischen Unterstützung stehen, wenn sie sich zu den heißesten Verfechtern des "Entkolonisierungsprozesses" in der Fassung von Melo Antunes (Maoisten) oder von Vasco Goncalves (FUR) machen?

Das gilt aber nicht nur für die portugiesischen Gruppen. Ihre Gesinnungsgenossen im übrigen Europa und in Amerika müssen als gute Anbeter der "Spontanität" vor der "portugiesischen Revolution" in Ekstase knien. Hinter einer Rauchwolke verschleiern sie die einzige Besonderheit dieser "Revolution", nämlich....., daß es sie gar nicht gibt, daß sie von den Führern des Kolonialheeres "ausgerufen" wurde, um die Kolonialfrage in einer Form zu regeln, die die portugiesischen Interessen in den Kolonien so weit wie möglich sicherstellt. In dieser Hinsicht ist es kennzeichnend, daß man trotz des großen "Überangebotes" an Portugalbroschüren keine finden wird, die der Kolonialfrage auch nur ein paar Zeilen widmet. Man beteiligt sich eifrig am Unternehmen, den portugiesischen Imperialismus mit "sozialistischen" Farben zu übertünchen.

Nun geht diese Frage weit über den Rahmen Portugals hinaus. Angola ist heute das Herz des afrikanischen Kampfes gegen den Imperialismus, dessen nächste Wellen nicht nur Portugal sondern auch die nächsten großen europäischen Nationen treffen werden, weil hauptsächlich diese Nationen Afrika unterdrücken. Was wird dann wohl die Haltung unserer "Antimperialisten" sein?

Kommen wir aber auf die jetzige Situation zurück. Zahlreiche imperialistische Räuber intervenieren direkt oder indirekt in Angola, vor allem die USA, Deutschland und Frankreich. Nehmen wir den Fall Frankreich. Es steht außer Zweifel, daß Paris Unmengen von Kriegsmaterial an Zaire liefert (Giscard D'Estaing hat Kinshasa vor kurzem besucht), und daß dieses Material an die FLNA weitergegeben wird. Die FLNA wird im übrigen auch von den USA ausgerüstet und von den Chinesen militärisch geschult. Es steht auch außer Frage, daß Paris die UNITA und die südafrikanischen Kolonnen bewaffnet (die Kraft der UNITA liegt ja vor allem in diesen "Wegbegleitern" und den "Söldnern", die Portugal großzügig der Armee von Savimbi zur Verfügung gestellt hat). Es ist kein Geheimnis, daß Paris in Konkurrenz zu Washington auch in Cabinda seine Hände im Spiel hat, und daß die Söldner, die im Angolakampf zu den alten immer noch operierenden Katanga-Söldnern stoßen sollen, von Pariser Büros in aller Öffentlichkeit angeworben werden.

Was wäre notwendig, um hier dem kriminellen französischen Imperialismus das Handwerk zu legen? In den Versammlungen, die für die Solidarität mit Angola abgehalten wurden, haben die afrikanischen Genossen ein Ziel angesprochen. Es handelt sich um den Kampf gegen die Waffenlieferungen. Wir haben keine französische Organisation gesehen, die dieses Ziel in Erwägung gezogen, geschweige denn übernommen hätte. Abgesehen von den Verwirklichungschancen unter den gegenwärtigen Bedingungen, ist es klar, daß dieses Ziel auf jeden Fall von Großer Tragweite ist. Wenn man davon ausgeht, daß dieses Ziel auf die Tagesordnung gestellt werden sollte, gibt es offensichtlich zwei Auffassungen über den Kampf um es zu erreichen.

Die erste besteht darin, an die demokratischen Organisationen und opportunistischen Parteien zu appellieren, um vom französischen Imperialismus ein Waffenembargo zu verlangen. Eien solche Aktion würde auch bei "Erfolg" zu nichts führen, wie man schon oft genug erlebt hat, denn die Waffen würden weiterhin auf allen möglichen "heimlichen" Wegen geliefert. Das einzige Ergebnis wäre eine Aufwertung der imperialistischen Linke, deren Werk die afrikanischen Massen schon in einer Kette

von bekannten und unbekanntem Kolonialkriegen am eigenen Leibe erfahren konnten.

Man kann aber auch das Waffenembargo als ein Ergebnis des Boykotts durch die Transport- und Hafentarbeiter, durch die Matrosen usw. auffassen. Eine solche Aktion würde zu wirklichen Ergebnissen führen. Außerdem würde man eine Solidarität üben, die nicht bloß verbal ist und deshalb mit sich bringt, daß die **EINZIGE KRAFT**, die ein wahres historisches Interesse an einer selbstlosen Hilfe für den Kampf der Massen der Kolonien hat, das Proletariat, sich in Bewegung setzt.

Aber -wird man uns sagen - das ist bei den heutigen Kräfteverhältnissen unmöglich. Zweifellos. Man kann sich dieses Ziel nicht für die allernächste Zukunft setzen. Werden aber mindestens die Bedingungen vorbereitet, damit es sich eines Tages verwirklichen läßt? Es ist klar, daß eine solche Aktion mit der entschiedenen Sabotage des Arbeiteropportunismus zusammenstoßen würde, der während der langen Kolonialkriege, in denen seine Herren bis zum Halse gesteckt, nicht den kleinsten Finger gerührt hat; heute bietet er sogar seine Vermittlungsdienste an, um Sekou Touré in den Schoß des "Vaterlands" zurückzubringen. Wer führt heute aber eine ernsthafte Aktion, um den Opportunismus und den Sozialimperialismus zu entlarven? Wer macht die leiseste Anstrengung um dem Proletariat zu erklären, daß die afrikanischen Revolutionäre ihren eigenen Feind treffen, und daß das Proletariat diesen Kampf zu seinem Kampf machen muß?

Viel einfacher ist es natürlich, sich mit dem Gedanken zu befriedigen, daß die Hilfe für die angolansischen Massen, die heute von den Mörderbanden des euro-amerikanischen Imperialismus bedroht sind, darin besteht, " die MPLA als einzigen Vertreter des Volkes anzuerkennen ". Das läuft darauf hinaus, daß Problem dadurch zu lösen, daß man es **AUFSCHEBT UND LHM AUSWEICHT**.

Erstens muß man zwischen einer Unterstützung einer sozialen Bewegung, die sich auf den Boden des bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus stellt, und der Unterstützung einer bestimmten Organisation genau unterscheiden. Man darf beide - die bewaffnete Bewegung und eine bestimmte Organisation - keineswegs verwechseln. Die Unterstützung einer solchen sozialen Bewegung ist für die Kommunisten **EINE BEDINGUNGSLOSE PFLICHT. EINE PRINZIPIENFRAGE**. Es handelt sich gewissermaßen um eine "negative"

Unterstützung, denn sie gestaltet sich im Kampf gegen den imperialistischen Staat, unabhängig davon, welche Führung die nationale und subversive Bewegung in dem unterjochten Land oder in der unterdrückten Nation hat.

Was die Unterstützung einer politischen Organisation, wie der MPLA angeht - und das ist der zweite Aspekt der Frage -, so handelt es sich um eine TAKTISCHE und nicht um eine prinzipielle Frage. Sie hängt also mit einer Reihe von fest umrissenen Faktoren zusammen, deren wichtigster darin besteht, ob eine kommunistische Partei oder der Kern einer solchen Partei AN ORT UND STELLE existiert. Lenin hat darauf hingewiesen, daß man nicht von Taktik reden kann, wenn eine Parteiorganisation fehlt. Und in der Tat, wie kann sich eine solche Unterstützung in der Praxis verwirklichen, wenn an Ort und Stelle eine kommunistische Organisation fehlt, die sie effektiv leisten könnte? Im Gegenteil, zur Unterstützung des Kampfes gegen die imperialistische Intervention und für die Unabhängigkeit der Kolonien handelt es sich hier keineswegs um eine BEDINGUNGSLOSE UND OBLIGATORISCHE Unterstützung. Fügen wir hinzu, daß der Rahmen der Beziehungen der proletarischen Partei zu den revolutionären demokratischen Bewegungen zu eng gefaßt wäre, wollte man ihn nur vom Gesichtspunkt der "Unterstützung" betrachten. Es ahndelt sich auch darum, diese Bewegung dazu zu zwingen, die an die Massen gemachten demokratischen Zusagen einzuhalten. Es handelt sich in diesem Zusammenhang auch um einen Kampf, den nur das Proletariat konsequent führen kann, weshalb sich seine Partei zum Ziel setzt, die Führung der sozialen Bewegung zu übernehmen.

Die Frage der "Unterstützung" kann also - aus diesem Blickwinkel gesehen - nur KONKRET, im Kampf gestellt werden, wobei eine Reihe von KONKRETEN Faktoren und Bedingungen nationaler und internationaler Natur berücksichtigt werden müssen; sie kann hier keineswegs auf dem Boden der allgemeinen Propaganda für internationalistische Solidarität, sie kann nicht im ABSTRAKTEN gestellt werden. Gerade dies tun aber die Immediatisten - die Leute die nur das unmittelbar vor sich stehende sehen - die doch fanatische Verehrer des "Konkreten" sind.

Außerhalb des oben gezeichneten Rahmens droht die Frage der "Unterstützung" der MPLA nur eine hohle Phrase zu werden oder ein elegantes Mittel, auf elementare Pflichten des kämpferischen Internationalismus zu verzichten. Und der Boden, auf den man sich dadurch aus Schwäche oder Überzeugung zurück-

zieht, ist der lockerste, den es überhaupt geben kann, weil sich dort die Klassengrenzen verwischen. Die Kräfte die sich dort bewegen, tun es in eigener Sache. Weit davon entfernt eine Hilfe für die Volksmassen zu sein, die heute der MPLA folgen, kann sich ihre Hilfe für die MPLA mit konservativem Druck verbinden, sowie sich brutal um 180 Grad, bis zum Verrat an der MPLA selbst, wenden. Es handelt sich z.B. um den russischen Imperialismus, der Waffen an die MPLA liefert, und auch um die alten portugisischen Füchse des Kolonialkrieges, die, wie Rosa Continho, die Unterstützung der MPLA als einzigen Weg sehen, um zu verhindern, daß "Angola ins Chaos stürzt".

Die afrikanischen Proletarier und die unterdrückten und ausgebeuteten Massen des afrikanischen Kontinents haben eine ganz andere Unterstützung nötig. Was sie brauchen, ist eine wirkliche proletarische Solidarität im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. In diesem Kampf, bei dieser Solidarität, wird sich die Kraft schmieden, um den Feind besiegen zu können.

(Aus "Le Prolétaire", Nr. 208, 29.11.-12.12.75)

Es scheint uns angebracht, auf die Haltung der deutschen "Linke" zur Lage in Angola kurz hinzuweisen, zumal sie sich kraß durch die oben erläuterte Prinzipienlosigkeit und "Unterstützungs"-Schizophrenie charakterisiert.

Alle "trotzkistischen" Tendenzen sind sich hier einig. Man befürwortet bzw. "unterstützt" die MPLA. Die GIM ist für die "Unterstützung", denn "nur auf Grundlage eines eigenständigen antikapitalistischen Programms wird die Avantgarde von Angola ... den neokolonialen Plan des Imperialismus zu Fall bringen" (Inprekorr, Portugal-Sondernr. S. 29). Angola wird als "eindeutig kapitalistisches Land, das von den imperialistischen Kapitalien beherrscht wird" (Inprekorr Nr. 52, S. 12) bezeichnet. In diesem "eindeutig kapitalistischen Land" (!) plädiert die GIM für die Unterstützung der MPLA, die sie selbst als "politische Bewegung am äußersten Rande des kleinbürgerlichen Nationalismus und an der Schwelle zur revolutionären Arbeiterbewegung (!) herausgebildet" bezeichnet (Inprekorr, Sondernummer Portugal 1975). Weiter kann die Prinzipienlosigkeit wohl kaum gehen. Diese wird von den Epigonen Trotzki's aber nur als objektive Widersprüchlichkeit empfunden: man kritisiert die MPLA, die "sich 'realistisch' gibt, um damit den Ultras den Weg zu versperren (...)", und die sich gleichzeitig weigert, "die Massen auf die unvermeidliche Konfrontation mit der Reaktion vorzubereiten; dadurch deutet sie

den Weg des Zurückflutens der Mobilisierung unter den Schlägen der Konterrevolution an" (Inprekorr Nr. 32, S.14). Kurz und gut, man erwartet von einer inkonsequenten kleinbürgerlichen Organisation, daß sie die Möglichkeiten für eine afrikanische sozialistische Lösung ergreift, und man unterstützt diese Organisationen, obgleich sie in einem "eindeutig kapitalistischen Land" operiert.

Für den Spartacusbund ist das Programm der MPLA "das des deklassierten Kleinbürgertums". Sie muß sich auf die Arbeiterklasse stützen, sie sogar bewaffnen, um sich überhaupt halten zu können. Aber ihr Programm ist letztlich bürgerlich-nationalistisch". Ausgehend von dieser annehmbaren Bezeichnung der MPLA stürzt der Spartacusbund aber in folgende strategische Überlegungen: "Und doch unterstützen wir die MPLA militärisch (!) als Kämpfer für die Unabhängigkeit Angolas...Unabhängigkeit heißt für uns Sozialismus (!)...Doch da gerade ein Bürgerkrieg wie kein anderer Krieg vom politischen Programm abhängt, wird die Fähigkeit, die Arbeiter und Bauern für ein politisches Programm zu organisieren, entscheidend. Da der MPLA diese revolutionäre Grundlage fehlt, wird sie sich wohl eher noch enger an die Sowjetunion und ihre Waffen anhängen, wodurch sie sich auch immer weiter in die Abhängigkeit der konterrevolutionären Bürokraten (!) begeben würde. Im schlimmsten Falle droht dann eine Niederlage wie im spanischen Bürgerkrieg, während im günstigsten Falle ein deformierter Arbeiterstaat (!) entstehen könnte".

Man sieht, daß die MPLA unterstützt werden soll, weil durch eine bürgerlich-nationalistische Bewegung ein deformierter Arbeiterstaat entstehen kann, ohne daß vorher ein "intakter" Arbeiterstaat gebildet wird. Diese verständnislose Geistesverwirrung wird auch nicht durch den frommen Wunsch, daß "die Arbeiter und Intellektuellen sich zusammenschließen müssen in einer revolutionären Avantgardepartei." (Man sieht den "klar marxistisch-leninistischen" Begriff der proletarischen Partei des Spartacus). "Nur wenn sie das tun, können sie vom falschen Kurs der MPLA wegkommen." ("SPartacusbund" Nr. 24)

Auch die TLD (Trotzkistische Liga Deutschlands) ist sich als stete proklamierter Vertreter des "authentischen Trotzkismus" der kleinbürgerlichen Rolle der MPLA bewußt. Sie unterscheidet zwar zwischen sozialer Bewegung und politischer Organisation, kann aber nicht umhin, auf dem "strategischen" Umweg sich den anderen anzuschließen: "Wenn (...) der Machtkampf zwischen rivalisierenden nationalistischen Kräften imperialistischen Interessen untergeordnet wird, können Kommunisten der Seite, die imperialistische Interessen verfolgt, grundsätzlich keine militärische Unterstützung geben. ...Mit dem Eintritt der USA und Südafrikas in den Kampf wurde die FNLA/Unita-Koalition dem Imperialismus untergeordnet. Es wurde notwendig, gegen den Versuch, ein imperialistisches Marionettenregime zu errichten, der von der Sowjetunion unterstützten MPLA

militärische (?!) Unterstützung zu geben." (Kommunistische Korrespondenz Nr. 12, S. 28) - Wie wir sehen, steht und fällt die gesamte Haltung der TLD mit der Behauptung, daß die Sowjetunion keine imperialistische Macht, sondern im Gegenteil antiimperialistisch ist. Verständlich aus der bekannten Einschätzung der Sowjetunion als, wenn auch degenerierter, aber doch Arbeiterstaat. Und wenn sich die Russen - wie schon oft in der Geschichte der Befreiungsbewegungen der Fall - sich mit der USA auf Kosten der MPLA arrangiert oder die MPLA und UNITA auf Kosten der Volksmassen?

Kurz einige Bemerkungen zur Haltung der maoistischen Gruppierungen. KPD und KPD/ML "unterstützen" als konsequente Vertreter der chinesischen Haltung zumindest mit Worten die FNLA/Unita. Gemäß der Theorie Chinas über die "Supermächte" und die "des Haupt- und Nebenwiderspruchs", die den sowjetischen Sozialimperialismus als Hauptfeind der Menschheit bezeichnet, hat China bis vor kurzem - obwohl es der MPLA gegenüber Neutralität versprochen hat - die FNLA/Unita mit Waffen und militärischen Beratern, heute mit koreanischen Soldaten als Ausbilder der direkten Interventionsarmee Zaire (ähnlich dem sowjetischen Einsatz kubanischer Soldaten) unterstützt. Die MPLA wird als Hauptgefahr in Angola angesehen, da sie "Agent des russischen Sozialimperialismus ist". No comment...

Der KBW, so superdemokratisch wie er ist, vertritt, wenn auch nicht eindeutig, die Einheit aller drei Gruppen (Eine Einheit, die nur unter dem Zeichen einer weitgehenden imperialistischen Unterdrückung möglich ist), wobei der MPLA allerdings vorgeworfen wird, sie sei gegen eine solche demokratische Lösung. "Sind also die Imperialisten bestrebt, die Widersprüche im Volk Angolas in antagonistische zu verwandeln, so ist es die Aufgabe der Revolutionäre, diese Widersprüche so zu behandeln, daß alle Kräfte auf den Kampf gegen den Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte (man achte auf die Unterstützung der FNLA/Unita durch China und USA gleichzeitig - Vermerk der IKP) konzentriert werden können, um, wenn dieser Gegner geschlagen ist, die Revolution erfolgreich fortzusetzen." (KVZ vom 2.10.75)

Der KB (Kommunistischer Bund), vollends irritiert durch die chinesische Außenpolitik in Angola, kritisiert "solidarisch" die VR China, die aber immer noch sozialistisch sein soll. Er "unterstützt" bedingungslos die MPLA als einzige Alternative gegenüber den Handlangern des Imperialismus. Er bezeichnet sie sogar als marxistisch. Insofern unterscheidet er sich von allen anderen maoistischen Organisationen und "bekämpft" daher eine eventuelle "kleinbürgerliche" Einheit der drei Befreiungsbewegungen (wie sie z.B. der KBW fordert). Aus Anlaß der "unabhängigkeitser-

klärung und der Tatsache, daß sich zwei getrennte Regierungen in Angola bilden werden, macht der KB aus der Unterstützung der MPLA ein Prinzip, an dem nicht nur "linke" Organisationen zu messen sind, sondern auch der revolutionäre Charakter und die "Fortschrittlichkeit" der bestehenden Staaten. "Es wird ein Maßstab für alle fortschrittlichen und revolutionären Staaten der Welt sein, maoistische Überano Angola unter Führung der MPLA diplomatisch anzuerkennen und materiell zu unterstützen" (Arbeiterkampf, Nr. 69, 11.11.75). An solch maoistischer "Dialektik" gemessen, wäre z.B. Brasilien "revolutionärer" oder mindestens "fortschrittlicher" als das "sozialistische" China. und was wäre es, wenn die BRD - der eigene, imperialistische Staat - die MPLA-Regierung anerkannt hätte, oder in Zukunft anerkennt, was gar nicht auszuschließen ist?

Dieser kurze Abriß der Positionen einiger deutscher Gruppen sollte ein Hinweis darauf sein, daß außerhalb der von uns oben dargestellten Prinzipien und der gezeichneten Grundlage für die Lösung der taktischen Frage die "Unterstützung" - abgesehen davon, daß sie ohnehin bloße Phrase bleibt, die die faktische Unterstützung des portugiesischen Staates verschleiert (oder als Anregung für diese Unterstützung dient) - unweigerlich zur bewußten oder unbewußten Unterstützung eines der imperialistischen Lager werden muß.

Februar 1976

Erläuterungen zu den portugiesischen Organisationen

I. Die Linke

a) Die Maoisten

F.E.C.-ML	Frente Eleitoral Comunista -Marxista-Leninista (Kommunistische Wahlfront der OCMLP)
PUP	Partido de Unidade Popular (Tendenz der PCP-ML)
UDP	Uniao Democratica Popular (Demokratische Volkseinheit, ist die Allianz aus den Gruppen CARP-ML, CCR-ML und URML)
AOC	Alianca Operaria Camponesa (Tendenz Vi-lar der PCP-ML) wurde von den Wahlen ausgeschlossen, unterstütze bei den Wahlen aktiv die PS

- MRPP Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado (es gelang ihr, dank ihrem Wahlausschuß, Sympathien zu gewinnen. Wahlallianzen bei Gewerkschaftswahlen mit der PS)
- b) "Linksradikale" und "Trotzkisten"
- MLP Movimento Libertario Portugues (anarchistische Linke)
- LUAR Liga de Uniao e Accao Revolutionária (bewaffnete Widerstandsorganisation unter Salazar und Caetano. Heute aktive Unterstützung und Motor für Basisprojekte; Landbesetzung, Hausbesetzung, Volkskliniken usw.)
- PRP-BR Partido Revolutionario do Proletariado- Brigadas Revolucionárias (bewaffnete Widerstandsorganisation vor dem 25.4.74, heute: Betriebsarbeit, Arbeit in der Armee mit einigem Einfluß auf die Umgebung von Carvalho)
- FSP Frente Socialista Popular (Sozialistische Volksfront), schloß sich der PS an und trennte sich nach dem Parteitag im Dez. 74, Auffangbecken für von Soares enttäuschte Basismilitante.
- LCI Liga Comunista Internacionalista (Organisation der IV. Internationale)
- MES Movimento da Esquerda Socialista (Bewegung der Linkssozialisten), verfügt über einigen Einfluß im MPA, ging aus linkskatholischen Gruppierungen innerhalb der CDE hervor.

II. Die "klassischen" Opportunisten

- PCP Partido Comunista Portugues, gegr. 1921, beinahe 50 Jahre in der Illegalität. Seit dem 25.4. ist die Partei von ca. 15 000 auf ca. 150 000 Mitglieder gewachsen.
- MDP' CDE Movimento Democrático Portugues, aus dem antifaschistischen Bündnis hervorgegangene Partei. Radikale linke Kleinbürger und Intellektuelle, enge Allianzpolitik mit der PCP.
- PSP Partido Socialista Portugues
- PPD Partido Popular Democratico, bürgerliche Partei, Europafraktion, die sich gern auf das Godesberger Programm der SPD beruft.
- PSDI Partido Social-democrata Independente

III. Die Rechte

- CDS Centro Democratico Social, sozialdemokratisches Zentrum. Rechtsbürgerliche Partei mit Unterstützung der europäischen Christdemokraten.

PCSD Partido Cristao Social-Democrata
PDC Partido da Democracia Crista, wurde von der Wahl suspendiert, da sie direkt am Putschversuch vom 11. März verwickelt war.

IV. Die extreme Rechte und ihre Untergrundorganisationen

ELP Portugiesische Befreiungsarmee aus ehemaligen PIDE-Agenten, die von Spanien und Südf frankreich operieren.
MDLP Demokratische Befreiungsbewegung Portugals, von Spino la und der geflohenen Hochfinanz unterstützte Untergrundbewegung, die einen bewaffneten Aufstand vorbereitet.

Außer den in dieser Broschüre veröffentlichten Artikeln sind in unserer internationalen Presse zwischen dem 25.4.74 und Januar 76 folgende Artikel über Portugal und seinen ehemaligen Kolonien erschienen:

- Conferme dal Portogallo (Enthüllung der Hand in Hand mit dem 25. April laufenden Umtriebe der Streitkräfte und des Opportunismus gegen die Arbeiterklasse und die "Extremisten"), Il programma comunista, Nr. 12, Juni 74.
- Divisione del lavoro in Portogallo (über die sich ergänzende antiproletarische Rolle von SP und KP), Il PC, Nr. 11, Juni 74.
- Nuova e più aperta collaborazione fra opportunisti e movimento delle forze armate (über die Zusammenarbeit zwischen Opportunismus und Bewegung der Streitkräfte), Il PC, Nr. 15, Juli 74.
- Laboratorio staliniano in Portogallo (Portugal als Vorwegnahme der Rolle, die die stalinistischen Opportunisten in den anderen Ländern spielen werden), Il PC, Nr. 16, August 74.
- L'heure des petits fils de Staline (die Bedeutung der Regierungsbeteiligung der "komm. Parteien" und der "vorurteilslosen Öffnung" der Bourgeoisie gegenüber einer solchen Perspektive, am Beispiel Italiens, Griechenlands, Spaniens und Portugals, als klassischer bürgerlicher Versuch, die Krise mit möglichst geringen Klassenzusammenstößen zu überwinden), Programme Comuniste, Nr. 64, Okt. 74.
- Portogallo: che cosa servite "democrazia pluralistica" o "dictatura del proletariato" (die Frage der Unterstützung Portugals durch die EG einerseits und der Unterstützung der MFA seitens der Linken andererseits) Il PC, Nr. 13, Juli 75.

- Portogallo: due arlecchini servitori di un padrone (Kritik der Positionen der PSP und PCP und der linken MFA, sowie der Positionen der "linken" Gruppen zu dem Opportunismus in Portugal) Il PC, Nr. 11, Mai 1975
- Rassegna degli eventi portoghesi (kritische Dokumentation der portugiesischen Ereignisse von Juli bis Anfang September 1975) Il PC 16/17/18, August/September 1975
- L'ora sciagurata degli eserciti "progressisti" (Kritik der Theorie der bürgerlichen Streitkräfte als Reform- und Revolutionsfaktor unserer Zeit) Il PC, Nr. 17, September 1975
- Dal Cile al Portogallo, una conferma del marxismo rivoluzionario (Bilanz der chilenischen und portugiesischen Erfahrungen in ihrer Gemeinsamkeit) Il PC Nr. 18, September 1975
- Il test della questione coloniale (Entlarvung der maoistischen und trotzkistischen Positionen in der Kolonialfrage) Il PC 19/20, Oktober 1975
- Anche la via democratica ha la sua normalizzazione (Kritik der Ereignisse seit der Bildung der VI. Regierung) Il PC Nr. 20, Oktober 1975
- Di fronte a "normalizzazioni" e "ripresa del lavoro" la risposta deve essere lotta di classe indipendente dallo stato progressista (Die bürgerliche Offensive: Ursachen, Durchführung und wie man darauf reagiert; Rolle der MFA und PCP, Kritik des Programms der FUR) Il PC Nr. 21, November 1975
- Rouge et le Portugal (Kritik der Positionen der LCR zu Portugal) Le Prolétaire 195, April 1975
- L'Angola et l'Europe (kurze Darlegung des Zusammenhangs zwischen echter Befreiung der Kolonien und Notwendigkeit eines hartnäckigen Klassenkampfes gegen den Staat und den Opportunismus in den Metropolen) Le Prolétaire Nr. 207, November 1975
- L'Offensive bourgeoise au Portugal (Untersuchung der Entwicklung in Portugal und der verschiedenen sozialen Kräfte und bürgerlichen Gruppierungen, sowie der Ursachen und Folgen der Phrasendrescherei der "Linken") Le Prolétaire 207, November 1975
- L'ordre regne au Portugal (Die Ereignisse von Porto und die Ursachen, die die proletarische Reaktion auf die Schläge der Bourgeoisie verhindern) Le Prolétaire Nr. 212, Januar 1976

Il Programma Comunista - vierzehntägige Zeitung in italienischer Sprache

Le Prolétaire - vierzehntägige Zeitung in französischer Sprache. Die meisten Artikel aus Il PC sind ebenfalls gleichzeitig in Le Prolétaire erschienen

programme communiste

- erscheint 4mal jährlich -

No. 68 -Octobre-December 1975

Sommaire

- Le mythe portugais du double pouvoir
- Le marxisme et la Russie
- LA CRISE DE 1926 DANS LE P.C. RUSSE ET L'INTERNATIONALE
Introduction
Lettre d'A. Bordiga à K. Korsch (octobre 1926)
La gauche communiste d'Italie face au débat dans le parti russe
- La "relance de la consommation populaire" ou l'élixir du docteur Marchais

Prix le numéro 8 F

Abonnement annuel (4 Numéros): pli ouvert 32 F
pli fermé 48 F

BULLETINS

AUSZÜGE AUS DER PRESSE DER IKP

- Nr. 1 Inhalt: Die Berliner Kommune (1953)
Aufruf zum 1. Mai 1974
Die historische Invarianz des Marxismus
Krise und Revolution
Notizen über die Lage in Deutschland
Preis DM 1,--
- Nr. 2 Inhalt: 21 Jahre nach der Berliner Kommune von 1953
Der Kampf der englischen Bergarbeiter
Marx über die Unpersönlichkeit des Kapitals
Der Aktivismus als falsches Hilfsmittel
Der Weltimperialismus - Bilanz per 31.12.72
Preis DM 1,--
- Nr. 3 Inhalt: "Unheilbarer Kretinismus der Forderung,
die Faschisten zu entwaffnen"
Die Laufbahn des Labourismus
Kommunistische Organisation und kommunistische Disziplin
Widersprüche des japanischen Imperialismus
Preis DM 1,--

Nr. 4 Inhalt: Portugiesische Farce und afrikanisches Drama
Inflation, Profite und Löhne
Objektive und subjektive "aktoren des Klassenkampfes - dialektische Bindeglieder eines einzigen Prozesses
Interventionen der Partei

Preis DM 1,--

Nr. 5 Inhalt: Laufbahn des Weltimperialismus
Die Funktion der Sozialdemokratie
Über die Beziehungen zwischen kommunistischer Partei und anderen politischen Parteien und Strömungen

Preis DM 1,--

Nr. 6 Inhalt: Zum 8. Mai 1975
"Proletarische Diktatur" und "Sozialistische Gesellschaft" made in China
Die Kommunisten und die Abtreibung
Laufbahn des Weltimperialismus
Zum 1. Mai 1975
Lenin über die organisatorischen Aufgaben
Die späte bürgerliche Geburt Äthopiens

Preis DM 1,50

Bestellungen:

Ch. Arkadoo, 1 Berlin 61, Obentrautstr. 32